PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 5. Oktober 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

7. Oktober 1976 Jg. 4 Nr. 40 50 Pf.

R. Mugabe, Generalsekretär der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU):

„Der Feind zählt täglich seine Verluste, der Krieg des Volkes schreitet voran"

Robert Mugabe, Generalsekretär der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), hat der Redaktion der KVZ das im folgenden abgedruckte Interview gegeben. Zur Entwicklung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gegen das weiße Siedlerregime Ian Smiths erklärte er:

Die gegenwärtige Lage im Volksbefreiungskrieg ist gekennzeichnet durch gewaltige Fortschritte an allen Kriegsfronten. Der Feind zählt täglich seine Verluste, der Krieg des Volkes schreitet voran. Es gibt kein Nachlassen im Krieg. Für die Behauptung der Siedler, daß sie dabei seien, den Krieg zu gewinnen, gibt es keinerlei Anzeichen. Stattdessen machen wir an allen Fronten ungeheure Fortschritte. In den letzten Wochen fanden eine ganze Reihe von Kämpfen an verschiedenen Fronten statt. Wir haben mehrere Flugzeuge abgeschossen und mehrere europäische Aggressoren gefangengenommen, auch Piloten. Wahrscheinlich habt ihr davon gelesen. Die Siedler berichteten selber, daß sie in mehreren Militärlagern angegriffen wurden und dabei erhebliche Verluste hinnehmen mußten, so im Nordosten. Unser Politischer Kommissar hat im Rundfunk einige Mitteilungen über den Befreiungskampf gemacht. Wahrscheinlich habt ihr bereits davon gehört.

Die Imperialisten bekämpfen den Volksbefreiungskampf durch das zweite Entspannungsmanöver. Der Kissinger-Plan ist Teil davon. Was ist der Standpunkt der ZANU zu diesem Plan?

Wir sind jetzt konfrontiert mit dem zweiten Entspannungsmanöver. Das erste konnten wir schlagen, wir sind entschlossen, auch das zweite Entspannungsmanöver zu schlagen. Es hat als Hauptakteur Henry Kissinger, natürlich unterstützt durch den britischen und westlichen Kapitalismus.

Die ZANU vertritt den Standpunkt, daß der veröffentlichte Plan vollständig unannehmbar ist. Wir haben ihn auf der Stelle zurückgewiesen. Wir sind der Auffassung, daß er das Ziel verfolgt, die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten in unserem Land zu festigen. Er nützt nicht den Zielen unserer Revolution. Das Ziel unserer Revolution ist die Umwälzung unserer Wirtschaft, indem unsere Volksmassen, unsere Bauern und Arbeiter die Produktionsmittel in ihre Hände nehmen. Deshalb haben wir den Plan rundweg abgelehnt. Der Plan, wie ihn Ian Smith bekanntgegeben hat, beläßt die Macht in den Händen der Europäer im Land. Militär und Polizei sollen alle in der Hand der Weißen bleiben. Für den Fall der Annahme sieht der Plan keinerlei wirksame Übergabe der Macht an uns vor. Die ZANU fordert deshalb unnachgiebig, daß dieser Plan zurückgewiesen wird. Wir hoffen, daß die anderen Gruppen mit uns in der Ablehnung dieses Plans solidarisch sein werden. Wir wissen nicht, ob es Verfassungsgespräche geben soll, eine Konferenz, wo der von Ian Smith verkündete Plan diskutiert werden soll. Aber wir haben unsere Ansichten bereits denjenigen mitgeteilt, die dieses Entspannungsmanöver und die Konferenzen organisieren. Die britische Regierung kennt unseren Standpunkt schon, und auch die amerikanische Regierung wurde über ihn unterrichtet.

Wir wollen, daß die Macht unverzüglich an uns übergeben wird. Wir sind nicht an einer Beteiligung an der Macht auf der Grundlage der Rassentrennung interessiert. Wir wollen, daß die Macht an die Mehrheit des Volkes übertragen wird. Deshalb ist unser Standpunkt: Solange der Vorschlag für Verhandlungen nicht die Übergabe der Macht an das afrikanische Volk vorsieht, wird er unakzeptabel sein. Wir wollen keine Debatten darüber führen, wieviel Macht an uns übergeben werden soll und wieviel in den Händen der weißen Siedler bleiben soll. Nein, die Mehrheitsregierung und die Unabhängigkeit sind kein Gegenstand für Verhandlungen. Deshalb muß jeder Plan, der während der Übergangsperiode ausgeführt werden soll, uns die Mehrheitsregierung sofort geben. Dann können wir innerhalb einer kurzen Periode fortschreiten von einer Situation, in der wir die Mehrheitsregierung haben, zu unserer Unabhängigkeit. Wir bestehen darauf, daß diese Übergangsperiode nicht länger als 12 Monate beträgt und daß wir während dieser Periode alle Machtinstrumente unter Kontrolle bringen. Das wollen wir sehen, alles andere ist unannehmbar.

Fortsetzung Seite 16



Genosse Mugabe, Generalsekretär der ZANU

Die „Stabilität" ist hin

„Modell Deutschland", das bedeutet in den Augen der Sozialdemokratie Unterdrückung der Arbeiter und Angestellten mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Der Zweck sind die Profite der Kapitalisten und die Expansion des westdeutschen Monopolkapitals, um auch aus anderen Ländern Profite herauszuschlagen. Wenn die SPD sagte, die CDU mache die Bundesrepublik unregierbar, dann meinte sie, die CDU könne diese Form der Unterdrückung der Arbeiterklasse nicht in der gleichen Weise anwenden. Wir meinen, daß auch die SPD mit dieser Methode immer schwerer wird durchkommen können. Man kann nicht die Verelendung der Arbeiterklasse als großartig an die Arbeiterklasse verkaufen, sondern nur an die „Banken, Unternehmen, Aktionäre, Obligationäre der ganzen Welt", die von der Ausbeutung der Arbeiter leben und auf die sich Schmidt in der Wahlnacht berufen hat.

Die Methode der Sozialdemokratie, die Arbeiter zu unterdrücken, funktioniert nur noch in Wahlen, und auch da nicht mehr richtig.

Das „Modell Deutschland" hat Risse bekommen durch die spontanen Streiks in der Metallindustrie, es ist angeschlagen worden durch die Bewegung im öffentlichen Dienst gegen Lohnraub, kapitalistische Rationalisierung und politische Unterdrückung, erneut durch die Streiks in der Metallindustrie und dann durch den Streik der Drucker. Überall entzünden sich demokratische Massenbewegungen an der Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Immer häufiger geht die Polizei gegen diese Bewegungen vor, und noch häufiger muß sie sich vor ihnen zurückziehen: zum Beispiel in Wyhl ist ihr das passiert.

Die jetzige Regierung wird den Kurs vom Brahmsee verstärkt fortsetzen. Er wird ihr von der Finanzbourgeoisie diktiert. Dieser Kurs wird mit Schmidt nicht leichter gegen die Voksmassen durchzusetzen sein als ohne ihn. Die Finanzbourgeoisie will das Netz der sozialen Sicherheit enger spannen: noch mehr Arbeitergelder sollen drin hängen bleiben und bei der Bourgeoisie landen. Noch enger soll es die Arbeiterklasse einschnüren und „sichern". All das wird nicht gehen, und die Arbeiter und Angestellten, die arbeitendenden Massen werden sich dagegen wehren. Diese Kämpfe brauchen eine marxistisch-leninistische Führung. Die Kommunistische Partei aufzubauen, dafür sind die Bedingungen gut. Die Revisionisten werden durch die Marxisten-Leninisten wirksam angegriffen. Dem KBW ist es bereits an vielen Orten der Bundesrepublik gelungen, die Fundamente für die Kommunistische Partei zu legen. Das zeigen die 21415 Erststimmen und die 19970 Zweitstimmen in den Bundestagswahlen. Sie bringen nicht den Einfluß des Kommunismus zum Ausdruck. Der ist wesentlich größer. Sie bringen die Zahl der Revolutionäre zum Ausdruck, auf die sich der Aufbau der Kommunistischen Partei bereits stützen kann. Auch sind die Zeiten vorbei, wo man mit dem Namen der KPD Politik machen konnte, indem man ihn stahl. Die Gruppe Rote Fahne ist mit diesem Trick bereits nicht mehr durchgekommen. Wo wir sie früher geschlagen haben, haben wir sie auch jetzt geschlagen, und wo sie uns früher geschlagen hat, haben wir sie ebenfalls geschlagen wie in Hessen. Die Lage klärt sich: Die Bourgeoisie wird verschärfte Reaktion betreiben und auf Expansion gehen. In den unvermeidlichen Kämpfen dagegen wird der KBW die Partei der Arbeiterklasse aufbauen.

nensischen Massen

Wundertier der Finanzbourgeoisie



Noch bevor das Wahlergebnis bekannt geworden war, hatte das „Handelsblatt", Zeitung der Kapitalisten, aus der Hand seines Leitartiklers folgende Bemerkungen für den Tag nach der Wahl in den Satz gehen lassen:

„In der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gibt es für die jetzt gewählte neue Regierung keine Freizügigkeiten mehr, und auch wenn der Wähler anders entschieden hätte, hätte ein anderes Kabinett auf diesem Felde kaum anders handeln können. In der kommenden Legislaturperiode gibt es nur noch die Subordination unter die Sachzwänge. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist mehr zu einem Methodenproblem als zu einer Frage der Inhalte geworden, die weitgehend vorgegeben sind."

Die „Inhalte" sind: Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung der Volksmassen, Expansion des BRD-Imperialismus. „Vorgegeben" sind sie durch die Interessen der Finanzbourgeoisie.

Über das „Methodenproblem" gibt das nebenstehende Plakat Auskunft. Das imperialistische Federvieh läuft noch Amok. Sein Schicksal ist aber schon sicher. Die Volksmassen werden ihm den Hals umdrehen. So wird es ausgehen.

Kartoffelpreise: Hohe Profite der Handelsmonopole

Die Kartoffelpreise sind im August 1976 um 128,9 % gegenüber dem August 1975 gestiegen. (Mannheimer Morgen, 30.9.) Der gewaltig gestiegene Kartoffelpreis bringt manchen dazu, die Bauern dafür verantwortlich zu machen. Das ist aber falsch. Jahrelang hatten die Bauern für die Kartoffeln weniger als die Produktionskosten bekommen, während die Großhändler mit großen Spannen dicke Profite machten. Daraufhin halbierte sich die Anbaufläche für Kartoffeln in der BRD, verglichen mit 1960. Zu dieser verminderten Anbaufläche kommt noch dazu, daß in den letzten zwei Jahren durch die Trockenheit die Erntemengen wesentlich geringer sind als der Bedarf. Es steckt also wesentlich mehr Arbeit in einem Doppelzentner Kartoffeln als vor zwei Jahren. Die Handelsmonopole nehmen die Kartoffeln von den Bauern für 60 bis 70 DM pro Doppelzentner, benutzen sie als Spekulationsobjekt und setzen sie in den Städten mit 70 bis 108 DM pro Doppelzentner ab. – (r., Uelzen)

Degradation der Landarbeiter

Die Degradation der Landarbeiter treibt die Bundesregierung durch ein „Anpassungshilfegesetz" voran. Zwischen 1965 und 1975 ist die Zahl der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft in der BRD schon von 232000 auf die Hälfte, 118000, gedrückt worden. Die Saisonarbeiter sind dagegen nur wenig zurückgegangen in diesem Zeitraum: von 180000 auf 150000 (Materialband zum Agrarbericht 1976). Ein Teil der Lohnarbeiter wurde in die Industrie gezogen, den anderen Teil hält die Kapitalistenklasse als Reservearmee auf dem Land, der je nach Bedarf in die Lohnarbeit gepreßt wird. Diese Entwicklung wird durch das „Anpassungshilfegesetz" weiter beschleunigt. „Sie (die Anpassungshilfe) ist eingeführt worden, um die Auswirkungen des Strukturwandels in der Landwirtschaft zu mildern, der zu einer Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der Betriebszweige geführt hat und noch führt." Durch die Verschuldung gegenüber den Banken sind Tausende von Bauern zur Hofaufgabe gezwungen worden. Mit der neuen „Anpassungshilfe" soll den Großbauern die Möglichkeit gegeben werden, ältere Landarbeiter auf die Straße zu setzen. „Direktes Ziel dieser Leistung ist es, das Ausscheiden älterer Arbeiter aus diesen Betrieben zu fördern und damit den Entscheidungsspielraum des Betriebsleiters, der sich normalerweise seinen langjährigen Mitarbeitern verpflichtet fühlt, zu erweitern." (Sozialpolitische Umschau, 17.9.76) Die „Anpassungshilfe" sollen Arbeiter im Alter von 55 bis 65 Jahren erhalten, und zwar 60 DM im Monat. Das Geld wird in einer Summer ausgezahlt. Davon kann natürlich niemand leben. Außerdem muß der Arbeiter die Summe mit zwei Prozent Zinsen zurückzahlen, wenn er innerhalb eines Jahres nach Erhalt des Geldes wieder eine Arbeit in der Landwirtschaft annimmt.

Dinkelsbühl: 1500 demonstrierten gegen Streckenstillegung

Eppingen. Am Sonntag vor zwei Wochen haben 1500 in Dinkelsbühl gegen die geplante Zugstillegung der Linien Eppingen – Bretten – Karlsruhe und Eppingen – Heilbronn und Eppingen – Sinsheim demonstriert. Diese Züge werden benutzt von Schülern, Arbeitern und Angestellten und von Bauern aus Eppingen. Sie haben in Eppingen demonstriert. Sie sollen auf private Busse umsteigen müssen. Nicht nur, daß die teurer sind, die Fahrt auf der Straße wird auch länger. Mit dem Zug fährt man von Eppingen nach Karlsruhe eine Stunde, mit dem Bus zwei. Die Bauern sind von dieser Stillegung besonders betroffen. Die vergangenen Jahre wurden an den Bahnhöfen Verladerampen, besonders für die Zukkerrüben, gebaut, die die Bauern mitfinanziert haben. Erst vor einem Jahr ist die Verladerampe in Sulzfeld eingeweiht worden. Jetzt wird alles Schrott. Für die Transportkapitalisten wird das ein großes Geschäft. Die großen Bauern haben sowieso ihre eigenen Laster, während für die kleinen Bauern und Nebenerwerbslandwirte dies ein weiterer Schritt zum Ruin ihres Hofes werden wird. – (Aus: Bezirksbeilage Heidelberg, 39/76)

Generalstreik der palästinensischen Massen

Dienstag, den 29.9., haben die palästinensischen Volksmassen im von Israel besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen den Generalstreik ausgerufen. „Heftige Demonstrationen werden seit Ende des Vormittags in den westjordanischen Städten Nablus, Hebron und Ramallah gemeldet.

Schüler werfen Steine gegen die Sicherheitskräfte, blockieren die Straßen und setzen Autoreifen in Brand, sie rufen Parolen gegen die Besatzermacht. Verstärkungen werden an diesen Orten zusammengezogen, um die Demonstranten zu unterdrücken, die gegen den König-Bericht, die Enteignungen und die zionistische Besetzung arabischer Gebiete protestieren." So berichtet die algerische Zeitung „El Moudjahid". Daß Schulen und Geschäfte geschlossen bleiben, die palästinensischen Arbeiter und Angestellten in den israelischen Behörden zwei Stunden gestreikt haben, muß die „Neue Zürcher Zeitung" berichten.

Wer ist König? Der Statthalter der Besatzer in ihrer Provinz Galiläa. Dort leben 250000 palästinensische Arbeiter und Bauern. Königs Furcht ist, daß die Siedler mit diesen nicht mehr fertig werden. Er hat eine Denkschrift verfaßt, wo der Rassist vom „oberflächlichen und levantinischen Charakter der Araber" spricht. Er schlägt der Zionistenregierung vor: Man „solle die arabischen Studenten ermutigen, im Ausland zu studieren, dann die Rückkehr erschweren und so die Auswanderung fördern. Jüdische Unternehmen in arabischen Ortschaften sollen subventioniert werden. Den Anteil der Araber in allen jüdischen Betrieben will König auf ein Fünftel beschränken. Weiter verlangt er jüdische Siedlungen auch in arabischen Kerngebieten" (Neue Zürcher Zeitung, 3.9.76). König „begründet seine Vorschläge mit der wachsenden Angst der jüdischen Bevölkerung vor dem Überhandnehmen der Araber" (Neue Zürcher Zeitung). Es handelt sich um ein Programm der Verteidigung der Kolonialherrschaft gegen den Kampf der Massen, der weiteren Enteignung der palästinensischen Bauern und der verschärften Ausbeutung der palästinensischen Arbeiter. Wie uns palästinensische Revolutionäre berichteten, wird Arbeit auf dem Westufer des Jordan offiziell über das Histadruthbüro vermittelt. Die Histadruth ist ein kapitalistisches Monopol, das unter dem Namen Gewerkschaft auftritt. Schon für die Vermittlung muß der palästinensische Arbeiter an die Zionisten ein Drittel eines Monatslohnes als „Vermittlungsgebühr" bezahlen. Der niedrige Lohn wird hoch besteuert; von ihm werden zwangsweise die „Verteidigungssteuer", mit der der zionistische Staat seinen Unterdrückungsapparat finanziert, außerdem die Kranken- und Unfallversicherung einbehalten. Bezahlt werden muß die Versicherung, bloß – als palästinensischer Arbeiter erhält er keinen Versicherungsschutz. Viele Arbeiter müssen über den „Schwarzen Markt" Arbeit suchen – hier müssen sie Tribut an Zwischenhändler zahlen.

Die ganzen Tage der letzten Woche hindurch haben die palästinensischen Arbeiter und Bauern, die Handwerker und Geschäftsleute gegen den Kolonialstaat Israel, Schwertarm des Imperialismus gegen die arabischen Völker, gekämpft. Der erneute Generalstreik ist zugleich direkte Unterstützung für die palästinensischen Volksmassen im Libanon, die sich gegenwärtig einer Offensive der Truppen Syriens und der reaktionären christlichen Truppen erwehren. Dieser Angriff auf den Zentrallibanon hat den Zweck, die Verbindungsstraße zwischen dem christlich besetzten Teil Beiruts und der syrischen Hauptstadt Damaskus völlig unter Kontrolle zu bekommen. Westbeirut, unter Kontrolle der Libanesischen Nationalen Bewegung und der PLO, soll eingekesselt, die palästinensischen Volksmassen im Südlibanon eingeschnürt werden. Es geht um die Zerschlagung der Selbständigkeit der PLO, der Befreiungsorganisation des palästinensischen Volkes, die die Befreiung ganz Palästinas durch den bewaffnten Volkskrieg führt und organisiert. Die Verbindungsstraße ist jetzt unter Kontrolle der syrischen Truppen, ihr weiterer Vormarsch ist aber durch den erbitterten Kampf der Massen gestoppt.

Kämpfe der libanesischen Arbeiterklasse

Den reaktionären christlichen Truppen geht es zugleich darum, die libanesischen Volksmassen entscheidend zu besiegen. Kein Wunder, daß in Beirut die Kämpfe nie abbrechen. In Beirut sind 82 % der gesamten Industrie des Libanon konzentriert, entsprechend das junge Industrieproletariat, das der Ausbeutung durch das imperialistische Kapital unterworfen ist. Letztes Jahr haben 72 % der Arbeiter 425 DM monatlich verdient, was zweimal unterhalb des Minimums, was eine sechsköpfige Familie allein für Wohnung und Lebensmittel braucht, liegt. Der gesetzlich diktierte Lohn ist noch niedriger: er beträgt 315 DM. Der Staatsapparat, Instrument des imperialistischen Kapitals, des Großgrundbesitzes und der Kompradorenbourgeoisie, garantiert die ungezügelte Ausbeutung der Arbeitskraft. Es besteht Schulpflicht, die Schulen aber sind alle Privatschulen und verlangen Schulgeld. Das kann vom niedrigen Lohn nicht bezahlt werden. Gesundheitswesen: zwar existiert die gesetzlich vorgeschriebene Krankenversicherung, es ist aber zugleich festgehalten, daß die Kapitalisten keinen Beitrag zu zahlen brauchen. Kündigungsfristen und -schutz existiert nicht, Arbeitslosenkassen und Arbeitslosengeld ebenfalls nicht. Für die Imperialisten und Reaktionäre war es ein Alarmsignal, als die Arbeiter ihre Forderungen erhoben nach „Aufhebung des Lohnstopps und Sicherung des Reallohns für Arbeiter und Angestellte; Aufbau einer Sozial- und Krankenversicherung, die die armen Bauern, die Fischer, die Land- und Industriearbeiter umfaßt, sowie kostenlose Ausbildung und Krankenversorgung; Recht auf gewerkschaftliche und politische Organisierung für alle Arbeiter, Bauern und Angestellten".

Um all diese Forderungen und Rechte gibt es Klassenkampf. 1973 ist im Libanon die erste Landarbeitergewerkschaft im Kampf gegen das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung auf dem Land entstanden, wobei die Arbeiter auf den Tabakplantagen des Südens die Speerspitze bildeten und wochenlange Streiks durchführten. Die Arbeiter, Bauern, Fischer, die arabische Jugend des Libanon haben sich in den letzten Jahren immer wieder gegen den Imperialismus und die Reaktion erhoben, waren Träger großer Demonstrationen und Massenkämpfe zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes, für den Zusammenschluß aller arabischen Völker zur Zerschlagung des Zionistenstaates. Seit April letzten Jahres tobt der Klassenkampf im Libanon, erneut gehen jetzt die Reaktionäre, hinter denen der westliche Imperialismus steht, gegen die Massen vor. Die Reaktionäre bekommen laufend vom US-Imperialismus, vom französischen und vom westdeutschen Imperialismus, von den Zionisten die besten Waffen, reichlich Materialnachschub. Sie haben vom Meer her ungehinderten Transport und Verbindung, dennoch werden sie immer wieder zurückgeschlagen. Die Massen verteidigen Westbeirut und den Südlibanon, Tripolis im Norden hält der Belagerung stand.

Neues Kräftemessen der Supermächte

Der US-Imperialismus und seine Handlanger im Libanon wollen die Bewegung der Arbeiter und Bauern im Libanon niederschlagen, um den Libanon erneut zum Tummelplatz uneingeschränkter Ausbeutung und Ausplünderung zu machen. Sie wollen die PLO, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes an diesem Punkt empfindlich schwächen. Mit dem US-Imperialismus rivalisiert die andere Supermacht, die Sowjetunion. Sie ist mit einem neuen 4-Punkte-Plan hervorgetreten, dessen wesentliche Festlegung „internationale Garantien" für den Zionistenstaat Israel sind. Das nennt die Supermacht „proletarischen Internationalismus" – es handelt sich um imperialistische Großmachtpolitik.

Gegenwärtig verfolgt diese Supermacht ihre imperialistischen Interessen als „Vermittler", als „Schlichter" zwischen der PLO und Syrien und will sich so tarnen; Wochen zuvor hat sie es mit klassischer Kanonenbootpolitik versucht, ihre Flotteneinheiten im Mittelmeer verstärkt und aufkreuzen lassen. Am 9.7. hat sie erklärt: „Die Sowjetunion hat auf jeden Fall mindestens genauso große Interessen an der Entwicklung der Situation im Libanon und in der Umgebung des Landes. Das sollte niemand aus den Augen verlieren." (TASS) Ein Kommentar der „Hsinhua", der Nachrichtenagentur der Volksrepublik China, zur Politik des Sozialimperialismus gegenüber dem Libanon lautet: „Während sie offen eine Seite unterstützt, versorgt sie die andere mit Munition in ihrem Versuch, in trübem Wasser zu fischen, indem sie eine Seite anstachelt, die andere auszulöschen. (...) Im Libanon führen die beiden Supermächte ein neues Kräftemessen durch und der Libanon ist ein bedeutender Nebenschauplatz ihres Kampfes um den Nahen Osten." (28.9.) Für beide Supermächte ist der Kolonialstaat Israel Stützpunkt, Dreh- und Angelpunkt in ihrem Kampf um die Herrschaft über die arabischen Völker und Länder. Der Kolonialstaat Israel ist tatsächlich ein Kettenhund, er giert nach ungezügelter Ausbeutung der palästinensischen Arbeiter, beruht auf Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Er muß zerschlagen werden. – (hjh)

„Krankenhausbehandlung und Operation lohnen sich nicht mehr bei Rentnern"

Göttingen. Wie die Bourgeoisie mit der Gesundheit der alten Menschen umspringt, wird deutlich anhand zweier Fälle aus meiner Familie.

Meine Großmutter, 70 Jahre alt, Witwe eines ehemaligen ostpreußischen Leibeigenen, lebt von zirka 500 DM Witwenrente und Sozialfürsorgegeld in einem kleinen Dorf am Rande Bremens.

Bereits lange Zeit fühlte sie sich krank und litt unter schmerzhaften Hustenanfällen. Der Hausarzt behandelte mit Hustensaft. Nach einiger Zeit wurde sie – vollkommen geschwächt – zur ambulanten Untersuchung ins evangelische Hospital Lilienthal/Kreis Osterholz überwiesen. Dort stellte man zwar eine doppelseitige Lungenentzündung fest, aber man nahm meine Großmutter nicht in stationäre Behandlung, sondern entließ sie – vollgepackt mit ihr fremden Medikamenten – nach Haus. Der Hinweis, daß sie zu schwach sei, sich selbst zu versorgen, und sonst niemand habe, der sich um sie kümmern könne, veranlaßte die Ärzte, nach Verwandten zu forschen, die die Pflege der alten Frau übernehmen könnten. Meine Eltern stellten sich zur Verfügung und nahmen meine Großmutter zu sich, ohne auch nur ansatzweise über Art und Schwere der Krankheit bzw. über notwendige Pflegemaßnahmen informiert zu werden. Erst Tage später erfuhren sie zufällig von einer bekannten Krankenschwester, daß diese Lungenentzündung für alte Menschen lebensbedrohlich sein könne, sowie die Tatsache, daß eine solche Krankheit hochgradig infektiös ist und daß sie selbst sehr gefährdet seien. Über notwendige hygienische Maßnahmen und Desinfektionsmittel waren sie nicht informiert worden.

Klar wird an diesem Fall folgendes: Meine Großmutter ist für die Bourgeoisie nicht mehr verwendbar. Ausgenutzt und verbraucht durch ein hartes Leben, das bestimmt war durch Sklavenarbeit für ostpreußische Großgrundbesitzer vor dem Kriege und danach für einen westdeutschen Ziegeleibesitzer, hatte sie trotzdem pünktlich ihre Beiträge zur Sozial- und Krankenversicherung bezahlt. Dieses von ihr eingezahlte Geld jetzt für ihre Gesundheitserhaltung auszugeben, ist für die Kapitalistenklasse unwirtschaftlich, sie braucht dieses Geld für ihre imperialistischen Interessen.

Dieses ist kein Einzelfall. Der Bruder meiner Großmutter, 74 Jahre, ehemaliger Handlanger in einer Schlachterei, seit neun Jahren Rentner mit zirka 650 DM Rente und Sozialfürsorge, lebte zwei Jahre lang mit starken Schmerzen in der rechten Hüfte. Dieses Leiden wurde von dem Hausarzt lediglich mit Schlaftabletten behandelt. Nach zwei Jahren endlich wurde der alte Mann einem Chirurgen überwiesen, der das rechte, mittlerweile steife Hüftgelenk durch ein künstliches Gelenk ersetzte. Man versprach, das mittlerweile ebenfalls defekte linke Gelenk in zirka ein- bis eineinhalb Jahren zu operieren. Man hofft offenbar, daß der Rentner bis dahin gestorben ist, denn eine solche Operation ist sehr kostspielig. – (u.r., Zelle Uni-Kliniken Göttingen)

BRD-Imperialismus setzt Pohle-Auslieferung durch

In zweiter Instanz entschied das höchste griechische Gericht, der Areopag, entsprechend dem Verlangen der Bundesregierung, daß das RAF-Mitglied Rolf Pohle an die BRD ausgeliefert werden muß. Der Grund ist „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung", was in den deutsch-griechischen Auslieferungsbedingungen als Tatbestand gar nicht vorgesehen ist. Die Bundesregierung hat damit durchgesetzt, daß die Gesetze und Rechtsbegriffe auch in Griechenland gelten, die die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie zur Unterdrückung ihrer politischen Feinde geschaffen hat. Justizminister Vogel hat auch gleich erklärt, damit werde die internationale Bekämpfung des Terrorismus fühlbar erleichtert. Bei der Verkündung des Urteils kam es im Gericht zu Protesten gegen den BRD-Imperialismus und das Gericht. In Athen wurden Protestdemonstrationen gegen die Auslieferung Pohles durchgeführt.

Weltwährungskonferenz in Manila

Die Forderung der Länder der Dritten Welt nach günstigeren Kreditbedingungen haben die imperialistischen Staaten schon vor Beginn der Konferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Manila abgelehnt. Die Konferenz hat am 4.10. begonnen. Die Länder der Dritten Welt halten wie auf der Unctad-Konferenz in Nairobi an den Forderungen der Erklärung von Manila fest: Streichung der Schulden an die Imperialisten, Angleichung der Rohstoffpreise an die Fertigwarenpreise, mehr Rechte in IWF und Weltbank. „Die Industriestaaten, die wegen ihrer höheren Geldeinlagen größere Stimmrechte haben, verweigerten diese Änderungen, stattdessen wiesen sie darauf hin, die Entwicklungsländer sollten die bestehenden finanziellen Möglichkeiten mehr nutzen." (Tagesschau, 3.10.)

Die „höheren Geldeinlagen" (die zu größeren Stimmrechten im IWF verhelfen) stammen aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Plünderung der unterdrückten Völker. Die „bestehenden finanziellen Möglichkeiten" nutzen die Imperialisten zu Erpressungsmanövern gegenüber den Ländern der Dritten Welt, indem sie die Vergabe von Krediten mit politischen Auflagen versehen und höhere Zinsen auspressen. Frech hat Witteveen, Präsident des IWF, zu verstehen gegeben, daß „eher mit einer Verschärfung der Kreditbedingungen als mit Erleichterungen gerechnet werden müsse". (FAZ, 4.10) So wollen die Imperialisten „die Anpassung an neue wirtschaftliche Wirklichkeiten" durchsetzen. „Wechselkursänderungen seien dabei das wichtigste Anpassungsinstrument." Indem sie die Wechselkurse der Währungen der Entwicklungsländer drücken, wollen die Imperialisten noch billiger an die Waren der Länder der Dritten Welt herankommen und noch profitabler Kapital in diese Länder exportieren.

Bundessozialgericht: Westpolen „kein Ausland"

In mehreren Urteilen und Beschlüssen hat das Bundessozialgericht entschieden, daß die Westgebiete Polens, die vor dem Zweiten Weltkrieg zum Deutschen Reich gehörten, „für die Bundesrepublik nicht zum Ausland geworden sind". (FAZ, 2.10.) Das Gericht unterscheidet zwischen „Inland" (BRD und Westberlin), „Ausland" und „Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs der Reichsversicherungsordnung". Damit sind die DDR und die ehemaligen Ostgebiete gemeint. Die westdeutschen Imperialisten haben keineswegs die Absicht aufgegeben, daraus wieder „Inland" unter ihrer Herrschaft zu machen. Das Bundessozialgericht bezieht sich in seinem Urteil auf ein gleichlautendes und, wie die „Frankfurter Allgemeine" bemerkt, „wenig bekanntes" Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975. Es fügt einen Hinweis hinzu, wie die Expansion gen Osten vonstatten gehen soll: im Rahmen des imperialistischen NATO-Bündnisses. Von dem Vertrag mit Polen sei der Deutschlandvertrag von 1955 mit den West-Alliierten völlig unberührt geblieben. Darin hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie mit ihren imperialistischen Bündnispartnern als „gemeinsames Ziel" vereinbart: „ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt ... "

Stahlindustrie:

Die Kapitalisten bereichern sich auch in der Krise

Die Klöckner-Werke AG hat vor etwas mehr als einem Monat die Maxhütte aus dem Flick-Konzern gekauft. 137 Millionen DM zahlt der Klöckner-Konzern für die ersten 51 % des Stammkapitals der Maxhütte von 100 Millionen DM. Nochmal so viel wird er aufbringen, um bis zum 1.1.79 auch die restlichen Anteile zu übernehmen.

Jetzt nimmt die „Pütt und Hütte", „Zeitung für Aktionäre, Mitarbeiter und Geschäftsfreunde der Klöckner-Werke AG" in einer Sondernummer zu diesem Fang Stellung. Herbert Gienow, Vorstandsvorsitzender des Konzerns schreibt für den „lieben Pütt und Hütte-Leser": „Die Maxhütte ab 1.1.77 im Klöckner-Verbund! In der Tat ist das ein bedeutender Schritt nach vorn. Daß sich unsere Zukunft und die Interessen der Maxhütte in vieler Hinsicht glücklich ergänzen, wird schon seit langem an den engen Geschäftsbeziehungen deutlich. Daß sich über diese Beziehungen hinaus große Möglichkeiten zum beiderseitigen Vorteil eröffnen, wenn Maxhütte und Klöckner enger zusammenrücken, hätten gründliche Untersuchungen gezeigt. Was lag deshalb näher, als auf eine Übernahme der Maxhütte hinzusteuern? Nun sind wir so weit." Die „umfangreichen Untersuchungen" hatten einfach darin bestanden, daß festgestellt wurde, daß der Klöckner-Konzern durch die Übernahme der Maxhütte einige tausend Stahlwerker mehr ausbeuten kann, ohne durch die Erstellung neuer Fertigungsanlagen die Stahlkapazität insgesamt auszubauen. Auch kommt den Klöckner-Konzern die Übernahme der Maxhütte siebenmal billiger als eine entsprechende Ausdehnung der Produktion durch Neuinvestitionen. Es waren also keine großen Untersuchungen notwendig, sondern nur die ganz normalen Überlegungen des Kapitalistenhirns: Die Ausbeutung von mehr Stahlarbeitern bringt mehr Profit und die Ausdehnung des Monopols verbessert die Position gegenüber der Konkurrenz. Bleibt ein Problem für das Kapitalistenhirn: Die Klöckner-Kapitalisten wie die anderen Stahlkapitalisten haben in den letzten anderthalb Jahren die Lage der Stahlarbeiter kräftig verschlechtert, haben ihre Wochenlöhne gedrückt durch Wegfall der Zulagen aufgrund von Kurzarbeit, haben die Arbeit intensiviert mit Hilfe der Kurzarbeit und haben all dies mit den „roten Zahlen" und den „leeren Kassen" der Konzerne gerechtfertigt. Jetzt bereiten sich die Stahlarbeiter darauf vor, die zahlreichen und zersplitterten Abwehrkämpfe in einzelnen Betrieben und Abteilungen im Tarifkampf zusammenzufassen und gemeinsam ihre Interessen gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Wie sollen die Klöckner-Kapitalisten ihr Gejammer gegenüber den Forderungen der Arbeiter glaubhaft machen, wenn sie gerade einen solchen Fisch wie die Maxhütte an Land gezogen haben und dafür sofort 137 Millionen DM locker machen konnten?

Die Bereicherung soll vertuscht werden

Die Klöckner-Kapitalisten sehen dies Problem gut und schreiben in „Pütt und Hütte": „Nun wird mancher fragen, wie wir jetzt, wo sich die Stahlindustrie gerade erst von der schwersten Krise ihrer jüngeren Geschichte zu erholen beginnt, Geld für einen Unternehmenskauf haben. Denken wir an einen Fuhrunternehmer. Sein Einkommen ist in diesem Jahr so gering, daß die Familie sogar auf die sonst übliche Urlaubsreise verzichtet. Trotzdem greift er zu, als er einen erstklassigen Gebrauchtwagen zusätzlich erwerben kann. Auch seine Bank findet das richtig: denn nun kann er mehr Kunden schneller bedienen, sein Einkommen wird damit steigen." So lautet der Schluß des Artikels „Ein Sprung nach vorn". Die Klöckner-Kapitalisten meinen, sie könnten mit der gleichen Leichtigkeit wie sie die Maxhütte kaufen, die Arbeiter des Konzerns für dumm verkaufen. Gienow vergleicht also die „große Klöckner-Familie" mit der Familie eines kleinbürgerlichen Fuhrunternehmers. „Nehmen wir einen Fuhrunternehmer". Haben wir ihn erst einmal genommen, dann ist die Quelle der Bereicherung der Klöckner-Kapitalisten, die zehntausende Arbeiter des Konzerns auch schon verschwunden. Bleibt die Familie des Fuhrunternehmers, die auf die gewohnten Urlaubsreise verzichtet, damit der Familienvater einen weiteren Gebrauchtwagen kaufen kann. Die Bank ist einverstanden, weil der Fuhrunternehmer jetzt schneller „bedienen" kann: „Sein Einkommen wird damit steigen." Wie sieht es im Unterschied zur „Fuhrunternehmerfamilie", die offensichtlich die Wagen selber fährt, mit der „großen Klöcknerfamilie" aus? Den Gienow hat noch keiner am Hochofen gesehen. Die Arbeiter fahren die Anlagen. Auf den Urlaub und die Urlaubsreise hat weder der Gienow noch einer seiner sauberen Kollegen im Vorstand und Aufsichtsrat verzichtet. Viele der Klöcknerarbeiter mußten aber letztes Jahr und dieses Jahr noch auf sehr viel mehr als auf die Urlaubsreise, die so üblich gar nicht ist, „verzichten", sondern vielleicht auf ein Kind, weil sie es sich nicht leisten können. Die Sache stellt sich also im Unterschied zu dem „Fuhrunternehmer" so dar: Die Klöckner-Arbeiter sind gedrückt worden und die Klöckner-Kapitalisten haben am Ende ein paar weitere Betriebe und tausende Arbeiter mehr, um sie auszubeuten. Ihr „Einkommen" steigt, weil sie die Ausbeutung verschärfen und ausdehnen. Damit rechnet auch die Bank. Deshalb gibt sie Kredit und streicht über die Zinsen ihren Anteil an den Profiten ein. Die Klöckner-Arbeiter werden nicht an den Fuhrunternehmer denken und dessen Familie, sondern gleich an die Klöckner-Kapitalisten und die eigene Familie. Aus ihren Knochen ziehen die Klöckner-Kapitalisten ihr Einkommen, und gegen die Klöckner-Kapitalisten müssen die Arbeiter ihren Lohn verteidigen und der Ausbeutung Schranken ziehen.

Stahlkapitalisten setzen auf sozialdemokratische Arbeitsdirektoren und Betriebsräte

Wie bei Klöckner, der nicht nur in Westdeutschland, sondern auch im Ausland, z.B. in Südafrika und den USA, neues Kapital investiert, sieht es in der übrigen Stahlindustrie aus. Die Kapitalisten verschärfen die Ausbeutung, treiben die Monopolisierung voran und exportieren Kapital, um auf dem Weltmarkt zu expandieren. In der Krise haben sie all das nicht abgeschwächt, sondern verstärkt. Gleichzeitig stagniert die Produktion nach wie vor. Also werden sie weiter die Ausbeutung zu verschärfen versuchen, die Monopolisierung und den Kapitalexport vorantreiben, bis sie durch die „Krise in der Krise" wie Thyssenchef Spethmann sich ausdrückt, hindurch sind, noch weniger Monopole die Stahlproduktion beherrschen und die Stahlarbeiter noch ein Stück gedrückt sind. Das sind die Absichten der Stahlkapitalisten, und diese Absichten bestimmen ihr Verhalten in der Lohnauseinandersetzung. Die Sozialdemokraten, die überall in den Stahlwerken die Arbeitsdirektoren stellen und die Betriebsräte in Abteilungen des Aufsichtsrates verwandelt haben, werden alles tun, damit die Stahlkapitalisten mit diesen Absichten durchkommen. Am 18. Oktober will die große Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen und Klöcknerhütte Bremen die Forderung für den Tarifkampf aufstellen. Vor den Bundestagswahlen wollten sie damit nicht herauskommen. Jetzt, wo sie weiterhin in der Regierung sitzen, werden sie erst recht alles daransetzen, die Forderungen herunterzudrücken. Bei Klöckner Hagen hat der Betriebsrat, um die Forderung nach Sicherung der Zulagen bei Kurzarbeit zu unterlaufen, einen 25prozentigen Ausgleich für die Zulagenverluste bei Klöckner Hagen gefordert. In dieser Weise werden die Sozialdemokraten überall versuchen, an die Stelle der richtigen Forderungen nach Lohnerhöhung in Mark und Pfennig für alle gleich, nach Erhöhung des tariflichen Urlaubs und nach Absicherung der Zulagen bei Kurzarbeit, Angebote an die Kapitalisten zu setzen.

Einzelne Vertrauensleutekörper wie bei Klöckner Hagen haben Beschlüsse für Festgeldforderungen und Absicherung der Zulagen gefaßt. Auf diesen Forderungen können sich die Stahlarbeiter zusammenschließen gegen ihre Ausbeuter. – (gs)

Afrika gehört den Völkern Afrikas



Die nebenstehende Karte gibt einen Eindruck von den Reichtümern des südlichen Afrika. Die 5 Länder erstrecken sich über 3,78 Millionen Quadratkilometer (BRD 248000 qkm). Aus Azania (Südafrika) allein schleppten die imperialistischen Monopole 1974 Rohstoffe im Wert von 3,5 Milliarden Rand ab, was etwa 10,5 Milliarden DM entsprach. 1974 produzierten die afrikanischen Arbeiter allein in Azania 75,3 % der Weltproduktion an Gold, 68,8 % waren es bei Platin, 30,1 % bei Vanadium, 20,9 % bei Mangan, 26,9 % bei Chrom. Über 60 wichtige Rohstoffe wurden allein in Azania ermittelt. In Zimbabwe sollen außerdem z.B. 80 bis 85 % der Weltvorräte an Lithium sein, in Namibia, Azania und Zimbabwe gibt es Uran.

Die Ausbeutung und Unterdrükkung der Völker des südlichen Afrika ist deshalb für die imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, von großer Bedeutung im Kampf um die Weltherrschaft. Die Sozialimperialisten versuchen verstärkt, in Afrika Fuß zu fassen, um sich Rohstoffe zu sichern und die Arbeiter und Bauern im südlichen Afrika zu unterwerfen.

Den Reichtum, den die Imperialisten rauben, produzieren die afrikanischen Arbeiter und Bauern. Die Ausbeuterherrschaft des Imperialismus über 6 Millionen Zimbabwer sichern in Zimbabwe 230000 europäische Siedler. 933000 Arbeiter haben sie 1974 als Lohnsklaven in den Bergwerken, Fabriken und in der Landwirtschaft (ein Drittel davon) ausgebeutet. In Azania waren es 5 Millionen azanische Lohnarbeiter, die gegen Hungerlöhne den Reichtum der Imperialisten und Kolonialisten produzierten. Davon wurden etwa 550000 im Bergbau, 700000 in der Verarbeitungsindustrie und 1,6 Millionen in der Landwirtschaft ausgebeutet. In Azania sichern 4 Millionen europäische Kolonialisten die Ausbeuterherrschaft des Imperialismus über 20 Millionen Azanier. Die Völker von Zimbabwe, Azania und Namibia führen den Kampf für die Befreiung von imperialistischer Unterdrückung, Ausbeutung und Kolonialherrschaft. Gegenwärtig ist der bewaffnete Volkskrieg des Volkes von Zimbabwe die Speerspitze dieses Kampfes. Die kämpfenden Völker unterstützen und ermutigen sich gegenseitig. Im Vertrauen auf die eigene Kraft werden sie sich selber befreien, Kolonialismus und Imperialismus besiegen.

Die Krankenhäuser: Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates

„Recht auf Leben“

Die Bourgeoisie beklagt die „Kostenexplosion bei den Krankenkassen“. „Überhöhtes Anspruchsbewußtsein“ und „unvernünftige Lebensführung“ soll daran schuld sein. Unglaublich, wie sie der Arbeiterklasse anlastet, was in Wirklichkeit auf ihr Konto geht. Denn in nichts anderem als der kapitalistischen Produktion liegt die Ursache.

Im Programm des KBW heißt es: „Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.“

Vergrößerung des Mehrwerts durch Steigerung der Ausbeutung, der unbezahlten Mehrarbeit der Arbeiter für die Kapitalisten – das ist der unersättliche Trieb des Kapitals. Alle Methoden der Steigerung des Mehrwerts sind Mittel der Verelendung der Arbeiterklasse und ihrer körperlichen Degradation:

Senkung des Lohns, so daß die Arbeiterfamilie sich immer mehr einschränken muß, schlechtere Lebensmittel kaufen muß, die teure Kindernahrung nicht mehr kaufen kann und so die Reproduktion gestört wird.

Verwandlung der Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für die Kapitalisten: Millionen Frauen hat das Kapital in die Produktion gepreßt, was zum Beispiel die Arbeiter der Möglichkeit beraubte, ihre Kinder korrekt zu versorgen.

Ausdehnung des Arbeitstages durch Überstunden und Sonderschichten: Die Vernutzung der Arbeitskraft steigt rapide durch die Überarbeit, sie kann in der verbleibenden Zeit nicht mehr ausreichend reproduziert werden. Genauso wirkt die Nacht- und Schichtarbeit, die die Kapitalisten laufend ausgedehnt haben.

Schließlich die Intensivierung der Arbeit durch den Akkord: genauso wie die Verlängerung des Arbeitstages geht er an die Substanz der Arbeitskraft, führt zu beschleunigtem Verschleiß.

Gegenwärtig verschärft die Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Unvermeidlich führt das zu weiterer Verelendung der Arbeiterklasse und fortschreitender Zerstörung ihrer Lebenskraft. Wenn dann die Krankheiten zunehmen, obwohl doch für jeden Arbeiter das Krankschreiben durch den Arzt zum Risiko geworden ist, dann schreiben die Bourgeoisjournalisten von „Kostenexplosion“.

Die Zerstörung der physischen Existenz der Arbeiterbevölkerung tritt krass zutage bei ihrem Nachwuchs: In den großen Städten wächst seit kurzem die Säuglingssterblichkeit; der Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen verschlechtert sich; chronische Erkrankungen wie Bronchitis nehmen zu, weil die natürlichen Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung zerstört werden.

Die Kontrolle des imperialistischen Staatsapparates über die Versicherungskassen der Arbeiterklasse führt zu noch schwungvollerer Wirkung der Verelendung. Wozu der Bourgeoisie die Kassen in den Händen ihres Staates noch dienen, hat CSU-Strauß kürzlich im Fernsehen herausgelassen: er klagte, früher seien die Kassen „Kapitalgeber“ gewesen und heute „wegen der Kostenexplosion Kapitalnehmer“.

Die Kontrolle des imperialistischen Staates über die Kassen macht die Krankenhäuser zu Stätten der Unterdrückung.

Die Rentner, obgleich sie ein ganzes arbeitsreiches Leben nicht nur für die Kapitalisten Profite produziert haben, sondern auch Unsummen in die Krankenkassen gezahlt haben, werden in den Krankenhäusern nicht behandelt, sondern mißhandelt. Das Krankenhauspersonal, die einfachen Arbeiter und Angestellten, verstehen oft den Grund nicht. Er ist auch pervers. Die „Sparpolitik“ an den Krankenhäusern wird gezielt auf die Behandlung der Rentner gemacht, weil die Kapitalisten sich eine „Entlastung der Rentenversicherung“ erhoffen. Ein Rentner, der stirbt, setzt Kapital frei, das heißt, irgendein Kapitalist kann die von diesem Rentner gezahlten Beiträge als Leihkapital benutzen, weil es der Rentner nicht mehr zum Leben braucht.

Das Ganze funktioniert über gezielte Rationalisierung an den Kliniken. Die Beschäftigten werden zu den Schuldigen gemacht; sie haben die Wahl: entweder Überarbeit, oder das „Wohl der Patienten“ zu gefährden. Damit sie sich dem auch unterwerfen, sind sie zur Treue gegenüber dem imperialistischen Staat und zum Schweigen gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk verpflichtet.

Im Grundgesetz, Artikel 2, wird das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ verkündet. Es ist ein Hohn. Es müßte heißen: „Recht auf Leben, soweit noch ausbeutbar.“

Die kapitalistische Ausbeutung zerstört die erste Produktivkraft, den Menschen. Mit der proletarischen Revolution wird die Arbeiterklasse der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende machen und ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten zur Entfaltung bringen.

Unerläßlich ist es, auf dem Wege dahin dem imperialistischen Staatsapparat die Krankenkassen zu entreißen und ihre Bezahlung durch die Kapitalisten zu erkämpfen, um der Verelendung und der Zerstörung der Gesundheit Schranken zu setzen und die Kräfte zu sammeln für die Revolution.

„Eine rasche Folge schwächlicher und kurzlebiger Arbeitergenerationen wird den Arbeitsmarkt ebensogut mit Zufuhr versorgen wie eine Reihe robuster langlebiger Generationen“, stellte Karl Marx vor über hundert Jahren fest. Die Zerstörung der physischen Existenz der Arbeiterklasse als Folge der kapitalistischen Ausbeutung ist heute genauso die Tendenz. Das zeigen schon wenige Daten:

Nach den amtlichen statistischen Erhebungen der Stadt Köln wurde 1974 gerade noch bei 39 Prozent der Neugeborenen ein guter Gesundheitszustand festgestellt, 1975 nur noch bei einem Drittel. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit ist in Köln im selben Zeitraum um 30 Prozent gestiegen.

In der BRD ist von 1966 bis 1973 die Säuglingssterblichkeit fast gleichgeblieben mit 23 auf 1000 Lebendgeborene. In dieser Zeit hat die Frauenarbeit rasch zugenommen. Hauptursache der Säuglingssterblichkeit ist Unterernährung.

Die Krankenstatistik zeigt, daß bei Säuglingen und Kindern bis zu 15 Jahren die Erkrankungen der Atmungsorgane wie Bronchitis zunehmen. Eine schulärztliche Untersuchung im Landkreis Marburg/Biedenkopf (Hessen) hat jetzt einen katastrophalen Zustand der Zähne der Schüler ergeben: Bereits im Kindergartenalter waren über 70 Prozent der Kinder behandlungsbedürftig, bei den Hauptschülern hatten 56 Prozent kranke Zähne, bei den Gymnasiasten noch 36 Prozent.

Die stationäre Behandlung in den Krankenhäusern hat von 1966 bis 1973 um 25 Prozent zugenommen. Gleichzeitig hat die Bourgeoisie aber von 1966 bis 1973 die Verweildauer in den Krankenhäusern von 19,5 auf 17,6 Tage verkürzt, die Pflege also verschlechtert und den Familien aufgehalst.

In Köln ist die Zahl der Kreislauferkrankungen, die die wichtigste Todesursache sind und auf den Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion zurückgehen, 1975 um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Bei den 60- bis 75-jährigen in Köln ist die Sterblichkeit 1975 um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das Statistische Bundesamt geht bei den über 60-jährigen für die Jahre bis 1980 von einer wachsenden Sterblichkeitsquote aus. (Wirtschaft und Statistik 12/75) Hauptursache: Kreislauferkrankungen.

Salmonellenepidemie: Erkrankte Beschäftigte zur Weiterarbeit gezwungen

In der Bundesrepublik hat sich die Zahl der gemeldeten (!) Salmonellenerkrankungen von 13 842 (1972) auf 30 728 (1975) mehr als verdoppelt. Es handelt sich dabei um eine leicht übertragbare ernste Darmerkrankung. Salmonellen erwachsen auf Nahrungsmitteln. „Derartige Keimmengen sind in der Regel in frischen Nahrungsmitteln nicht vorhanden. Sie können aber durch Keimvermehrung nach einer Verseuchung in Schlachthäusern, Konservenfabriken, Großküchen usw. sowie im Haushalt schnell entstehen.“ (DAK-Zeitschrift 3/76) Die rasche Vermehrung dieser Erkrankungen ist Folge der Lebensmittelverschlechterung, der wachsenden Verelendung. Die Antwort des imperialistischen Staatsapparates auf die Ausbreitung dieser Seuchen besteht darin, die Unterdrückung der betroffenen Werktätigen zu verschärfen und gegenüber den in Heimen und Kliniken Beschäftigten die Unterdrückung und Auspressung unbezahlter Mehrarbeit zu steigern. Sie werden dienstverpflichtet.

Neckargemünd. Am Freitag vor einer Woche wurde das Kinderwohnheim des Rehabilitationszentrums Neckargemünd geschlossen. In dem Rehabilitationszentrum werden großteils körperbehinderte Kinder und Jugendliche auf die Ausbeutung in der Produktion vorbereitet. Salmonellenerkrankungen wurden festgestellt. Im Kinderwohnheim waren 45 Personen erkrankt, davon 5 Beschäftigte in der Küche und mindestens 3 Erzieher. Bei den Pflegern und Erziehern wurde vom Gesundheitsamt die Anweisung erteilt, daß „kein Zwang bestehe“, diese krank zu schreiben. Der Geschäftsleitung geht es nicht darum, die Infektionen mit allen Mitteln zu bekämpfen und einzudämmen. Auf Teufelkomm-raus muß der Laden laufen. Die Ausdehnung der Krankheit wurde dabei in Kauf genommen.

Seit diesem Wochenende ist das ganze Zentrum verschlossen. Es besteht für alle Kinder und Jugendliche Ausgangssperre. Inzwischen sind ca. 100 Fälle von Erkrankungen registriert. Ein Notstandsprogramm ist eingerichtet worden. Alle möglichen Tricks wurden von der Leitung bzw. von Therapeuten ausgedacht, damit die Kinder und Jugendlichen beschäftigt werden und ein Aufmucksen verhindert wird. Besondere Spiel- und Beschäftigungsvorschläge wurden ausgearbeitet, damit man die Jugendlichen unter Kontrolle bekommt. Das Essen wurde sogar verbessert. Bei den Jugendlichen wird verstärkt Alkohol getrunken, die Stimmung ist ungeheuer aggressiv.

Erzieher und Pfleger müssen zum Teil bis zu 70 Stunden in der Woche arbeiten, Überstunden werden nicht bezahlt, da, argumentiert wird, daß die Erzieher dafür so viele Ferien erhalten würden wie z.B. Lehrer. Auch Zulagen werden nicht bezahlt. Viele Erzieher sagen, daß sie dies nicht mehr mitmachen würden, ihnen aber ja nichts übrig bliebe als zu arbeiten und durchzuhalten, sonst würde das Zentrum ja ganz zusammenbrechen. Überhaupt sei es gar nicht verwunderlich, daß in solch einem großen Zentrum solch eine Epidemie ausgebrochen sei, bei dem Haufen von Menschen auf engstem Platz.

Der Betriebsrat wurde von der Geschäftsleitung informiert, es handle sich um eine „harmlose Infektion“. Er selber hat noch nichts unternommen. Die Kollegen haben die Forderung nach Zulagenbezahlung (die seit Bestehen des Zentrums nicht bezahlt wurden) jetzt dem Betriebsrat übergeben, der Betriebsrat hat zugesagt, daß er sich für die Forderung einsetzt. – (u.h., Heidelberg/Red.)

Schwerkranke ohne Essen aufgrund des Personalmangels

Bremen. Das Regierungsprogramm der SPD stellt fest, daß die Krankenhäuser gut ausgerüstet sind und daß der Bettenmangel und der Personalmangel behoben ist. Die Wirklichkeit am Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße Bremen sieht so aus, daß auf den Privatstationen Betten frei sind, während die einfachen Arbeiter und Angestellten lange warten müssen, bis sie ein Bett bekommen; und dann werden sie in 5- oder 7-Bett-Zimmern untergebracht oder auch auf dem Flur. Dabei

In der Medizinischen Klinik im Krankenhaus werden zur Zeit nur noch sogenannte Akutfälle aufgenommen, also solche Patienten, bei denen ohne stationäre Versorgung nicht mehr viel auszurichten ist. Die Stationen der Klinik sind wie im gesamten Krankenhaus nur zu 64 % besetzt. Jeder dritte Kollege fehlt, hat die ÖTV-Gewerkschaftsgruppe am Krankenhaus festgestellt. Praktisch wirkt sich das so aus, daß die Hetze immer mehr zunimmt und die Kollegen nicht mal das Notwendigste schaffen: So war am letzten Wochenende die Station zwei nur mit drei Kollegen besetzt. Auf dieser Station liegen viele schwerkranke Patienten, vor allem Alte. Sie konnten nicht gefüttert werden und erhielten erst Stunden später von den Küchenhilfen das aufgewärmte Essen.

Die 40-Stunden-Woche steht nur auf dem Papier. 50 und mehr Überstunden im Monat und „geteilter Dienst“ stehen auf der Tagesordnung. Eine Kollegen hatte in der letzten Woche von 6 bis 10 Uhr Dienst, dann Nachtwache von 20 bis 6 Uhr, und dann wieder Spätdienst von 14 bis 20 Uhr. Der Senat setzt darauf, daß das vorhandene Personal die Lücken schon füllen wird und die Patienten nicht hilflos liegen läßt. Das ist eine besonders widerwärtige Erpressung. – (g., Bremen/Red.)

Schweigepflicht für Klinikbelegschaft

Göttingen. Das Land Niedersachsen versucht jährlich, seine Beamten, Angestellten und Arbeiter per Unterschrift zum Schweigen zu verpflichten. Das gilt für die Beschäftigten an den Kliniken genauso wie für die Polizei oder die Gefangenenaufseher. Andere Bundesländer verfahren ähnlich.

Im Rundschreiben des Göttinger Universitätskurators vom März 1976 „Betr. Schweigepflicht“ heißt es unter anderem:

„Die schuldhafte Verletzung der Schweigepflicht durch Beamte ist ein Dienstvergehen, das nach den dienststrafrechtlichen Vorschriften verfolgt wird. Angestellte und Arbeiter haben unter Umständen mit Entlassung zu rechnen. Alle Bediensteten, die die Schweigepflicht schuldhaft verletzen, haften für den dem Land entstandenen Schaden. Die Verletzung der Schweigepflicht kann unter Umständen auch eine strafrechtliche Handlung darstellen.“

Das Hauptgesetz für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist die Treue zum Dienstherrn, dem imperialistischen Staatsapparat, und die Verschwiegenheit gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk.

Wenn die Beschäftigten der Kliniken ihre Schweigepflicht brechen, kommt in Hülle und Fülle die Verrottung des Gesundheitswesens zu Tage. Dann kommt zu Tage, daß an den Krankenhäusern die Politik der Bourgeoisie gemacht wird, weil sie über ihren Staat die Krankenkassen besitzt. – (Zelle Unikliniken/Red.)

Universitätskliniken Göttingen: Leben eines Landarbeiters „nur bedingt erhaltenswert“

Göttingen. Nach einer Gehirnoperation traten bei dem landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter B. Komplikationen auf. Der Neurochirurg wurde bestellt. Aus medizinischer Sicht war ein weiterer Eingriff möglich und notwendig. Was in den Augen des Neurochirurgen dagegen sprach, war die Lebensgeschichte des Patienten. Er wurde unehelich geboren. Seine Mutter war „schwachsinnig“. Er selber beherrschte nicht das ABC, zählen konnte er nicht. Sein Leben hat er in Anstalten verbracht. Dies alles verhinderte natürlich nicht, daß er als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter ausgebeutet wurde und selbstverständlich für die Krankenversicherung gezahlt hat.

Soll man solches Leben erhalten, das war die Frage des Neurochirurgen. Wörtlich: „Er beherrscht nicht das ABC, soll man da wirklich operieren?“ Er sperrte sich gegen die Operation. Erst auf das Drängen der Neurologen erklärte er sich bereit, sich für eine Operation einzusetzen. Trotzdem wurde der Patient B. in Göttingen nicht operiert. Jetzt wollte der diensthabende Neurochirurg nicht operieren. Nur durch die Verlegung in die Medizinische Hochschule Hannover mit dem Notarztwagen konnte die Operation ermöglicht werden.

In der kapitalistischen Gesellschaft zählt der Mensch nur so viel, wie er Profit für seinen Kapitalisten abwirft. Ist er als Arbeitsvieh schlecht zu gebrauchen, ist er wertlos. Entsprechend wird er von den Ärzten der Bourgeoisie behandelt. Erst die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft wird die Medizin in den Dienst des Volkes stellen. – (Zelle Universitätskliniken Göttingen)

Altenpflegeheime: Zu wenig Personal, Medikamente und medizinische Geräte

Schwetzingen. Das Hebel-Altenheim in Schwetzingen hat zirka 25 Bewohner, auf der Pflegestation liegen zirka 16 Patienten.

Die meisten der alten Leute kommen aus der Arbeiterklasse und müssen mit einer bescheidenen Rente auskommen. Im Altenheim müssen die Bewohner zirka 1 100 DM pro Monat abliefern, damit sie im Heim ihren Lebensabend verbringen dürfen. Auf der Pflegestation sind das zirka 1 400 DM. Dabei geht die Rente sowieso drauf. Meistens müssen Sozialamt und Verwandte noch was besteuern.

Träger des Heims ist der evangelische Diakonieverein. Es gibt einen Verwaltungsrat in Karlsruhe. Maßgebend ist der evangelische Diakon Hoffmann. Jemand von den Pfaffler-Werken sitzt auch im Verwaltungsrat.

Wir sind zur Zeit zwölf Kollegen.

Die meisten von uns sind Mädchen für alles: bügeln, waschen, putzen. Die Patientenversorgung kommt dabei viel zu kurz.

Auch sonst fehlt es an Personal: Wenn im Altenheim z.B. jemand zusammenbricht und die Nachtwache muß rüber, weiß sie nicht, was auf der Pflegestation vorgeht. Wenn da einer aus dem Bett fällt, der liegt bis morgens um 6 Uhr da, bis einer kommt zum Waschen. Oder im Altenheim fällt jemand um und die Nachtwache bekommt das gar nicht mit. Eigentlich gehören da zwei Nachtwachen hin, anstatt einer, wie das jetzt der Fall ist.

Bei medizinischen Geräten und Medikamenten fehlt es am Notwendigsten. Komplizierter Geräte, zum Beispiel für Wiederbelebung, sind überhaupt nicht da. Hebevorrichtungen für die Patienten gibt es auch nicht. Ein Sauerstoff- und Absauggerät haben wir erst kürzlich bekommen. Bis das Gerät endlich da war, das hat bestimmt ein Dreivierteljahr gedauert. Ein Patient ist praktisch gestorben, weil kein Absauggerät da war. Das war im September im letzten Jahr.

Notwendigste Medikamente für Herz und Kreislauf fehlen immer noch. Der Arzt, der das Heim betreut, verscheibt ungern große Packungen. Da sagt er, er bekäme Ärger mit den Krankenkassen. Wir müssen uns dann jede Woche was verschreiben lassen, und dann meckert er, daß er so oft was verschreiben muß. Es ist sagenhaft: Wir müssen dahinter her sein und um die Medikamente kämpfen, als ob es unser tägliches Brot wäre. Vorrätig haben wir jedenfalls kaum was.

Vor kurzem wurden zwei Kollegen gekündigt mit der Begründung, sie hätten kein Examen. Das ist sicher eine Einsparungsmaßnahme gewesen. Denn die Praktikantinnen wurde nicht gekündigt, die sind ja auch billiger.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen sind bei uns in der Gewerkschaft ÖTV organisiert. Eine Personalvertretung haben wir nicht – noch nicht. Wir wollen das aber baldmöglichst durchsetzen.

Siemens schindet Minuten

Arbeiter, die die gleiche Arbeit machen, werden in verschiedene Lohngruppen eingestuft. Beim „Ritzen und Brechen" (einer Arbeit bei der Herstellung von Halbleitern am Mikroskop), wo jeder Kollege die gleiche Stückzahl abliefert, sind zum Beispiel von vier Arbeiterinnen: eine in Lohngruppe 2, eine in Lohngruppe 3 und zwei in Lohngruppe 4. Üblich für diese Arbeit ist 4. Offizielle Begründung für die niedrigere Einstufung der beiden anderen: Da sie aus einer anderen Abteilung kämen, seien sie für die gleiche Lohngruppe auch hier eingestuft worden, und auf die 20 Mark mehr im Monat käme es ja auch nicht so an.

Die Leistungszulage spaltet die Arbeiter noch zusätzlich. Im Gegensatz zur Schichtzulage, die für jeden gleich niedrig ist, nämlich 0,18 DM pro Stunde, wird die Leistungszulage für jeden individuell festgelegt – einmal im Jahr. Teilweise macht die Leistungszulage 30 Prozent des Lohns aus, teilweise nur 8 Prozent oder 10 Prozent. Die Leistungszulage ist der Hahn, den die Kapitalisten am leichtesten zudrehen können, denn die Zulagen sind durch keinen Vertrag festgesetzt, werden völlig willkürlich verteilt. Bei der diesjährigen Leistungsbeurteilung sind manche Arbeiterinnen niedriger eingestuft worden. Jedenfalls führt die Leistungsbeurteilung z.B. dazu, daß eine Arbeiterin, die mit Lohngruppe 2 den Tariflohn von 5,92 DM erhielt, durch die Leistungszulage jetzt auf 7,81 DM kommt. 0,17 DM mehr als eine in Lohngruppe 3 eingestufte Arbeiterin, obwohl diese dazu noch Schichtzulage bekommt. Beide machen eine Arbeit, die völlig identisch ist, jedenfalls von den Stückzahlen her, denn es wird unter den Arbeiterinnen genau abgesprochen, wieviel produziert wird. So bringen es die Kapitalisten dazu, die Arbeiter erst einmal gegeneinander zu stellen. Kein Arbeiter verdient das gleiche wie der andere.

Bei den Lohnsenkungen wie auch bei der Erhöhung der Arbeitsleistung wollen sich die Kapitalisten die Unwissenheit der ausländischen Arbeiter, insbesondere der ausländischen Frauen, für ihre Zwecke zunutze machen.

So wird beim Kontaktieren der MOS-Systeme den Frauen weisgemacht, sie würden im Akkord arbeiten. Zettel werden ihnen gegeben, auf denen steht, welche Stückzahl 100 Prozent entspricht, welche 120 Prozent. Die Bezahlung ist die gleiche, denn die Frauen bekommen Zeitlohn, und Leistungsbeurteilung gibt es nur einmal im Jahr.

Doch wird den Frauen erzählt, wer unter 100 Prozent in der Stückzahl

unter 100 Prozent in der Stückzahl

bleibe, bekommt weniger als den tariflich zugesicherten Stundenlohn. Diese Drohungen und Schikanen haben dazu geführt, daß in dieser Abteilung die Arbeitsleistung wesentlich höher geschraubt werden konnte. In den letzten Monaten allein um fast 20 Prozent ohne wesentliche Neuanschaffungen.

In der Kontrolle der kontaktierten MOS Systeme geht es ähnlich zu. Anfang letzten Jahres wurde den Frauen dort mitgeteilt: Jetzt ist die Krise – bis die Krise überwunden ist, bekommt ihr 1 DM weniger in der Stunde. Wer das nicht will, kann gleich gehen.

Bis heute haben die Arbeiterinnen von dieser weggestrichenen Mark ganze 50 Pfennig wiederbekommen. Neben zahlreichen Rationalisierungen wird gegenwärtig in allen Abteilungen ein Generalangriff auf die „zu häufigen" Pausen gestartet. Bisher hatten sich die Arbeiter das Recht genommen, jede Stunde ungefähr fünf Minuten Pause zu machen. Schon allein die Arbeiterinnen, die acht Stunden am Mikroskop sitzen, brauchen diese Zeit mindestens. Jetzt soll das unterbunden werden. Das fängt damit an, daß man scharf kontrolliert wird. Genau wird registriert, wer, wann, wie lange im Frühstückraum sitzt. Als vor zwei Monaten an den Glaswänden des Frühstücksraums undurchsichtige Folien angebracht werden sollten, wurde das vom Meister unterbunden mit der Begründung: „Dann sieht man ja nichts mehr von denen – dann können die da drinnen ja machen, was sie wollen."

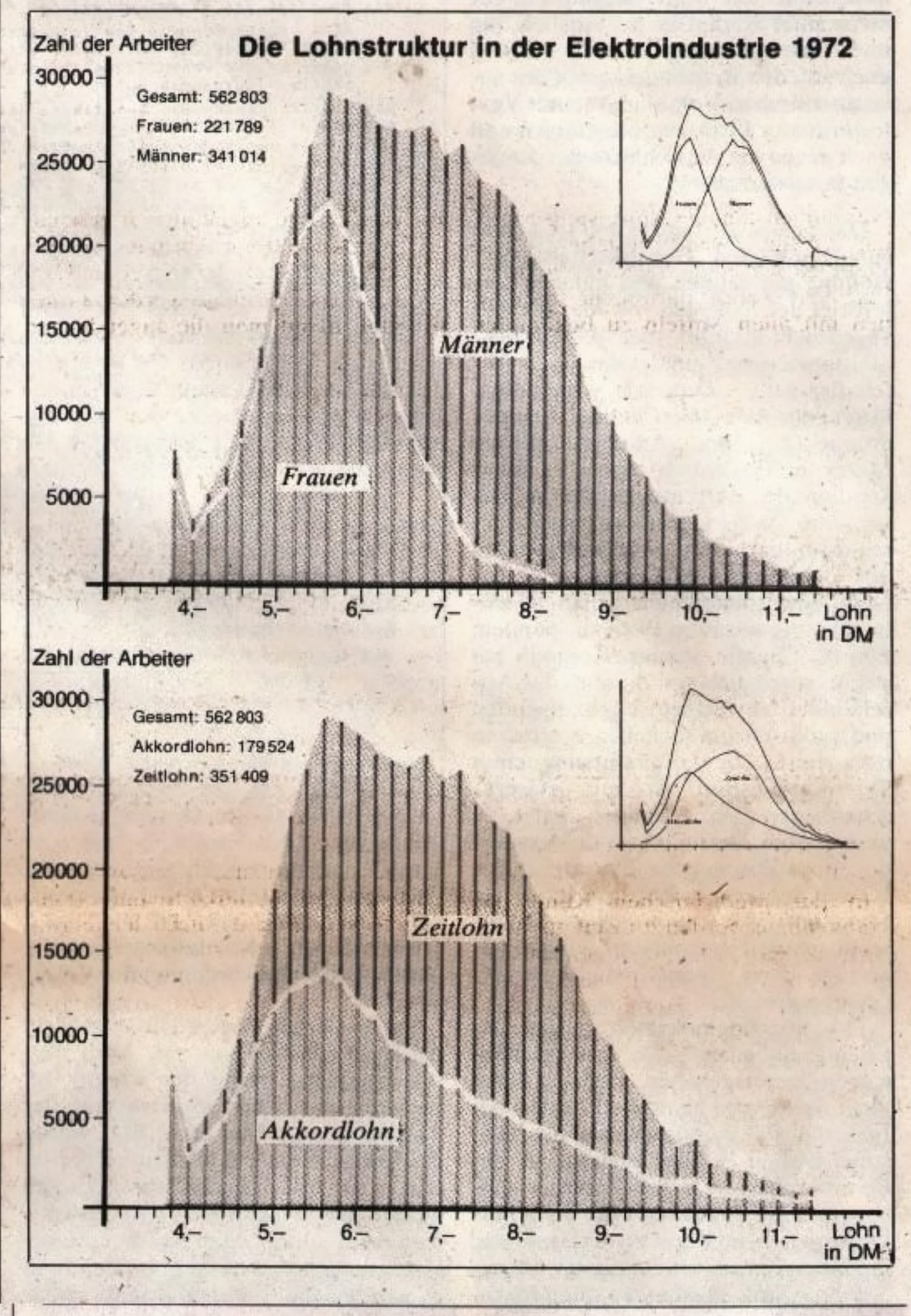
Gleichzeitig ist es so, daß der Abteilungsleiter alle zusammentrommelt und einen Vortrag hält und den Meister damit beauftragt, alle einzeln sich zu merken, auszusondern und ihm vorzuführen. Doch dieser Druck zieht keinesfalls. Ab jetzt gehen die Arbeiter alle gemeinsam zur Pause. – – (Betriebszelle Siemens München)

Lohnstruktur in der Elektroindustrie

Willkürliche Spaltung als System

Die Schaubilder zeigen die Lohnstruktur in der Elektroindustrie von 1972 (Elektrotechnik, ohne die Herstellung von Geräten und Einrichtungen der automatischen Datenverarbeitung).

In diesem Industriezweig sind gegenwärtig rund 650 000 Arbeiter, das sind rund 13 % aller Arbeiter der verarbeitenden Industrie beschäftigt. Darunter sind rund 40 % Frauen. Etwa ein Fünftel aller Frauen arbeiten in der Elektroindustrie. Schätzungsweise die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Elektroindustrie werden direkt von den drei großen westdeutschen Elektrokonzernen Siemens, AEG-Telefunken und Bosch ausgebeutet. Dazu kommen BBC, Philips und einige andere westdeutsche und ausländische Konzerne.



Für die Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie hat die Elektroindustrie entsprechend der Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Industriezweig wie der hohen Konzentration und Monopolisierung des Kapitals strategische Bedeutung.

Den Schaubildern liegt die Verteilung der Belegschaften entsprechend ihren Bruttoverdienststunden zugrunde. Die Quelle ist eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes über die „Arbeiterverdienste" von 1972, die im Frühjahr 1976 veröffentlicht worden ist. Die Erhebung erfaßt 562 803 Arbeiter und Arbeiterinnen und ist repräsentativ. Neuere Erhebungen von gleicher Genauigkeit sind bisher noch nicht veröffentlicht und werden so schnell nicht veröffentlicht werden. In der Elektroindustrie haben sich die Bruttostundenverdienste zwischen 1972 und 1976 durchschnittlich um rund 40 % erhöht (in der gesamten Industrie um rund 45 %). Man muß davon ausgehen, daß dadurch die Belegschaften den Bruttoverdiensten nach noch weiter auseinandergezogen und gespalten worden sind.

Die obere Linie der Schaubilder zeigt jeweils die Verteilung der gesamten Arbeiterbelegschaft. Die untere Linie in dem ersten Schaubild zeigt den Anteil der Akkordlöhner, die untere Linie in dem zweiten Schaubild zeigt den Anteil der Frauen. Jeweils oben sind in kleinem Format Schaubilder eingefügt, die den Anteil der Akkord- und Zeitlöhner wie der Frauen und Männer nebeneinander darstellen. So kann man erkennen, welche Spaltungen im Einzelnen der Spaltung der Belegschaften des Industriezweiges zugrundeliegen.

Alle Knicke in den Schaubildern bringen Spaltungsversuche der Kapitalisten zum Ausdruck. Auch die gewaltige Ausdehnung der Lohnspanne zeigt die Auswirkung der Spaltungsversuche der Kapitalisten. Bei ihren Spaltungsmaßnahmen mit Hilfe der Löhne versuchen die Kapitalisten aus allen Unterschieden im Produktionsprozeß und unter den Produzenten in Widersprüche und Gegensätze zu verwandeln, um so die Front der Proletarier, die auf den gemeinsamen gewerkschaftlichen und revolutionären Interessen beruht und aufgebaut wird, willkürlich zu spalten.

Die Schaubilder belegen die Notwendigkeit von vier gewerkschaftlichen Forderungen, um den Wert der Arbeitskraft gegen die Angriffe der Kapitalisten zu verteidigen und die Arbeiterinnen und Arbeiter der einzelnen Belegschaften und des ganzen Industriezweiges gegenüber den Spaltungsmaßnahmen der Kapitalisten zusammenzuschließen. Diese gewerkschaftlichen Forderungen sind: Ausreichende Lohnerhöhungen für den Normalarbeitstag in Mark und Pfennig, Verbot der Akkordarbeit, Abschaffung der unteren Lohngruppen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Lohnerhöhungen in Prozenten führen dazu, daß die Belegschaften immer weiter auseinandergezogen werden. Das geschieht in der Weise, daß ein immer größerer Teil der Belegschaften direkt ins Elend gerät. Diese Tendenz des Kapitalismus, die durch die prozentualen Lohnerhöhungen gefördert wird bei gleichzeitiger Inflation, erleichtert den Kapitalisten die verschiedenen Spaltungsmanöver, indem sie versuchen, über den Druck auf den schlechtest bezahlten Teil der Arbeiter den Druck auf die ganze Belegschaft und alle Arbeiter des Industriezweiges zu verstärken. So sind die prozentualen Lohnerhöhungen, durch die ein wachsender Teil der Belegschaften des Industriezweiges das Existenzminimum nicht mehr erreicht, ein gewaltiger Hebel in der Hand der Kapitalisten, um den Zwang zu Überstunden allgemein zu machen, zunehmend Schichtarbeit einzuführen und Akkordsystem oder akkordähnliche Lohnsysteme auszudehnen.

Die Akkordarbeit wird zuerst und vor allem den schlechtest bezahlten Teilen der einzelnen Belegschaft und des ganzen Industriezweiges aufgezwängt. Von hier aus verallgemeinern dann die Kapitalisten das Akkordsystem, bis sie ihm schließlich den größten Teil der Belegschaft und des ganzen Industriezweiges unterworfen haben. Im Oktober 1972 wurden bereits 21 % der Arbeiter und 52 % der Arbeiterinnen in der Elektroindustrie durch Akkordsystem ausgepresst. Wie das Akkordsystem seither verallgemeinert worden ist, zeigt beispielhaft die Entwicklung bei Siemens Braunschweig. 1972 waren dort 44,2 % der Belegschaft, 23 % der Männer und 60,5 % der Frauen dem Akkord unterworfen. 1976 waren es bereits 69,2 % der Belegschaft, 43,9 % der Männer und 91 % der Frauen. (Vergleiche Kommunismus und Klassenkampf Nr. 6/76, sowie Schaubild in KVZ Nr. 38/76)

Um der Verelendung eines wachsenden Teils der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben, wird in der Gewerkschaft die Streichung der unteren Lohngruppen gefordert. Die Schaubilder belegen die Dringlichkeit dieser Forderung für die Elektroindustrie, wo 1972 ein beträchtlicher Teil der Belegschaften unter 5 DM Bruttostundenverdienst lag und heute ein beträchtlicher Teil unter 6,50 DM brutto liegt. Die Lohngruppen 1 bis 3 ermöglichen bloß ein Leben in Elend und treiben in die Akkord- und Überstundenschinderei.

Aus den Schaubildern erkennt man, wie die Kapitalisten den Zwang zur Frauenarbeit nutzen, um aus dem Unterschied zwischen Mann und Frau einen Gegensatz in der Klasse der Lohnarbeiter zu schaffen und sie zu spalten. Die Frauen werden nicht nur ohne Ausbildung in die kapitalistische Produktion gezwungen und in den stumpfsinnigsten Arbeiten vernutzt, oft werden sie für ihre Arbeit auch noch schlechter bezahlt als Männer für die gleiche Arbeit. Gegen diese Erzwillkür der Kapitalisten führt die Gewerkschaftsbewegung den Kampf für die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

All diese gewerkschaftlichen Forderungen sind notwendig, um den Kampf gegen die Kapitalisten zu führen und sich in diesem Kampf zusammenzuschließen. Unvermeidlich stoßen die

schließen. Unvermeidlich stoßen die

Arbeiter dabei mit Reformismus und Revisionismus zusammen. Reformisten und Revisionisten haben noch jede Spaltung der Arbeiter durch die Kapitalisten als naturnotwendig gerechtfertigt. Vor der proletarischen Revolution und bei Existenz des Kapitalismus tun sie das, um die proletarische Revolution zu verhindern, die mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln das Lohnsystem beseitigt, nach der proletarischen Revolution versuchen sie, auf diesem Weg den Kapitalismus zu restaurieren. So versuchen die Reformisten und Revisionisten heute alles, damit die notwendigen gewerkschaftlichen Forderungen nicht zu den Forderungen der Gewerkschaften werden. Ohne den Kampf gegen Reformismus und Revisionismus sind diese Forderungen nicht durchzusetzen.

Meldungen

Alles, was die Kapitalisten machen, machen sie bekanntlich, um die Arbeitsplätze zu sichern, und nicht etwa, um die Profite zu steigern. **Peter von Siemens, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG,** hat dies jetzt wieder hervorgehoben: „Unsere Auslandsinvestitionen wurden über die steigenden Exporte zu einer wesentlichen Stütze der Beschäftigung in den deutschen Standorten", zitiert ihn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2.10. In der Bundesrepublik gingen die Erweiterungsinvestitionen allerdings zurück. Dagegen werde mindestens ein Viertel der Investitionen im Inland der Rationalisierung dienen. „Darin dürfe man nicht nur nachteilige Folgen für die Arbeitsplätze sehen: ohne diese Rationalisierung wäre die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gegeben, was alle Arbeitsplätze gefährden würde." Der Kerl hat recht, nicht die Rationalisierungen gefährden die Arbeitsplätze, sondern die Herrschaft der Kapitalisten über die Produktion und die Rationalisierungen. Beim Kampf gegen kapitalistische Rationalisierungen geht es deshalb letztlich um den Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Wie Siemens durch seine Jagd nach Höchstprofiten die Arbeitsplätze sichert, davon können die Arbeiter und Angestellten, die der Siemens-Konzern in den letzten Jahren auf die Straße geworfen hat, Zeugnis ablegen.

Nach der Demonstration, in der sich 3000 Arbeiter und Angestellte von **Siemens Bruchsal** gegen geplante Entlassungen zusammengeschlossen haben, versuchen die Siemens-Kapitalisten zusammen mit der Landesregierung wieder verstärkt, ihre Betrugs- und Spaltungsmanöver aufzunehmen. „Land hält Hand über Siemens", „Werk Bruchsal bleibt Kernbetrieb", mit dieser Schlagzeile, die noch kurz vor der Demonstration im Wirtschaftsteil der „Badischen Neuesten Nachrichten" erschien, versuchte Filbinger, sich und seine „hilfreiche" Landesregierung zusammen mit der Geschäftsleitung von Siemens als Garanten für 3750 Arbeitsplätze aufzuspielen. Außerdem kam er mit seiner „Politik des goldenen Zügels", wonach Neuansiedlungen von Fabriken mit Investitionen gefördert würden. Dieses Manöver verfing jedoch bei den Betriebsräten und Vertrauensleuten von Siemens, mit denen er sich traf, nicht. Unter dem Hinweis auf NSU Neckarsulm versuchte Filbinger, seine Sachen an den Mann zu bringen. Dort hätte die Landesregierung gezeigt, daß sie sich strukturschwacher Gebiete besonders annehme, und habe mit dem dortigen Betriebsrat damals Einigkeit erzielt. Tatsache ist, daß die Investitionen in den Rachen der Kapitalisten von NSU geschmissen worden sind, die damit noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert haben. Das konnten die Arbeiter und Angestellten von Siemens Bruchsal auch bei den Investitionszuschüssen für Siemens verfolgen. Die Betriebsräte und Vertrauensleute haben sich gegenüber Filbinger an diese Erfahrungen der Arbeiter gehalten. Filbinger hat ihnen Widerborstigkeit vorgeworfen.

Widerborstigkeit vorgeworfen.

Noch vor den Wahlen hat Schleyer, Präsident der beiden Kapitalistenverbände, „Korrekturen" im wirtschaftlichen, finanz- und sozialpolitischen Bereich gefordert. Daran müßten die „Sozialpartner" mitarbeiten, egal, welches Ergebnis die Bundestagswahlen brächten. Schleyer sprach vor der Herbsttagung des Vereins der bayrischen Metallindustrie in Coburg. Bei „Korrekturen" denkt er in Wirklichkeit an eine Beschleunigung und Verschärfung der Reaktion auf der ganzen Linie, die jede Regierung der BRD verfolgt. Insbesondere hat er die weitere Lohndrückerei und die Ausplünderung der Arbeiterklasse im Auge: „Wegen der Überforderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren könne nicht mehr davon ausgegangen werden, daß alle Probleme durch finanzielle Befriedung gelöst oder mindestens verdeckt werden könnten." Für ihre Politik brauchen die Kapitalisten gelbe Gewerkschaften. Mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung wollen die Kapitalisten die DGB-Gewerkschaften in solche Gewerkschaften verwandeln: „Im Kern gehe es um das Verständnis der Gewerkschaften für gesellschaftspolitische Pluralität überhaupt und um ihre Bereitschaft, dieser Pluralität bei der Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen mehr Rechnung zu tragen als bisher", berichtet die „Stuttgarter Zeitung". Der Kapitalistenhäuptling will die Arbeitsfront.

Lobend hat sich der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der hessischen Metallindustrie, Knapp, über die „tarifpolitischen Entscheidungen zu Anfang dieses Jahres" ausgesprochen. Sie verdienten „zum ersten Mal seit langer Zeit das Prädikat ‚konjunkturkonform'". Gleichzeitig teilte er mit, es sei den Metallkapitalisten gelungen, im Verlauf des Jahres die „Produktivität", das heißt die Ausbeutung, um 8 Prozent zu steigern. Die Metallkapitalisten hatten diesen Abschluß nur zustandegebracht, weil die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung alles tat, um die Kampffähigkeit der Metaller zu unterdrücken. Die Metallarbeiter haben ein gutes Gedächtnis. Sie wissen gut, welche Rechnungen offen stehen.

Auf der IGM-Delegiertenversammlung in Mannheim am 1. Oktober war der stellvertretende IGM-Vorsitzende Mayr anwesend. Es wurden die gekündigten Tarifverträge (13. Monatsgehalt, „vermögenswirksame Leistungen") behandelt. Die IGM-Führung strebt einen Vertrag an, durch den stufenweise über mehrere Jahre hinweg das dreizehnte Monatsgehalt schließlich 100-prozentig gesichert werden soll. Das 624-Mark-Gesetz soll „voll ausgeschöpft" werden.

Ortsverwaltungsmitglied und Daimler-Benz Gesamtbetriebsratsvorsitzender Lucy, hoher SPD-Funktionär, meinte: „Wenn wir das und die Vermögensforderung durchsetzen, brauchen wir uns nicht Illusionen über die Lohnforderung zu machen." Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind fest entschlossen, durch die jetzigen Verhandlungen freie Hand für einen weiteren niedrigen Lohnabschluß zu bekommen. Die Kapitalisten wollen die jetzigen Verhandlungen direkt mit den Lohnverhandlungen zusammenlegen. Davon versprechen sie sich den größten Spielraum.

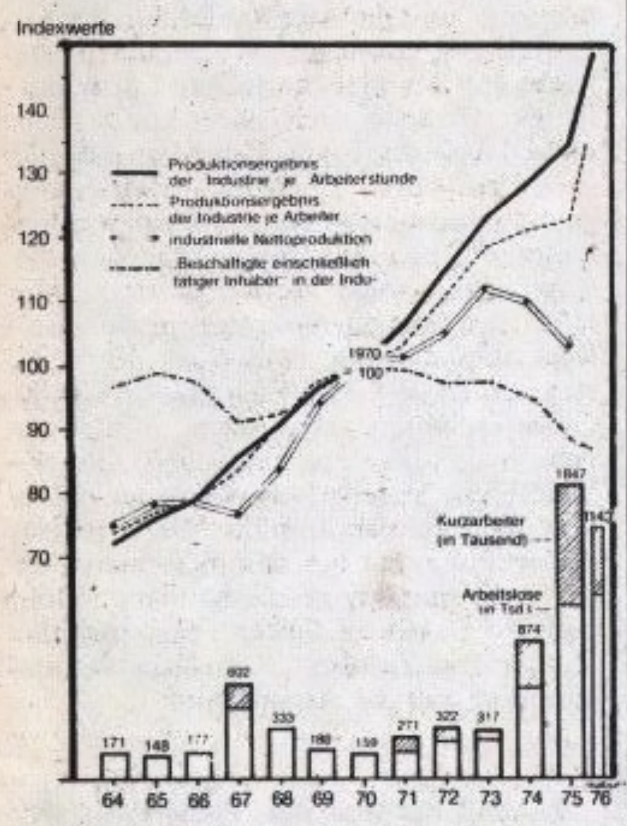
Die **Vertrauenskörperleitung des Werkes Salzgitter von P & S** hat letzte Woche beschlossen, daß die Vertrauensleute die Kollegen befragen sollen, um die „Bandbreite der Forderungen" für die Tarifrunde festzustellen. Mit diesem Manöver will die sozialdemokratische Fraktion in der Gewerkschaft Beschlußfassungen über die Höhe der Forderungen verhindern. Jeder Kollege soll einzeln befragt werden. Herauskommen soll dann eine von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern aufgestellte Forderung um 7,5 %, wie sie die DAG schon Ende der letzten Woche aufgestellt hat. Der Abschluß soll dann nach Ansicht der Sozialdemokraten bei 5 % liegen, jedenfalls reden sie immer schon von 5 %. – (w., Peine/Red.)

Nach Angaben des Verbandes der Druckkapitalisten (Bundesverband Druck e.V.) stieg ihr Umsatz um „preisbereinigte 4 Prozent" im Vergleich zum Vorjahr. 6,9 Milliarden betrug der Umsatz. Die Kapitalisten haben Arbeiter entlassen und die Ausbeutung der übrigen erhöht. Die Beschäftigtenzahl betrug im ersten Halbjahr 1976 189000, sie liegt um 3,9 Prozent unter der des Vorjahres. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.76)

Im norddeutschen Tischlerhandwerk (Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen) wurde die gleiche Lohnerhöhung ausgehandelt wie in der Hamburger holz-

Im norddeutschen Tischlerhandwerk (Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen) wurde die gleiche Lohnerhöhung ausgehandelt wie in der Hamburger holz-

und kunststoffverarbeitenden Industrie: 6,3 % gleich 60 Pfennig auf den Facharbeitereclohn. Für einen Tischlergesellen im Stundenlohn macht das im Monat runde 110 DM. Die Kollegen wurden zu diesem Abschluß nicht gefragt. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsvorstand versucht nun, ohne viel Federlesens die Sache über die Bühne zu bringen. Betroffen sind von diesem Abschluß rund 10000 Beschäftigte im norddeutschen Tischlerhandwerk, die meist auf Klein- und Mittelbetriebe aufgesplittert sind. Nachdem die norddeutschen Tischler im letzten Jahr sieben Tage für mehr Lohn streikten, wollten die Kapitalisten in diesem Jahr einen Denkzettel verpassen. Sie versuchten in einem Manöver, den Auslauftermin des Lohntarifes um ein Vierteljahr auf den 31. Dezember zu verschieben. Doch bei den Holzarbeitern stieß dies auf Granit. Für die Kollegen bedeutet der Abschluß, daß etwa Dreiviertel der Lohnerhöhung draufgehen für die Preissteigerung von 4,5 %. (4,5 von 6,3 %) Dazu kommen die zusätzlichen Abzüge von Sozialversicherung und Lohnsteuer, die auf jeden zusätzlichen Verdienst mit durchschnittlich 46 % zu Buche schlagen. So gerechnet hat ein Tischler im Stundenlohn im Monat einen Lohnraub von rund 20 DM.



Das Schaubild zeigt die Stagnation und Fäulnis des monopolistischen Kapitalismus. Es war mit den Zahlen bis 1975 in der KVZ Nr. 37/76 schon einmal abgedruckt. Die neuen Zahlen für das 1. Halbjahr 1976 zeigen die Beschleunigung dieses Prozesses: Das Produktionsergebnis der Industrie pro Arbeiter und Arbeiterstunde steigt rapide an, die Zahl der ausgebeuteten Arbeiter sinkt dagegen weiter. Die industrielle Nettoproduktion ist zwar im ersten Halbjahr 1976 wieder angestiegen, im Juli dieses Jahres ist sie aber schon wieder auf 99,1 Punkte gefallen. Die Jagd nach Höchstprofiten führt nach kurzem, vorübergehendem Anstieg zu Krise, Stillstand und Stagnation der Produktion.

IG Chemie Jugend Merck/Darmstadt:

Scharfer Kampf um Unterstützung der PLO

Die Kämpfe der palästinensischen Arbeiterklasse und des palästinensischen Volkes für die Rückeroberung ihrer Heimat werden fortgesetzt und in den besetzten Gebieten wird die zionistische Besatzermacht verstärkt angegriffen. Die Imperialisten verschärfen ihre Spaltungsmaßnahmen sowohl im Nahen Osten als auch in den imperialistischen Ländern. Ein Angriff auf die Imperialisten ist es, wenn die IG Chemie Jugendgruppe Merck, wie sie das getan hat, 800 DM an die PLO spendet. Die Bourgeoisie hat zurückgeschlagen. Sie hat die Jugendgruppe angegriffen. Die „Bildzeitung" ließ einen Artikel los und die örtliche Bourgeoisie hat über ihre Presse die IG Chemie-Führung aufgefordert, die Jugendgruppenmitglieder auszuschließen. Wir haben in der Kommunistischen Volkszeitung berichtet, daß Teile der Jugendgruppe den Kampf weiterführen. Ein Leserbrief wurde an die „Gewerkschaftspost" geschickt, im Betrieb verteilt und von 11 Kollegen unterzeichnet. Die „Gewerkschaftspost" hat diesen Leserbrief nicht abgedruckt.

Vier von den acht Kollegen, gegen die ein Ausschlußantrag gestellt wurde, haben eine Erklärung zu ihrem Ausschlußantrag abgegeben, der innerhalb der Belegschaft, in allen Gremien des DGB und in der IG Chemie verbreitet wird. In dieser Erklärung heißt es:

„Am Freitag, dem 17.9., beschloß der Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie den Ausschlußantrag. Inhaltliche Begründung ist, daß die Spende von 800 DM an die PLO gewerkschaftsschädigend wäre. Dieser Meinung sind wir nicht. Die Gründung des Staates Israel beruht auf einem Beschluß der UNO von 1948, wo noch die Großmächte wie die USA und Großbritannien über die Mehrheit in der UNO verfügten. Dieser Staat wurde nicht im Niemandsland gegründet, sondern in Palästina, wo das palästinensische Volk lebte. Allein bis 1948 mußten mehr als 800000 Palästinenser ihre Heimat verlassen, zu denen 1967 weitere 750000 kamen, als Israel weitere palästinensische Gebiete besetzte. Sie leben heute in Flüchtlingslagern im Libanon, Jordanien und Syrien und haben sich zum größten Teil in Befreiungsorganisationen zusammengeschlossen, deren Dachorganisation die PLO ist. In den besetzten Gebieten gleicht die Lage der Palästinenser der der Schwarzen in Südafrika. Der durchschnittliche Lohn eines palästinensischen Arbeiters beträgt ca. 40 % des Lohnes eines israelischen Arbeiters. Die Palästinenser sind Gesetzen unterworfen, die den Ortswechsel durch israelische Behörden genehmigungspflichtig machen.

Ja, selbst die Heirat mit einer Jüdin ist genehmigungspflichtig. Die Gewerkschaften müssen die Ziele des palästinensischen Volkes und seiner legitimen Vertreterin, der PLO, unterstützen: die Errichtung eines demokratischen Palästina, in dem Juden, Moslems und Christen mit gleichen Rechten und Pflichten, ungeachtet der Rasse und der Religion, miteinander leben können.

In der Begründung der Ausschlußanträge bezieht sich der Vorstand bei drei Kollegen auch auf die Mitgliedschaft im KBW. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind hier Mittel, um die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes aus der Gewerkschaft herauszuhalten, wie sie andererseits auch Mittel sind, um eine konsequente Politik gegen das Kapital zu verhindern, so in der Frage des § 218, der §§ 130a und 88a und des Kampfes um den Siebenstundentag, die in den Ausschlußbegründungen angeführt werden. Wir sind der Meinung, daß unser Kampf gegen das Kapital und der Kampf der Völker der Welt gegen Kolonialismus und Imperialismus ein gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist. Wir fordern euch auf, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und seiner Vertreterin, der PLO, zu unterstützen und euch gegen die Ausschlüsse der Kollegen auszusprechen."

Der Hauptvorstand der IG Chemie hat in der letzten „Gewerkschaftspost" Stellung genommen und hat den Leserbrief der Kollegen von Merck nicht abgedruckt. Unter der Überschrift „Distanzierung" meldet die „Gewerkschaftspost": „Das ist vorgefallen. Mitglieder der IG Chemie Jugendgruppe bei der Arzneimittelfirma Merck in Darmstadt hatten in einer Sendung des ZDF mitgewirkt und dafür 1000 DM Honorar kassiert. Sie beschlossen daraufhin, von diesem Geld 800 DM für die als Terrorgruppe bekannt gewordene Palästinensische Befreiungsorganisation PLO zu spenden. Die IG Chemie, Papier, Keramik hat sich unverzüglich von diesem, das Ansehen der Gewerkschaft schädigenden und politisch unmöglichen Verhalten distanziert. Die Unterstützung einer Terrororganistion ist mit gewerkschaftlichen Vorstellungen nicht zu vereinbaren. Deshalb hat der Vorstand der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Chemie gegen 8 Mitglieder dieser Jugendgruppe wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens Ausschlußanträge beim Hauptvorstand der IG Chemie gestellt."

Die Sozialdemokraten in der IG Chemie haben mit den Ausschlußanträgen herausgelassen, daß es ihnen nicht nur darum geht, die Position der Imperialisten, was den Kampf des palästinensischen Volkes angeht, in der Gewerkschaft durchzudrücken, sondern daß sie den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und die Regierung nicht zulassen wollen.

Ihre Politik stößt auf wenig Gegenliebe, sondern auf immer mehr Widerstand, je mehr innerhalb der Gewerkschaft Aufklärung über den Kampf des palästinensischen Volkes verbreitet wird und die Ziele der Imperialisten aufgedeckt werden. Die dreiste Begründung der Ausschlußanträge gerät unweigerlich ins Schußfeuer der Belegschaften.

In den Berufsschulen gibt es scharfe Auseinandersetzungen. In einer Berufsschulklasse stand der Kampf der Palästinenser schon zweimal auf der Tagesordnung. Das erste Mal wurde die Erklärung der Kollegen verbreitet und es gab Krach in der Klasse. Es gab welche, die sofort losschrien „Terroristen raus", und es gab welche, die die Forderungen diskutieren wollten, und es gab welche, die den Kampf unterstützten. In der nächsten Stunde wurde eine Wandzeitung zum Kampf der Palästinenser aufgehängt, die nach heftigem Krach in der Klasse hängen blieb und ausdiskutiert wurde.

Auch in den anderen DGB-Gewerkschaften zeichnet sich eine Polarisierung ab. Die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbandes Darmstadt/Stadt hat am 1.10. über den Ausschlußantrag gegen 8 Mitglieder der IG Chemie Jugendgruppe Merck diskutiert. Die Ansicht, daß die PLO eine kriminelle Vereinigung sei, wurde von den Kollegen zurückgewiesen. In einer fast einstimmig verabschiedeten Erklärung wandten sich die gewerkschaftlich organisierten Lehrer gegen die Ausschlußanträge und forderten ihre Rücknahme. Sowohl in Darmstadt als auch im Bundesgebiet ist es so, daß die IG-Chemie-Sozialdemokraten mit ihrer sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Haltung unter Beschuß genommen werden. – (a., Darmstadt / Red.)

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

EINSCHREIBEN

Walburga Fichtner
Alicenstraße 5

6100 Darmstadt T/P; 17. September 1976

Einleitung des Ausschlußverfahrens nach § 7, 1 a und c sowie Anhang 3 unserer Satzung

Werte Kollegin Fichtner!

Der Vorstand der Verwaltungsstelle hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, ein Ausschlußverfahren gegen Dich nach § 7, 1 a und c und Anhang 3 unserer Satzung einzuleiten und beim Hauptvorstand den Antrag auf Ausschluß aus der Organisation gegen Dich zu stellen.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand begründet seine Entscheidung wie folgt:

Der Vorstand ist nach eingehender Prüfung zur Auffassung gekommen, daß mit den Vorkommnissen (800,-- DM an die PLO gespendet) die Mitgliedschaft in der IG Chemie-Papier-Keramik nicht vereinbar ist.

Nach Deinen eigenen Angaben (Besprechung Jugendgruppen-Mitglieder, VKL und Verwaltungsstelle am 16.9.76) hast Du am 23.8.76 an der Jugendgruppe teilgenommen und bei der einstimmigen Beschlußfassung mitgewirkt, von dem 1.000,--DM-Honorar des ZDF 800,-- DM an die PLO zu spenden.

Hinzu kommt, daß Dir als Mitglied der Jugendgruppe bekannt war, daß der Vorstand der Verwaltungsstelle am 19.5.76 beschlossen hat:

" Alle Entscheidungen der Jugendgruppe, die die Verwaltungsstelle betreffen, also nicht betrieblich umgesetzt werden, gehen an die Verwaltungsstelle und an den Verwaltungsstellen-Jugendausschuß."

Diese Entscheidung des Vorstandes ist nicht nur schriftlich ergangen, mit Schreiben vom 21.5.76, sondern darüber hinaus in der Jugendgruppe am 24.5.76 durch den Kollegen Hans-Jürgen Patschicke (Sekretär der Verwaltungsstelle) erläutert worden.

Weiterhin ist der Vorstand nach eingehender Prüfung zur Auffassung gekommen, daß Du auch aktiv für den K B W tätig bist.

Laut Protokoll der Jugendvertreter Merck vom 14.1.76 hast Du mit beschlossen, daß ein Jugendvertreter von der Firma Merck als Privatperson am 16.1.76 auf einer Kundgebung der nachfolgend aufgeführten Verbände teilnimmt, um dort die Meinung der Jugendvertreter zu der beabsichtigten Verabschiedung des § 130 a des Strafgesetzbuchs darzulegen.

Auflistung der Verbände: Symphatisanten der FDLP, Komitee gegen den § 218, Streikkomitee der Darmstädter Schüler, Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Kommunistische Hochschulgruppe (KHG), Nah-Ost-Komitee (NOK) Darmstadt.

Ein weiterer Beweis. Am 3.8.76 hast Du in der Innenstadt Darmstadt am Weißen Turm Flugblätter des KBW mit dem Inhalt "Prozess gegen 218-Gegner geplatzt" verteilt.

Die in der Kantine L 12 der Firma Merck am 13.9.76 vorgefundene Fotokopie betrifft Auszug aus der Gewerkschaftspost Nr. 8/76 mit dem dazugeschriebenen Text hast Du nach einer Zeugenaussage als Mitverantwortliche erstellt und ausgelegt.

Außerdem hat Deine Verhaltensweise in den letzten beiden Betriebsversammlungen in der Firma Merck in Deinen eindeutigen Diskussionsbeiträgen erkennen lassen, daß Du nicht die gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder der Firma E. Merck, sondern die Thesen des KBW vertrittst.

Mit Beginn des Ausschlußverfahrens, also mit dem heutigen Tage, ruhen Deine Rechte und Pflichten als Mitglied unserer Organisation nach § 7, Absatz 6 der Satzung.

Für die IG Chemie-Papier-Keramik
Verwaltungsstelle Darmstadt
(Hans Terbrack)

Für die IG Chemie-Papier-Keramik
Verwaltungsstelle Darmstadt
(Hans Terbrack)

HBV-Manteltarif:

Für Normalarbeitstag! Gegen Spaltung durch Provisionen!

Bereits zum 31. Dezember letzten Jahres war der Manteltarifvertrag für den Einzelhandel in Hamburg von der Gewerkschaft HBV gekündigt worden, ein neuer Vertrag steht jedoch noch aus. Am 20.9. fand eine Sitzung der Tarifkommission statt, die erstmals über Forderungen beriet, die zur Neufassung des Manteltarifvertrages aufgestellt werden sollen. Gegenüber der Mitgliedschaft hat sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung über diese Tarifrunde bisher ausgeschwiegen.

Dabei ist die Lage der Kollegen im Einzelhandel alles andere als rosig. In den Kaufhäusern wird die Verkaufsfläche ständig vergrößert, die Zahl der Kollegen aber immer kleiner, die Arbeit intensiviert und der Arbeitstag immer länger. Das alles wird rechtlich abgesichert durch den (alten) Manteltarifvertrag.

Für eine Arbeitszeit von 40 Stunden an 5 Arbeitstagen

So regelt der § 3 die Arbeitszeit, die 40 Stunden in der Woche oder 80 Stunden in der Doppelwoche betragen kann, das heißt, es ist der Willkür der Kapitalisten überlassen, die Kollegen 50 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen, ohne daß auch nur eine Überstunde anfällt. Ebenso kann nach diesem Paragrafen die regelmäßige Arbeitszeit auf bis zu 42,5 Stunden wöchentlich oder 85 Stunden in der Doppelwoche verlängert werden. Wie sehr die Kapitalisten die Arbeitszeit manipulieren können, geht aus Ziffer 3 hervor, der es den Kapitalisten gestattet, eine von der oben erwähnten regelmäßigen Arbeitszeit abweichende Einteilung der Arbeitszeit vorzunehmen, „wenn innerhalb von 26 Wochen die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ... nicht überschritten wird".

Über diesen Freibrief, den ihnen die Gewerkschaftsführung ausgestellt hat, müssen sich die Kapitalisten sehr gefreut haben, gibt es ihnen doch die Möglichkeit, den Arbeitstag den Bedürfnissen ihres Geschäfts entsprechend beliebig zu verlängern. Und das nutzen sie weidlich aus. In den Zeiten des Großumsatzes (Schlußverkäufe, Weihnachten, Aktionstage der Kaufhäuser) werden die Kollegen häufig nicht weniger als 55 bis 60 Stunden in der Woche ausgebeutet. Diese Überstunden werden dann in der Regel durch Freizeit abgegolten, weil eine Bezahlung natürlich die Profite der Kapitalisten schmälern würde. Diese Freizeit wird selbstverständlich in Zeiten der Geschäftsflaute gewährt, wo sowieso nicht so viel los ist, und die Arbeit dann von den verbleibenden Kollegen mitgemacht werden muß. Um diese Überstunden auszugleichen hat der Kapitalist immerhin einen Spielraum von einem halben Jahr.

Weiter kann der Arbeitstag verlängert werden durch die Bestimmung, daß die notwendigen Vor- und Schlußarbeiten und das Zuendebedienen von Kunden bis zu 15 Minuten täglich über die angeordnete Arbeitszeit hinaus nicht vergütet zu werden brauchen.

Diese Bestimmungen im Manteltarifvertrag, die nur den Zweck haben, die Kollegen im Einzelhandel schärfer auszubeuten und den Kaufhauskapitalisten noch größere Profite zu sichern, müssen raus aus dem Vertrag! Die Arbeitszeit muß auf 40 Stunden in der Woche an fünf Arbeitstagen festgelegt werden. Vor- und Abschlußarbeiten müssen innerhalb dieser 40 Stunden erledigt werden. Überstunden dürfen nur mit Zustimmung des Betriebsrats angeordent werden. Sie müssen finanziell vergütet werden, es sei denn, der Kollege wünscht einen Ausgleich in Freizeit. Die Pausen müssen als Arbeitszeit gelten und bezahlt werden.

Weg mit den Provisionen!

Ein beliebtes Mittel zur Spaltung der Lohnabhängigen ist der Lohn. Und im Bereich des Handels gibt es noch eine besondere Art der Spaltung durch den Lohn: das Provisions-System. Dieses Mittel der Spaltung wird von den Einzelhandelskapitalisten verschieden eingesetzt. In einigen Kaufhäusern bekommt jeder Verkäufer einen Teil des Verkaufspreises einer Ware, die er verkauft hat, als Provision oder Prämie. Das soll, nach Willen der Kapitalisten, dazu führen, daß sich die Verkäufer gegenseitig die Kunden abjagen und daß jeder versucht, möglichst viele Waren „an den Mann" zu bringen. Anders wird die Provision z.B. beim Hertie-Konzern eingesetzt. Dort bekommen nur die Abteilungsleiter eine Provision auf die Waren, die in seiner Abteilung verkauft worden sind. Das soll dazu führen, daß die Abteilungsleiter, die selber noch über Privilegien verfügen, wie ausgedehnte Pausen von 2 Stunden usw., als Antreiber fungieren. Für diese Abteilungsleiter ist die Sache klar: Je mehr sie die Verkäufer antreiben, desto größer wird ihr Einkommen. Soweit die Abteilungsleiter. Für die übrigen Angestellten gilt: „Beziehen Angestellte außer einem Festgehalt Provision, so muß ihr Gesamteinkommen das tarifliche Monatsgehalt erreichen." Diese Bestimmung besagt nichts weiter, als daß die Kapitalisten den Verkäufern einen noch niedrigeren Lohn zahlen können, als er ohnehin nach den Lohntarifverträgen im Einzelhandel zu bekommen hat. Und das in einer Situation, in der die Löhne im Bereich der HBV ohnehin zu den niedrigsten Löhnen in Westdeutschland überhaupt gehören.

Dieses Mittel der Spaltung muß den Kapitalisten aus der Hand geschlagen werden. Den Kapitalisten muß im Manteltarifvertrag untersagt werden, Provisionen zu zahlen. Stattdessen muß ein Lohntarif erkämpft werden, der diese Provisionen ausgleicht.

(f., Hamburg)

GEW Hessen

Die Mitglieder bestehen auf Streik!

In Hessen bereiten die Lehrer den Streik vor. Er richtet sich gegen die Maßnahme der Landesregierung, keine Lehrer mit vollem Lohn einzustellen, sondern nur noch auf Zwei-Drittel-Stellen mit Arbeitsverträgen, die automatisch nach drei Jahren auslaufen. Außerdem wurden 18000 Anrechnungsstunden gestrichen, was Mehrarbeit und Arbeitszeitverlängerung für alle bedeutet. Kultusminister Krollmann denkt bereits an die nächste Gehaltsrückstufung für Lehrer: an eine Rückstufung der Eingangsstufe von A 13 auf A 12. Begleitet sind diese Angriffe auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen der Lehrer von einem breiten Fächer politischer Entrechtungsmaßnahmen: Zensur von Wandzeitungen in Lehrerzimmern, Anzeigepflicht der Arbeit in Gewerkschaften und politischen Parteien, Pflicht der Lehrer zur engen Zusammenarbeit mit Jugend-, Sozial- und Polizeiämtern zur Kontrollierung und Gängelung der Jugendlichen. Geht es nach dem Willen des bürgerlichen Staates, sollen die Lehrer weiterhin als Büttel der Unterdrückung an den Schulen wirken und zugleich wie die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst massive Verschlechterungen ihrer Lage hinnehmen. Dagegen gibt es Rebellion.

In zahlreichen Mitgliederversammlungen der GEW sind die politischen Knebelungsparagrafen zurückgewiesen worden. Die Meldung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit wird von vielen Schulgruppen und Lehrerkollegien verweigert. Geht der Staat mit Nichteinstellung und Entfernung aus dem Schuldienst gegen Lehrer vor, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stellen, so erntet er Proteste und der Widerstand wird organisiert. So soll zum Beispiel der Lehrer B. Lewicki nach der Probezeit von der August-Bebel-Berufsschule in Offenbach entfernt werden. Er unterrichtet seit drei Jahren Deutsch für ausländische Jugendliche.

Vor etwa einem Jahr hat er zusammen mit der Schülervertretung eine breit angelegte Untersuchung über berufsschulpflichtige Ausländer durchgeführt, um zu enthüllen, warum nur zehn Prozent von 800 die Berufsschule besuchen.

Mit durch sein entschiedenes Eintreten konnte der Plan vorerst zurückgewiesen werden, die ausländischen Jugendlichen mit einem achtwöchigen Blockunterricht abzufertigen, wodurch die Berufsschulpflicht ausgehöhlt wird und die jugendliche Arbeitskraft danach den Kapitalisten ohne jegliche Einschränkung zur Verfügung gestellt werden soll.

An der Humboldtschule in Offenbach erhalten die griechischen Kinder ganze drei Stunden Deutschunterricht in der Woche. 40 bis 50 Kinder sind in einer Klasse, und es sind keine Lernmittel da. Die Folge: 80 Prozent der ausländischen Jugendlichen stehen ohne Hauptschulabschluß da.

In Frankfurt fand am vorletzten Montag eine Versammlung gegen die neue Oberstufenreform statt. Schüler der Helmholtzschule griffen die neue Oberstufenreform an, die nur der verschärften Auslese und der Anheizung der Konkurrenz unter den Schülern dient. Auf dieser Versammlung traten viele Lehrer dagegen auf bis auf einen so ausgefuchsten Sozialdemokraten wie den GEW-Bezirksvorsitzenden Dingeldey. Er weiß warum. Die Lehrer werden gebraucht zur Unterdrückung. Doch diese gehen von entgegengesetzten Interessen der Lehrer und des imperialistischen Staatsapparates aus. Das zeigt sich an der Streikbereitschaft.

Die Vertreterversammlung der GEW Frankfurt schlägt allen Schulgruppen vor, entlang des Plans der Schulgruppe der Ernst-Reuter-Schule I vorzugehen. Dort heißt es: „Am 22.10. findet eine Schulversammlung von Lehrern, Eltern, Schülern und interessierter Öffentlichkeit statt, die gegebenenfalls gemeinsam mit der Ernst-Reuter-Schule II sowie anderen Frankfurter Schulen durchgeführt wird. An unserer Schule wird diese Schulversammlung vorbereitet durch ein Elternflugblatt, durch gemeinsame Diskussionen mit Elternbeirat und Schülervertretung, durch Informationsstände und Flugblattverteilung in der Nordweststadt . . ."

Jetzt versucht die Sozialdemokratie, die Notbremse zu ziehen. Ein Streik würde die aufgebrochene Kluft der Lehrerbewegung zum staatlichen Dienstherrn verbreitern. Dagegen sind sie. Die Sozialdemokraten wollen die Lehrerbewegung in die Niederlage führen. Dazu leiten sie weitere Schritte ein:

– In der neuen Gewerkschaftszeitung steht kein Wort zur Streikvorbereitung.

– Einige nordhessische sozialdemokratische Kreisvorsitzende haben eine erneute Hauptausschußsitzung am 19.10. durchgesetzt zur „Überprüfung des Hauptausschußbeschlusses vom 9.9.1976 bei nüchterner Analyse und Einschätzung der Gesamtsituation, unter Berücksichtigung der Befragungsergebnisse, im Hinblick auf die Berichte der Kreisvorsitzenden".

– Mitgliederversammlungen werden von denselben Herren erst gar nicht einberufen, um Beschlußfassungen zu verhindern.

Die Mitglieder bestehen auf Streik. Dies wurde in den letzten vierzehn Tagen auf Mitglieder- oder Kreisvorstandssitzungen in Gelnhausen, Wiesbaden und Gießen und zahlreichen Schulgruppen beschlossen. Die Mitgliederversammlung in Darmstadt hat den Landesverband aufgefordert, eine Streikkasse einzurichten. Die Bezirksvertreterversammlung Frankfurt, die Kreisvorstände Groß-Gerau, Darmstadt und Offenbach-Stadt haben auf Anträge von Schulgruppen die Einberufung einer außerordentlichen Landesvertreterversammlung noch vor der Entscheidung des Bundesvorstandes am 23.10. gefordert. Das höchste Landesorgan der GEW soll Urabstimmung und Streik erneut bestätigen. – (w., Frankfurt/Red)

Außerordentliche Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin

Fortschritt in der Klärung der Fronten

Außerordentliche Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin

Fortschritt in der Klärung der Fronten

Am 29.9. ist die außerordentliche Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin zusammengetreten. Es ging um die „Zukunft der GEW Berlin" (Tagesordnungspunkt 3). Die Bourgeoisie hat folgende Zukunft im Auge: Ausschluß des Landesverbandes aus der GEW Bund und Neugründung unter Ausschluß all derjenigen, die sich gegen die Übernahme der Bundessatzung ausgesprochen haben oder aussprechen. Die Bourgeoisie braucht die Macht in den Gewerkschaften. Sie strebt nach Hegemonie über die anderen europäischen Staaten und Teilhabe am Kampf um die Weltherrschaft, vorerst noch im Bündnis mit den USA. Dazu reorganisiert sie ihren Staatsapparat. Für die Abteilung Schule heißt das: Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, verstärkte Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit für die Masse der Lehrer und ihre verschärfte politische Unterdrückung, damit sie für die Abrichtung der Jugend des Volkes zur Lohnsklaverei und für die Ausbildung der Funktionäre der Bourgeoisie funktionieren. Den erfolgreichen Kampf der Lehrermassen dagegen zu verhindern, versucht ihr die sozialdemokratische Fraktion in der Lehrergewerkschaft zu besorgen. Sie sind ihr treue Büttel. Erich Frister hat den Ausschlußantrag gegen die GEW Westberlin gestellt, die die Bundessatzung nicht übernommen hat. Erich Frister ist Imperialist. Kürzlich zeigte er sich als Aufsichtsratsmitglied des Stahlkonzerns Peine & Salzgitter davon beeindruckt, daß es durch die Mechanisierung gelungen sei, bei einer Verringerung des Personalbestandes von rund 50 % den Roheisenausstoß um nahezu 60 % zu steigern (siehe Erziehung und Wissenschaft, Ausgabe Niedersachsen, 9/76). Entsprechend ist er unter den Lehrermassen verhaßt. Die SPD-Riege im Landesvorstand der GEW Westberlin um Eleonore Kujawa versucht dies abzufangen. Mit der Argumentation, es gebe keine Alternative zur Mitgliedschaft im DGB, versuchte sie die Auflösung des Landesverbandes und den Übertritt in die GEW Bund zu erwirken.

Sie beschwor sogar die gewerkschaftlichen Kampfaufgaben gegen „Sparmaßnahmen, Versuche, die Bildungsmisere durch Mehrarbeit zu kaschieren, Klassenzusammenlegungen, verschärften Druck auf die Lehramtsanwärter, Besoldungsrückstufungen und wachsende Arbeitslosigkeit" (Dringlichkeitsantrag auf der Landesvertreterversammlung). Daher müsse der Schritt zur neuen GEW jetzt getan werden. Daß dies aus ihrem Munde eher als fauler Witz klingt, wurde ihr auf der Landesvertreterversammlung quittiert. Ihre Parteifreunde im Senat haben gerade die Lehrerin Ulrich suspendiert, weil sie zu einer Demonstration gegen die Klassenzusammenlegung aufgerufen und an ihr teilgenommen habe. Den Polizeieinsatz an der Stephan-Schule gegen die Lehrerin Ulrich, die trotz Hausverbot weiterhin Unterricht erteilte, verurteilte Kujawa in einer Presseerklärung als „Pädagogik zur Staatsverdrossenheit". Das Arsenal bürgerlicher Pädagogik mit Klassenbucheintragungen, Notenterror, Schulverweisen und imperialistischer Indoktrination erscheint der Rektorin Kujawa noch als ausreichend, um den Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu unterdrükken. Auf der Landesvertreterversammlung fand keiner ihrer Anträge eine Mehrheit. Zunächst versuchte sie mit Tagesordnungspunkt eins „Sozialfonds für die Angestellten der GEW" eine Vorentscheidung für die Auflösung der GEW Westberlin herbeizuführen und so auch schon mal 460000 DM in den neuen Verband hinüberzuschieben. Die Landesvertreterversammlung beschloß, erst auf der nächsten Landesvertreterversammlung im Dezember über diese Frage zu beraten.

Ihr Dringlichkeitsantrag auf Auflösung und Übertritt, Übernahme aller Mitglieder, die die Bundessatzung anerkennen oder Inaussichtstellung neuer Aufnahmebedingungen in der neuen GEW, kam nicht durch. Der Antrag der Mitgliederversammlung Schöneberg wurde als weitergehend vorgezogen und erhielt eine Mehrheit von 162 zu 158 Stimmen. Eine Alternative ist er jedoch nicht. Er fordert zwar Rücknahme des Ausschlusses und fordert die Mitglieder auf, in der GEW Westberlin zu bleiben. Daß es sich jedoch um ein Ablenkungs- und Zermürbungsmanöver handelt, zeigen die Vorschläge zum weiteren Verfahren: Erneute Verhandlungen mit Frister und gütliche Einigung auf eine „rechtlich einwandfreie Satzungsübernahmeregelung". Falls der Hauptausschuß dazu nicht bereit sei, solle erneut geklagt werden. Also: wenn die Bourgeoisabteilung der SPD-Fraktion im Hauptausschuß der GEW Bund nicht in der Lage ist, eine ordnungsgemäße Spaltung und Unterdrückung der gewerkschaftlich organisierten Lehrermassen zu besorgen, soll die Abteilung bürgerliche Klassenjustiz eingeschaltet werden. Die Vertreter dieser Linie sind vor allem die Häuptlinge vom „Sozialistischen Büro", die auch die Gerichtsklagen eingereicht haben. Daß sie die Stickluft bürgerlicher Gerichte am liebsten in der ganzen Gewerkschaft durchsetzen möchten, zeigte ebenso ihr Verhalten, als auf der Landesvertreterversammlung ein Transparent mit der Forderung nach außerordentlicher Bundesvertreterversammlung entrollt wurde. Fahlbusch als einer ihrer Häuptlinge forderte die Entfernung, kündigte Ausschlußanträge gegen diejenigen an, die das Transparent entrollt hatten und ließ schließlich noch das Prügeln anfangen. Kujawa sah die Chance, die Landesvertreterversammlung aufzulösen, und verkündete sie. Um keinen Vorwand dafür zu liefern, wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, daß das Transparent eingerollt werden solle und wurde es schließlich auch eingerollt mit der Erklärung, daß der Angriff von Kujawa und Konsorten die Richtigkeit der Forderung nur noch einmal unterstreiche und es gelte, sie heute von der Landesvertreterversammlung gegenüber dem Hauptvorstand zu erheben. Dieser Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, der in Westberlin von 8 Schulgruppen, einer Studentengruppe und der Bezirksmitgliederversammlung Wedding erhoben worden war, wurde zweimal geschäftsordnungsmäßig abgebügelt. Beim dritten Anlauf erhielt er ca. 60 Stimmen (es wurde nicht ausgezählt). So hat diese Landesvertreterversammlung die notwendige Klärung nicht erbracht. Deutlicher ist allerdings geworden, daß diejenigen, die sich in der Gewerkschaft für die Übernahme der Bundessatzung mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen stark machen, die gleichen sind, die an den Schulen dagegen auftreten, wenn fortschrittliche und kommunistische Lehrer der Bourgeoisie die Schweige- und Treuepflicht aufkünden und sich auf die Seite der gegen Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen und politische Unterdrückung kämpfenden Volksmassen stellen. Die gleichen, die getroffen aufschreien und es als Abenteuer bezeichnen, wenn die dreckigen Methoden der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Jugend des Volkes enthüllt werden. Die gleichen, die das ganze Arsenal imperialistischer Bildungspolitik durchsetzen, verteidigen und gar noch als fortschrittliche Bildungspolitik plazieren wollen.

Die Bourgeoisie wird den Druck auf die Lehrermassen in der nächsten Zeit noch sehr verschärfen. Die Lehrermassen können ihr Kampfinstrument Gewerkschaft nicht der Staatsfraktion überlassen. Die Schulgruppen setzen die Arbeit fort, weil sie den Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn fortsetzen. Der Kampf um die Gewerkschaft GEW wird weitergeführt werden und an Schärfe zunehmen. Die Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung hat sich überhaupt nicht erledigt. – (dz, Westberlin/Red.)

Postamt Wiesbaden für Festgeldforderung:

Der Zwang zur Nebenarbeit muß weg

Wiesbaden. Die Fernmeldehandwerker, die beim Fernmeldeamt Wiesbaden nach bestandener Assistentenprüfung ins Beamtenverhältnis gezwängt werden, bekommen etwa 1470 DM brutto. Als Arbeiter hatten sie um 1950 DM brutto verdient. Netto macht der Verlust für den einzelnen bis zu 250 DM aus.

Durch diesen Lohnraub zwingt die Post die Beschäftigten dazu, eine Nebentätigkeit anzunehmen. „Nebenarbeiten" sind bei den Kollegen im einfachen Dienst im Postamt weit verbreitet, deren Lohn liegt oft unter 1300 DM brutto. Von diesem geringen Lohn kann niemand eine Familie ernähren.

Das Fernmeldeamt hat eine Reinigungsfirma damit beauftragt, die Diensträume zu reinigen. In den Vermittlungsstellen, die überall in der Stadt zerstreut liegen, haben die Fernmeldeassistenten das Putzen selbst übernommen. Beschäftigt sind sie bei dem Putzkapitalisten außerhalb der tarifvertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen; es gibt keinen Betriebsrat bei der Putzfirma. Die anderen bei der Putzfirma Beschäftigten haben einen Stundenlohn von 5 DM. Dabei preßt der Putzkapitalist immer mehr aus den Arbeitern heraus. So ist es heute so, daß ein Arbeiter in der gleichen Zeit dasselbe putzen muß wie früher zwei.

Durch den drastischen Reallohnraub ist die Grundlage für die verstärkte Auspressung von Mehrarbeit geschaffen. Die Lohnabhängigen sind gezwungen, unter außertariflichen Bedingungen, die einem Sklavenverhältnis entsprechen, zu arbeiten. Die Post setzt auf diese Form der verstärkten Auspressung von Mehrarbeit, weil dadurch die Einheit der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst im Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung und im einheitlichen Lohnkampf gespalten wird.

Acht Stunden im Amt, dann eine bis zwei Stunden putzen, also neun bis zehn Stunden arbeiten, dann ist man erst gegen 18 Uhr zu Hause, obwohl um 15.30 Uhr Dienstschluß war.

Der Abbau des Lohns, die steigende Arbeitshetze im Amt und bei der Putzerei, das hält keiner durch. Immer weniger sind bereit, nach Feierabend zu putzen. Dem Lohnraub muß der Lohnkampf entgegengesetzt werden. Das ist die Erfahrung, die die Lohnabhängigen gemacht haben. Darüber entwickelt sich die Debatte. Es muß ein Festbetrag sein, darüber sind wir uns ziemlich alle einig, denn der Zwang zur Nebenarbeit für die Arbeiter in den unteren Lohngruppen, für die Beamten im mittleren und einfachen Dienst, muß weg. (Zelle Post, Wiesbaden/Red.)

Die **Fachgruppe Gymnasien des GEW-Kreises Freiburg und die Fachgruppe gewerbliche Schulen** treten ein für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung, gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin und gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) des Kreises Pinneberg verurteilt den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin durch Bundesvorstandsbeschluß und fordert die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz.

Die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Köln fordert aus Anlaß des Ausschlusses des Landesverbandes Westberlin eine außerordentliche Jahreshauptversammlung zum Zwecke der Beschlußfassung über eine a.o. Bundesvertreterversammlung.

Der **AjLE Kassel** verurteilt in einer Resolution das Vorgehen des Bundesvorstandes auf das schärfste und fordert Rücknahme des Beschlusses über den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin, Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und außerordentliche Bundesvertreterversammlung.

Der **erweiterte Vorstand der GEW Hildesheim** fordert „eine breite Diskussion in allen Gremien der GEW, die zu einer Bundesvertreterversammlung führt, die über die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und über den Verbleib des Landesverbandes Westberlin in der GEW beschließen soll".

Die **Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Darmstadt** hat beschlossen: „Die Mitgliederversammlung . . . protestiert auf das schärfste gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin aus dem GEW-Bundesverband. Die Versammelten stellen fest, daß die Politik der Gewerkschaftsausschlüsse und der Richtungsgewerkschaften äußerst schädlich ist für die Entfaltung der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen die Angriffe des Dienstherrn auf die soziale Lage der Lehrer und deren gewerkschaftliche und politische Rechte." Gefordert wird die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung „mit dem Ziel, die gewerkschaftsfeindlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW sowie den Ausschluß des Westberliner Verbandes rückgängig zu machen".

rufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung „mit dem Ziel, die gewerkschaftsfeindlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW sowie den Ausschluß des Westberliner Verbandes rückgängig zu machen".

Die Mitgliederversammlung des GEW-Ortsvereins Fildern (bei Stuttgart) hat beschlossen, der Landesvorstand solle eine außerordentliche Vertreterversammlung vom Bundesvorstand fordern, „die beschließt: a) die Zurücknahme des Ausschlusses des Landesverbandes Berlin-West, b) die Zurücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse".

Die **Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Darmstadt der GEW hat zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen** folgendes beschlossen: „Die GEW-Mitgliederversammlung der Kreisverwaltung Darmstadt fordert den Hauptvorstand der GEW auf, sich in den kommenden Tarifverhandlungen in geeigneter Weise zu beteiligen. Die zu vertretende Forderung muß in einem einheitlichen Festbetrag für alle Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes bestehen. Die Tariffähigkeit der GEW muß hergestellt werden."

Westberlin. Für eine einheitliche kampfstarke Demonstration am 1. Mai hat sich der Vertrauensleutekörper der ÖTV am Bezirksamt Schöneberg ausgesprochen. Der DGB wird aufgefordert, den Beschluß, am 30.4.1977 eine Saalfeier zu veranstalten, fallenzulassen und eine einheitliche Demonstration am 1. Mai 1977 vorzubereiten.

Die Mitgliederversammlung **Braunschweig** der GEW hat am 19.8. beschlossen, sich im DGB für eine Demonstration am 1. Mai 1977 einzusetzen.

Bremen. Teilzeitbeschäftigt bei „Sklavenhändlern". Im Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße in Bremen haben Firmen mit Teilzeitbeschäftigten die Reinigung der Stationen und Funktionsbetriebe übernommen. Da es zu wenig Stationsküchenpersonal gibt, arbeiten die bei diesen Firmen angestellten Arbeiter auch in der Küche. Vornehmlich sind es ausländische Kollegen, aber auch viele junge Leute ohne Ausbildung und Hausfrauen, die für einen Hungerlohn (z.B. 5,98 pro Stunde) schuften müssen. Überstunden müssen unbezahlt gemacht werden. Meistens haben die Lohnabhängigen Teilzeitverträge über drei Stunden, so daß diese „Sklavenhändler" keine Sozialabgaben zahlen müssen. Da der Lohn äußerst niedrig ist, arbeiten viele mehr als drei Stunden, sie müssen mehrere Teilzeitverträge abschließen. Krankheitstage werden selbstverständlich nicht bezahlt. Muckt jemand auf oder kommt zum Beispiel zu spät, gibt es Strafversetzungen. Zu dem Hungerlohn und der Rechtlosigkeit kommen schlechte Arbeitsbedingungen. So werden ständig die Zeiten, in denen eine Station sauber zu machen ist, gekürzt. Arbeitsmittel (zum Beispiel Bohnermaschinen) gibt es zu wenig, so daß die Arbeiterinnen oft unbezahlte Leerlaufzeiten haben, weil die Bohnermaschine zur Zeit nicht da ist. Unter diesen Arbeitsbedingungen können die Zimmer zum Teil nicht saubergehalten werden. Der Dienstherr nutzt die Spaltung unter den Lohnabhängigen, um die kapitalistische Rationalisierung voranzubringen. Zum Beispiel zog er den Sklavenhändler Pedus aus der Frauenklinik wieder ab. Die im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiterinnen in den Stationsküchen müssen jetzt wieder putzen, mit einem Drittel weniger Personal als vorher. Immer mehr Kollegen erkennen, daß der Schuldige für solche Zustände der staatliche Dienstherr ist. – (Betriebszelle Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße)

Dortmund. Am 26.9. fand die 29. Konferenz der Gewerkschaftsjugend der DGB-Kreisverwaltung Dortmund statt. Bei dieser Konferenz wurde u.a. der folgende Antrag zum Jugendarbeitsschutzgesetz von der übergroßen Mehrheit der anwesenden 119 Kollegen beschlossen: Am 1. Mai trat das neue Jugendarbeitsschutzgesetz in Kraft. Es enthält Bestimmungen zur Ausweitung der Kinderarbeit, der Nacht- und Schichtarbeit, der Sonntagsarbeit, der Aufnahmebestimmungen bezüglich der Samstags-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtruhe, der Akkordarbeit, den Wegfall der Mehrarbeitsvergütungsregelung. Ein Jugendarbeitsschutzgesetz soll die jugendliche Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß schützen. Das neue Gesetz ist geradezu dazu geschaffen, die jugendliche Arbeitskraft der verstärkten Ausbeutung freizugeben. Die Delegierten lehnen die Verschlechterung der Lage der Jugendlichen ab und erheben die folgenden gewerkschaftlichen Forderungen zum Schutz der Jugendlichen: 1. Ausnahmsloses Verbot der Kinderarbeit; 2. Verbot der Schicht-, Akkord- und Fließbandarbeit; 3. Ausnahmsloses Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit; 4. Verbot von gesundheitsschädlichen Arbeiten; 5. Keine Ausnahmeregelungen; 6. Sechs Wochen bezahlter Jahresurlaub; 7. Der Berufsschultag muß generell arbeitsfrei sein; 8. 30-Stunden-Woche; 9. Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits-, Ärzte- und Sanitätspersonals durch Betriebsrat und Jugendvertretung.

Mainz. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat eine Regelung erlassen, daß bei wöchentlich 12 Stunden Berufsschulunterricht einmal 4 und einmal 8 gehalten werden müssen, so daß die Schüler nach der Schule in den Betrieb müssen. An den Berufsbildenden Schulen Mainz wurde in einer Werkzeugmacherklasse der Klassensprecher gewählt, der für die Abschaffung dieser Regelung und für die Einstellung von mehr Lehrern eintrat. In der Diskussion wurde festgestellt, daß diese Forderungen nur durch ein Mittel, den Schulstreik, durchgesetzt werden können.

Darmstadt. An der Erasmus-Kittler-Schule wurden drei Kommunisten zu Tagessprechern bzw. Stellvertretern gewählt mit dem Programm: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, ausreichendes Lern- und Lehrmaterial, Ausgabe von Fachbüchern für alle Unterrichtsfächer, Schulkantine, Mittagessen, jugendliche Arbeitslose in Facharbeiterklassen ihrer Wahl, Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr.

Freiburg. Die Bäckerklasse III an der Gewerbeschule 1 beschließt Streik, wenn die Verlängerung des Unterrichts um eine Stunde nicht zurückgenommen wird und

Freiburg. Die Bäckerklasse III an der Gewerbeschule 1 beschließt Streik, wenn die Verlängerung des Unterrichts um eine Stunde nicht zurückgenommen wird und

verabschiedete mit großer Mehrheit folgende Resolution: „Die Klasse drei protestiert schärfstens gegen die Unterrichtsverschiebung um eine Stunde. In dieser Bäckerklasse fangen 50 % der Schüler um 4 Uhr morgens an zu arbeiten. Tatsache ist, daß am Nachmittag die Konzentration der Schüler nachläßt. Zweitens kommt noch hinzu, daß die auswärtigen Schüler, die aus dem Schwarzwald kommen, erst zwischen 19 und 20 Uhr zu Hause ankommen. Wir fordern die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal, das eine bessere Unterrichtsführung gewährleistet. Weiterhin fordern wir zwei Tage Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, ansonsten sehen wir uns gezwungen zu streiken." Der Direktor der Schule wollte die Klasse spalten und bezeichnete die Schüler als Mitläufer, aber die Klasse steht hinter der Resolution. – (Bezirksbeilage Südbaden)

Köln. Eine Metallarbeiterklasse an der Berufsschule für Maschinenbau lehnte Religionsunterricht ab. In der Klasse fehlt seit über anderthalb Jahren ein Fachrechenlehrer. Der Klassenlehrer gibt drei Fächer auf einmal, wovon des öfteren zwei „vergessen" werden, als bei diesem miserablen Fachunterricht dann auch noch Politik und Wirtschaftslehre nebenbei gemacht werden und dafür eine Stunde Religion gemacht werden sollte, war das Maß voll. Bei der zweiten Stunde wurde dem Religionslehrer mitgeteilt, der Unterricht sei nur zum „Einlullen der Schüler" da und die große Mehrheit der Schüler lehne ihn ab. Als im Religionsbuch dann noch ein Kapitel stand mit der Überschrift: „Jesus in der Wohlstandsgesellschaft", war der Religionslehrer an der Wand.

Ausbildung bei BASF:

Unsere tägliche Erfahrung in der BASF zwingt uns zum Kampf gegen Unterdrückung und beschränkte Ausbildung

Rund 3500 Lehrlinge werden jährlich in der BASF ausgebildet. Wie diese Ausbildung aussieht, zeigt der folgende Bericht.

Zweck der Ausbildung ist, die Jugendlichen zum willigen Lohnsklaven zu erziehen, die möglichst schnell die Handgriffe erlernen, die in der Produktion gebraucht werden, die lernen sollen, möglichst bald ihren Akkord zu schaffen und sich in ihre Ausbeutung zu fügen. Gleich im ersten Lehrjahr mußten wir monatelang feilen, um uns an die Stumpfsinnigkeit der Arbeit zu gewöhnen. Dauernde Kontrolle herrscht in diesen Lehrwerkstätten, die Pausen dürfen um keine Minute überzogen werden, selbst beim Essen im eigenen Aufenthaltsraum ist eine ständige Aufsicht eingesetzt. In verschiedenen Werkstätten sitzen die Ausbilder in Plexiglaskabinen, etwas erhöht, um die gesamte Lehrwerkstatt überblicken zu können. „Wie im Knast kommt man sich vor", sagen mit Recht viele Lehrlinge. Ein ausgefeiltes Beurteilungssystem ergänzt das ganze: da gibt es die persönliche Beurteilung nach Fleiß und Verhalten zu Vorgesetzten, die fachliche Beurteilung der gefertigten Werkstücke und die Zeitnoten. An den vorgegebenen Zeiten erkennt man gut, worauf die Ausbildung abzielt. Im ersten Lehrjahr feilten wir ein Werkstück, Vorgabezeit 20 Stunden, einige Monate später dasselbe noch mal, aber in einer Vorgabezeit von 10 Stunden. In einem Stundennachweis muß man über jede Viertelstunde des Tages Rechenschaft ablegen. Seit letztem Jahr gibt es ein ausgeklügeltes Modell, „Control contime" (dauernde Kontrolle). Es sieht vor, in Zukunft einmal die Abschlußprüfung zu beseitigen, dafür aber während der ganzen Ausbildung jede Note für den Facharbeiterberuf zu werten.

Die Krönung der Schikane ist der Beautragte für Disziplinarfälle, den es seit längerer Zeit gibt. Er verteilt Aktennotizen usw. Der Ausbilder, der sich nicht als Gefängniswärter hergibt,

Die Krönung der Schikane ist der Beautragte für Disziplinarfälle, den es seit längerer Zeit gibt. Er verteilt Aktennotizen usw. Der Ausbilder, der sich nicht als Gefängniswärter hergibt,

wird zurückversetzt in den Betrieb als Arbeiter. So ist es vor kurzer Zeit zweien gegangen, die es nicht meldeten, als ein Lehrling angetrunken zur Arbeit kam.

Die Ausbildung zielt darauf, die für die kapitalistische Profitproduktion notwendigen Handgriffe zu vermitteln

Die Spezialisierung wird deutlich am Beruf des Schlossers, früher einfach Maschinenschlosser. Jetzt gibt es Betriebsschlosser, Maschinenschlosser, Bauschlosser, der Lernberuf des Schweißers wurde dazu gefügt (kein Schlosser darf im Betrieb mehr schweißen) und für die feinen Arbeiten sind Mechaniker, Feinmechaniker und Meß- und Regelmechaniker zuständig, für die Blechverarbeitung die Feinblechner und Spengler, für den Behälterbau die Behälterbauer usw. usf. Alle Tätigkeiten werden bis ins kleinste geteilt und zum Stumpfsinn gemacht.

Seit 2 Jahren ist z.B. für die Schlosser die Ausbildung an Drehbänken und Fräsmaschinen von 8 auf 4 Wochen gestrichen worden. Die Stufenausbildung tut ihr weiteres. Im Elektrobereich ist man nach 2 Jahren Elektroinstallateur, und wenn man weiter zugelassen wird, nach dreieinhalb Jahren Energieanlagenelektroniker. Im chemischen Bereich Chemiefachwerker oder Laborant. Die Abschaffung der Stufenausbildung ist die Forderung vieler Jugendversammlungen gewesen. Durchgesetzt werden konnte im letzten Lehrjahr, daß alle Elektriker ins dritte Jahr übernommen werden. Am meisten werden die jugendlichen Hilfsarbeiter, Jungwerker oder Junghelfer genannt, gedrückt und schikaniert. Ihre Ausbildung beschränkt sich auf Säcke Abfüllen, Kehren und Kaffeeholen. In der Berufsschule erhalten sie überhaupt keinen Unterricht, zusammen mit den jugendlichen Arbeitslosen sollen sie dazu abgerichtet werden, sich der Lohnsklaverei zu fügen und Unterdrückung zu erdulden.

Im nächsten Jahr sollen um die 20 Jugendliche eingestellt werden, die ein Jahr auf die Schule gehen und dann 2 Jahre zwecks Ausbildung, sagen wir besser Ausbeutung, in die Produktionsbetriebe. So z.B. in die Farbenproduktion. Dort lernt man einiges. So z.B. wie man sich richtig wäscht, man braucht nämlich eine halbe Stunde, bis man die Farbe, die tagsüber tief in die Poren einzieht, wieder raus hat. Ein weiteres Beispiel zeigt, daß nicht die Ausbildung, sondern der Profit die Kapitalisten interessiert. Es gibt einen Lernberuf in der BASF, der nur in der BASF Arbeit findet, den Kunststoffauskleider.

Blockunterricht: Schritt zur Verschlechterung der Ausbildung

Noch eine Neuerung gibt es im ersten Lehrjahr: den Blockunterricht. Eine Woche Betrieb, eine Woche Schule – die Vorbereitung dafür, grundsätzlich die Berufsschule für das 2. und 3. Lehrjahr sausen zu lassen. Zusätzlich hat die BASF den Blockunterricht dazu verwendet, 2 Lehrlinge an einen Schraubstock zu stellen. In der Woche, wo der eine Schule hat, steht der andere am Schraubstock und umgekehrt. Jetzt während der Berufsschulferien im Sommer brach alles zusammen. 2 Lehrlinge gleichzeitig am Schraubstock, Unfälle passierten, alles ging drunter und drüber. Die Lehrlinge streikten für 2 Stunden. Sofort wurden neue Arbeitsplätze beschaffen. Jetzt gehts um das 2. Lehrjahr. Die Elektriker, das ist neu, kommen schon in den Betrieb, in die Produktion. Die anderen kommen in die betriebsnahen Lehrwerkstätten. In der H 400 streikten die Lehrlinge für eine Schallisolierung wegen dem unerträglichen Lärm und haben ihre Forderung durchgesetzt. Dort macht man Übungsarbeiten, produktive Arbeit für die anderen Lehrwerkstätten, wie z.B. Werkbänke und sogenannte Privatarbeiten, Geländer, Kerzenständer und Kamingitter für die Direktoren und sonstiges Pack. Dann offenbart sich für uns die ganze Welt der Chemie, der BASF: Wir sehen, was uns erwartet im Betrieb. Rohrleitungen, Rohrleitungen ... Es wird gebogen, bis uns die Rohre zum Hals raushängen. Der Nebeneffekt soll wohl sein, daß wir uns auch biegen für die Kapitalisten, und

gen ... Es wird gebogen, bis uns die Rohre zum Hals raushängen. Der Nebeneffekt soll wohl sein, daß wir uns auch biegen für die Kapitalisten, und

zwar ganz tief zum Boden als Duckmäuser. Und dann gibts am Ende, wenn man brav war, noch eine Überraschung. Ein Holzkohlengrill wurde „gebastelt", und nur Lehrlinge mit guten Noten sollten ihn für 25 DM kaufen können.

Dagegen haben wir uns gewehrt. Wir haben eine Versammlung gefordert und durchgesetzt, wo wir den Bereichsleiter kritisierten. Wir lassen uns nicht spalten und antreiben, jeder soll seinen Grill kriegen, sagten wir. „Für einen Haufen Blech lassen wir uns nicht kaufen, wenn einige ihr Gerät nicht kriegen, fliegen alle auf einen Haufen und dann drauf mit dem Vorschlaghammer", schlugen einige Kollegen vor. Wir hatten Erfolg! Im dritten Lehrjahr gehen dann alle raus in die Betriebe. Sie werden dort einem Gesellen zugeteilt, der meistens Akkord schafft. Entweder kann man Handlangertätigkeiten machen, weil man ihm seinen Akkord kaputtmacht, oder man wird in seinen Akkord mit reingezogen. Klar ist, man kann von diesem Kollegen viel lernen an Tricks und Kniffs, sie haben aber nicht genug Zeit, sie uns beizubringen. Deshalb stellen viele Jugendversammlungen die Forderung auf: Ausbildungsgesellen raus aus dem Akkord! In jedem Fall arbeiten wir jetzt voll produktiv, allerdings für geringen Lohn.

Gegen Spaltung und Schikane schließen wir uns zusammen

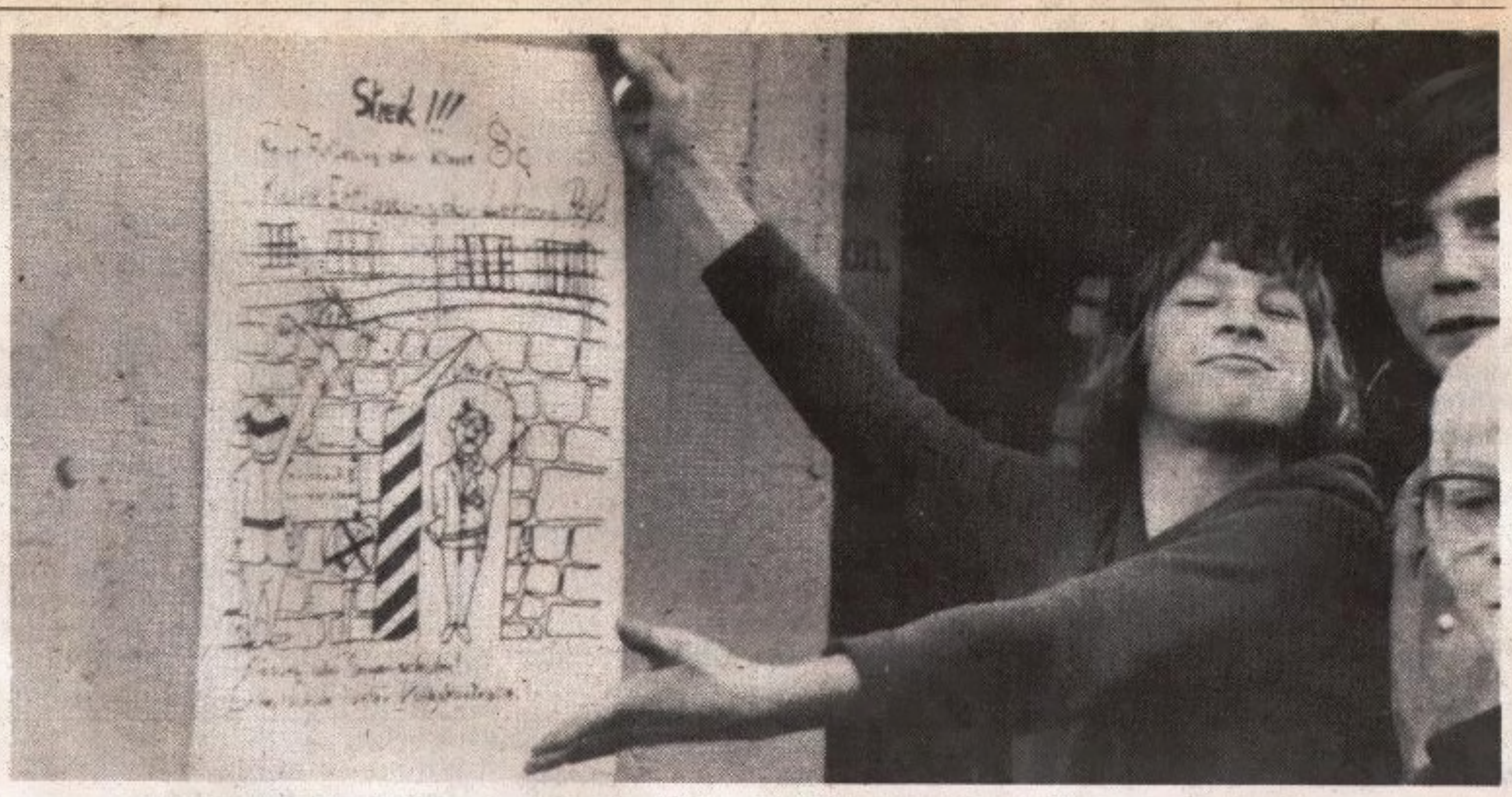
Dazu kommt die Rennerei für die Prüfung. Jedem droht die Nichtübernahme, oder die Übernahme als Hilfsarbeiter in die Produktion, wie es einigen Angelernten im letzten Jahr erging. Das heißt dann 12 Stunden Wechselschicht, zermürbende Arbeit, die einen mit spätestens 50 kaputtgemacht hat, Magengeschwüre, Schlafstörungen. Jeder soll jetzt den anderen übertrumpfen wollen, damit ihm das

die einen mit spätestens 50 kaputtgemacht hat, Magengeschwüre, Schlafstörungen. Jeder soll jetzt den anderen übertrumpfen wollen, damit ihm das

nicht bevorsteht. Der Schikane und Spaltung soll die Krone aufgesetzt werden. Die Rechnung der Werksleitung geht nicht auf, die großen Demonstrationen der Lehrlinge im letzten Sommer gegen ihre Nichtübernahme zeigen das. So sieht die Ausbildung aus, um die Existenz selber ist es nicht besser bestellt. Mit seinen durchschnittlich 350 DM Lohn, für viele gehen bis zu 100 DM und mehr Fahrtkosten ab, sie sind gezwungen, von weit her in der BASF zu arbeiten, liegt man seinen Eltern noch dazu auf der Tasche. Produktiver Arbeiter zu sein, ist in der kapitalistischen Gesellschaft kein Glück, sondern ein Pech. Ausbildung zum produktiven Arbeiter ist in dieser Gesellschaft Ausbildung zum Ausbeutungsobjekt der Kapitalisten und Erziehung zum Lohnsklaven. Ausbildung und Erziehung zu solchen Zwecken ist qualvoll. Die Ausbildung zu solchem Zweck kann der Bourgeoisie nicht gelingen. Unsere tagtäglichen Erfahrungen zwingen uns in der BASF zum Kampf gegen die Unterdrückung und gegen die beschränkte Ausbildung, und wir kämpfen, wie die vielen Streiks und Demonstrationen zeigen. Immer mehr wird uns die Forderung, unter der sich diese Kämpfe zusammenfassen lassen, klar. Die Forderung nach der Einheitsschule, die uns dazu befähigt, uns alle Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die wir brauchen, um die Produktion ganz in die eigene Hand zu nehmen und den Sozialismus aufzubauen, wenn die Bourgeoisie gestürzt ist.

Bei den Jugendvertreterwahlen im Frühjahr war die Forderung nach Einheitsschule in einem Jugendvertreterprogramm aufgestellt. Über 100 Jugendliche hatten dieses Programm unterschrieben. Im Jugendvertrauensleutekörper wird diese Forderung in letzter Zeit immer öfters eingebracht und diskutiert. Wir werden sie zur Hauptforderung unserer Kämpfe machen müssen. – (Zelle BASF)

ter Zeit immer öfters eingebracht und diskutiert. Wir werden sie zur Hauptforderung unserer Kämpfe machen müssen. – (Zelle BASF)



Offenburg. Die streikenden Sonderschüler in Offenburg verfaßten gegen ihren Direktor Litterst folgendes Spottlied:

„Herr Litterst springt im Viereck,
rauft sich die Haare aus,
ein Streik in seiner Schule
hält er im Kopf nicht aus.
Er betet zu dem lieben Gott,
‚schlag du doch da mal rein',
nein, Litterst, nein, Litterst,
so kriegst du uns nicht klein.

Wir Schüler sind uns einig,
du ärgerst dich darum.
Du meinst, du könnt'st uns spalten,
denkst, wir sind alle dumm
und glaubst, wir fallen noch
auf deine Lügen rein.
Nein, Litterst, nein, Litterst,
so kriegst du uns nicht klein.

Die Schule ist ein Zuchthaus,
du bist der Polizist,
doch wir wehr'n uns dagegen,
mal sehn, wer der Dubel ist.
Du holst die Polizei
und sperrst die Schüler ein.
Nein, Litterst, nein, Litterst,
so kriegst du uns nicht klein!"



Debatte in der Fabrik

Schulunterdrückung

Letzte Woche wurde die Lehrerin Wintermantel, die an der Fröbelschule in Wieblingen unterrichtet, vom Oberschulamt vom Schuldienst suspendiert. Im „Kommentar", der Betriebszeitung der Betriebszelle haben wir darüber berichtet. Viele Arbeiter waren empört, daß eine Lehrerin entlassen wird, weil sie gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum eine Unterschriftensammlung unterstützt. „Wenn sie Kommunistin ist, wie wirkt sich denn das für die Schüler aus?" Dies wurde in der Debatte um die Auffassungen und die Praxis, die diese Lehrerin hatte, untersucht. Daß die Lehrerin die Nennung von Erstkläßlern, die man schon nach 6 Wochen Unterricht für die Sonderschule vorsieht, verweigerte, das fanden die Kollegen richtig. In wessen Interesse macht der Staat solche Maßnahmen, wieso schmeißt er eine Lehrerin raus? Der bürgerliche Staat bestimmt, wie, was und wie gelehrt wird. Die Lehrer werden von ihm eingestellt und auf die Verteidigung der herrschenden Ordnung verpflichtet. Die herrschende Ordnung, das ist die der Kapitalisten, wo ausschließlich nach den Profitinteressen der Kapitalisten produziert wird. Das Schulwesen ist darauf abgerichtet, ein Heer billiger und williger Lohnarbeiter zur Verfügung zu stellen und wenige auszulesen, um sie heranzubilden als Ingenieure, Professoren, Lehrer usw., um sie einzusetzen zur Unterdrückung des Volkes. Eine Arbeiterin hat dies gesagt , als es um die Schulzusammenlegung im Pfaffengrund ging. „In den Sonderschulen sollen die Kinder landen, wenn sie in überfüllten Klassen nicht mitkommen, dann hat man wieder ein Heer von billigen Arbeitskräften!"

Die Eltern der 1. Klasse der Fröbelschule haben gegen die Suspendierung protestiert. Das halten die Kollegen von Teldix für vollkommen richtig. Eine Arbeiterin berichtete über völlig willkürliche Maßnahmen von Lehrern, wie die zwangsweise Durchsetzung von Sitzordnungen der Schüler in der Klasse in der Realschule, über harte Strafarbeiten, was nur den Zweck hat, die Kinder von früh an an Drill zu gewöhnen, den Zusammenschluß von rebellischen Kindern zu verhindern. Sie berichtete, daß sich die Eltern dagegen auflehnen. Eine Arbeiterin stellte fest: „In der Fabrik wird versucht, uns zu spalten. Jeder soll sich allein und gegen die anderen um die Verbesserung seines Lohnes abstrampeln über Akkordjagd und Ducken vor dem Meister. So eine Konkurrenz wird auch in der Schule schon angeheizt: über Noten und Aussieben."

Die Schulbehörden suchen die Eltern noch zu Komplizen zu machen. Einzeln wird mit Hinweis auf schlechte Leistungen Druck gemacht. Dagegen gibt es Rebellion, aber auf Elternabenden ist es oft so, daß die Eltern nicht einheitlich den Lehrer zur Rechenschaft ziehen. So berichtet eine andere Kollegin, daß „der Elternsprecher ja sowieso auf der Seite der Lehrerin steht. Aber ich mache meinen Mund auf." Die Arbeiter wissen, daß die Ausbildung ihrer Kinder immer mehr aus Druck besteht, daß das ganze Ausbildungssystem ein System der Auslese und Aussiebung ist. Die Ausbildung in der Hand des bürgerlichen Staates ist eine Ausbildung direkt gegen die Interessen der Arbeiterklasse. „Natürlich ist es eine Klassenschule", stellten wir übereinstimmend fest. Lehrer, die auf der Seite der Arbeiterklasse stehen, gegen die Ziele und Anweisungen des Oberschulamtes auftreten, will der bürgerliche Staat aus den Schulen beseitigen. Deswegen setzt er Beamtenrecht, Überprüfung und Suspendierung ein, um die Lehrer zu willigen Polizeihunden auszurichten. Die Arbeiterklasse muß dem bürgerlichen Staat das Recht absprechen, die Schulgewalt auszuüben. Auch gegen einzelne Maßnahmen der Schulbehörde muß die Arbeiterklasse den Kampf führen mit dem Ziel, ihre Jugend gegen die Verelendung, die Schürung der Konkurrenz und Splitterung ihrer Kraft zusammenzuschließen und eine obligatorische, kostenlose, einheitliche Ausbildung für jedermann bis zum 18. Lebensjahr, die theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelt, zu erkämpfen; die sie befähigt, die Produktion zu beherrschen und dazu, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu zerschlagen und den Sozialismus zu errichten. – (Zelle Teldix/Red.)



Schaafheim. Über 100 Schüler der Schaafheimer Schule haben am 1. Oktober gegen die Abschiebung des Lehrers Fertig aus Schaafheim demonstriert. Schaafheim liegt in Hessen und hat mit zugehörigen Gemeinden ca. 6000 Einwohner. Der kommunistische Lehrer soll abgeschoben werden, weil er eine Plakette „Weg mit dem § 218 – Volksentscheid" getragen hat und die Schüler und Eltern in ihrem Kampf gegen die Verhältnisse an der Schule unterstützt hat. Bei der Kundgebung und während der Demonstration riefen die Schüler laut in Sprechchören: Kampf der Schulunterdrückung – Lehrer Fertig muß bleiben – Weg mit dem KPD-Verbot!

Kreiskrankenhaus Schwetzingen

Frauen zur Sterilisierung gezwungen

Schwangere, denen eine Abtreibung genehmigt wurde, werden von dem Chefarzt der Frauenabteilung Engelhard gezwungen, sich zugleich sterilisieren zu lassen. Ansonsten lehnt er es ab, die Abtreibung durchzuführen. Bei Frauen über 35 Jahren macht er das grundsätzlich, aber auch bei jüngeren. Die Frauen sind gezwungen, sich der Erpressung zu fügen, denn bei den Kliniken in der weiteren Umgebung sind die Bevormundung und Schikanen nicht anders.

Bislang hat Engelhard die Sterilisationen immer durch Unterbrechung der Eileiter durchgeführt. Das ist ein relativ geringfügiger Eingriff. Jetzt ist ihm das einmal daneben gegangen, und die Frau wurde wieder schwanger. Da Engelhard sich mit Forderungen nach „Schadensersatz" konfrontiert sah, hat er da schnell eine Abtreibung vorgenommen. Die Kosten für die Kinderaufzucht, die will er nicht tragen. Gut zeigt sich, was es mit dem ganzen Gerede über „Schutz des werdenden Lebens" auf sich hat, den diese Herrschaften sonst immer gegen die besitzlosen Klassen wenden, um sie zur Austragung der Schwangerschaft zu pressen.

Das soll ihm nicht wieder passieren. Bei einer Arbeiterin hat er die Konsequenzen demonstriert. Ihr Mann ist Arbeiter in einer Zigarettenfabrik (Atos) in Schwetzingen. Sie haben drei Kinder. Um über die Runden zu kommen, muß sie halbtags arbeiten. Außer den Kindern, den Haushalt muß die Arbeiterin noch ihre schwerkranke Mutter versorgen. Bei ihr hatte die Pilleneinnahme nicht richtig funktioniert und sie war schwanger geworden. Für die Familie war klar, daß ein weiteres Kind nicht großgezogen werden kann. Bei der Beratung hat man der Frau Depressionen bescheinigt und einen Abbruch genehmigt. Engelhard will ihr jetzt gleich die ganze Gebärmutter entfernen! Das ist eine Operation von einigem Risiko. Erklärt hat er der Arbeiterin: Sie sei jetzt 38 Jahre alt, habe drei Kinder, das sei genug, die Gebärmutter brauche sie sowieso nicht mehr. Er hat noch versucht, das als Wohltat auszugeben: Sie sei dann ihre Sorgen ein für allemal los. – (Zelle Kreiskrankenhaus Schwetzingen)

„Modellberatungsstellen" – Fangschlingen und Fallgruben zur Anwendung des § 218

Emsig ist die Bourgeoisie dabei, ein ganzes Netz von Modellberatungsstellen auszubauen und Fallgruben und Fangschlingen zur Anwendung des § 218 zu entwickeln. Jetzt hat das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit den ersten Zwischenbericht herausgegeben, wo untersucht wird, wie wirksam ihre Beobachtungsstellen, Fanggruben, Fußsschlingen und Spitzeleien sind. Unter dem Stichwort „Ausgangslage" stellt das Ministerium fest, „daß vorhandene Beratungsstellen auf Stadt und Land ungleich verteilt und entweder unbekannt waren oder von großen Teilen der Bevölkerung nicht angenommen wird". Das Ministerium stellt fest, daß der § 218 verhaßt ist bei den Volksmassen und der Zusammenschluß für die Forderung: Weg mit dem § 218 – Volksentscheid! sie daran hindert, im Dunkeln ihr Unterdrückungsgeschäft zu erledigen. Das Wort „nicht angenommen" stammt aus dem Tier- und Jagdbereich. Es gibt den Fall, daß ein Hund nicht das Land des Gutsbesitzers schützt, sondern ihn beißt. Dann sagt man, er hat ihn „nicht angenommen". Es gibt Fische, die den ausgelegten Köder nicht annehmen, weil sie nicht wollen und manche die Erfahrung lehrt, daß sich im Köder der Widerhaken befindet. Also: Schon für das Wörtchen „nicht angenommen" kann man der Bourgeoisie an die Gurgel springen. Andersherum muß die Bourgeoisie feststellen, daß die ausgebeuteten und besitzlosen Klassen die „Modellberatungsstellen" als das ansehen, was sie sind: Polizeistationen! 52 Modellberatungsstellen haben sie errichtet und mit einer „mobilen Einheit" fahren sie dem Volk hinterher, und alles wird „wissenschaftlich" begleitet, wie es in der Schrift des Ministeriums heißt. Im Zeitraum zwischen Juli 1974 und April 1975 wurden alleine 31 Modellberatungsstellen eröffnet. Mit großem



Freiburg. An der Beratungsstelle „Pro Familia" steht jetzt das, was sie ist.

Aufwand der Bewegung gegen den § 218 beikommen und rechtzeitig zur Verabschiedung des § 218 die Polizeistationen errichten, lautet die Devise. Das Gegenteil wird erreicht! Bekannt ist, daß die Beratungsstellen Unterdrückungsinstrumente sind, und viele wurden schon mit dem richtigen Namen versehen: Polizeistation – Weg mit dem § 218 – Volksentscheid.

Diese Erkenntnis wird auch durch Erfahrung immer größer. 1974 wurden 10000 von einer Modellberatungsstelle in Anspruch genommen. 1975 waren es 22000 Menschen. Das ist dem Ministerium zu wenig. Beunruhigt stellt das Ministerium fest, daß die 26- bis 35-jährigen kaum noch zur Beratung zu führen sind. Das liegt nicht daran, daß die 26- bis 35-jährigen weniger Kinder haben wollen als etwa die 18- bis 20-jährigen. Das Ministerium erklärt sich das so: „. . . daß hemmende Faktoren beim Besuch von Beratungsstellen wie Resignation und Schamgefühl tendenziell mit wachsendem Alter zunehmen. Deshalb sollte in der Öffentlichkeitsarbeit klargestellt werden, daß die Möglichkeit einer Beratung nicht vom Alter abhängt und auch eine altersspezifische werbliche Ansprache zu realisieren". (Wörtl. zit. nach „Informationen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit) Daß der Kampf für die Abschaffung des § 218 organisiert geführt wird, daß die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse einhergeht mit verschärfter Reaktion, können sie nicht offen heraus sagen. Dafür haben sie Professoren, Theologen und Psychologen. Theologen und Psychologen stellen 25 Prozent des Gesamtpersonals in der „Modellberatung". Diese verkleiden den wachsenden Widerstand gegen den § 218 mit dem vornehmen Wort „hemmende Faktoren", und die verschärfte Unterdrückung titulieren sie mit Verstärkung der „altersspezifischen werblichen Ansprache"!

Nach den betrüblichen Feststellungen entwickelt dann das Ministerium, wie weiter verfahren werden muß. Nach der mehrmonatigen Phase des „Sich-Bekanntmachens" und des „Fußfassens" folgt jetzt eine Phase des „Sich Verwurzelns". Dazu sollen Modellberatungsstellen mit der Modellvariation „soziale Brennpunkte" und „mobile Einheiten" aufgefahren werden. Das wird dann auch noch genauer „erforscht". Besonders wichtig sind sie bei den „Unterschichten" und bei Schichten mit abnehmendem „sozio-ökonomischem Niveau", „ausländische Arbeitnehmer" sind nur Ausländer mit untergeordneter Tätigkeit („Gastarbeiter"). Mit diesen ganzen Namen ist die Arbeiterklasse und das Volk gemeint, und dafür kann man ihnen die Gurgel schon durchschneiden. Umfassend wird also die Spitzeltätigkeit der Beratungsstellen entwickelt, und wenn die Massen nicht kommen, kommen diese Polizisten eben ins Haus.

Des weiteren sollen die „Kooperationsbeziehungen" der Modellberatungsstellen in das „Netz" der örtlichen sozialen und medizinischen Dienste weiter entwickelt und „differenziert" werden. „Bis in die jüngste Zeit hinein" war es schwierig, „da die ‚polarisierte' Diskussion um den § 218 eine Reihe potentieller Kooperationspartner – insbesondere in der Ärzteschaft sowie bei kirchlichen und amtlichen Stellen – zurückschrecken ließ. Hier erwartet man, daß sich nach dem Ende des rechtlichen ‚Schwebezustandes' auch die Reste von Zurückhaltung und Zögern abbauen lassen." Niemand soll den Fangschlingen und den Fallgruben entkommen, die Ärzte haben Schwangerschaftsabbrüche zentral zu melden, womit das Instrumentarium der Unterdrückung bis in die Arztpraxis entfaltet wird. Kirchen und amtliche Stellen, mit denen will man eng zusammenarbeiten. Doch dann kommen wieder die „Hemmfaktoren", „die das Aufsuchen einer Beratungsstelle behindern, die eine lange Tradition haben und als Teile des sozialen Orientierungssystems nicht beliebig gewechselt werden können".

Richtig, der Kampf gegen den § 218 hat eine lange Tradition, und er wird mit großer Schärfe weitergeführt, bis er zu Fall gebracht ist. – (r.)

Wyhl/Freiburg. Wegen „Nötigung" eines Polizeispitzels bei einer Großkundgebung gegen das Kernkraftwerk Wyhl am 22.2.1976 soll zwei Kommunisten der Prozeß gemacht werden. Der Polizeispitzel Fischer wurde bei der Kundgebung erkannt, und sofort ging es wie ein Lauffeuer um: „Ein Spitzel, vertreibt den Kerl!" Er wollte unter die Massen flüchten, aber eine Ratte ist kein Fisch. Die Massen versperrten ihm den Weg, er wurde kurz „genötigt" und dann davongejagt. Inzwischen sind auf dem Baugelände Bagger aufgefahren, um „Meßstellen" zu errichten. Die Stromleitungen für diese Meßstellen sind aber ausgelegt für die ganze Baustelle zum Bau des Kernkraftwerks. Bei den Diskussionen über die weiteren Schritte zur Verhinderung des Kernkraftwerks wird immer deutlicher, daß der Bauplatz wieder besetzt werden muß."

Westberlin. Zu 300 DM Geldstrafe, ersatzweise vier Wochen Haft, wurden zwei kommunistische Schüler am Kant-Gymnasium verurteilt. Mit einer Wandzeitung an der Schule hatten sie die Schüler aufgerufen, sich an der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben zu beteiligen. Sie hinderten den Direktor bei seinem Versuch, die Wandzeitung abzuhängen, wurden dann wegen „versuchter Nötigung" vor Gericht gestellt. Der Prozeß wurde zu einem Tribunal gegen die zunehmende Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat. Die Fahrpreise der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) sollen für eine Fahrt auf 1,30 DM erhöht werden. Gas und Müllabfuhr sollen bis zu 16 Prozent erhöht werden. Im geplanten Haushalt für Westberlin 1977 sind für den Justizapparat 8 Prozent mehr Gelder vorgesehen, 9 Prozent für die Schulaufsichtsbeamten und eine 50-prozentige Steigerung des Etats des Schulsenats für Oberstufen. 130 Schüler sind am zweiten Prozeßtag erschienen, und ihre Forderungen gegen die Klassenjustiz verwickelten die Staatsanwaltschaft in zahlreiche Widersprüche. Auch die Polizei konnte gegen den Widerstand der Schüler nichts ausrichten.

Vor dem Schöffengericht Bonn begann am Dienstag, den 5. Oktober, der Prozeß gegen 6 Gegner des § 218, Teilnehmer der Demonstration gegen den § 218 – für Volksentscheid, vom 21. September 1975 in Bonn. Die Anklage gegen die 6 Demonstrationsteilnehmer aus Westberlin, Köln, Frankfurt, Heidelberg und Freiburg lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und Körperverletzung. Zwei Zuhörer erhielten für einen Zwischenruf gleich je 3 Tage Ordnungshaft, wurden verhaftet und abgeführt. In ihren Erklärungen zur Anklage und den darin enthaltenen Anschuldigungen schilderten die Angeklagten, warum sie an der Demonstration gemeinsam mit 25000 Menschen teilgenommen haben und warum der Kampf gegen das staatliche Abtreibungsverbot gerecht und notwendig ist. Als ein Angeklagter sagte: „Die Klasse der Fabrikbesitzer mit ihrem Anhang von Politiker, Richtern und dem ganzen Troß der hohen Beamten braucht solche Gesetze wie den § 218", wurde es Richter Hasse zuviel. Er dulde solche Beleidigungen und Angriffe gegen den Staat nicht. Die Angeklagten ließen sich nicht das Recht
Angeklagten ließen sich nicht das Recht
nehmen, die herrschende Klasse und ihre Interessen beim Namen zu nennen und ihre Erklärungen zu Ende zu führen.

Der Prozeß soll drei Wochen dauern. Am Gerichtsgebäude und an öffentlichen Gebäuden in Bonn steht, was auch auf einer Demonstration am 2. Oktober in der Stadt gefordert wurde: Einstellung aller Prozesse gegen Gegner des § 218! Weg mit dem § 218! Volksentscheid!

Essen. 180 Gegner des § 218 demonstrierten am letzten Donnerstag mit den Forderungen: „Weg mit dem § 218, Aufhebung der Haftbefehle" gegen die Verhaftung von vier Mitgliedern des Komitees gegen den § 218. Sie waren verhaftet worden, weil sie bei einer Demonstration gegen den § 218 die Polizei und Feldjäger an der Verhaftung eines Soldaten hinderten und mußten inzwischen freigelassen werden. Eine junge Frau stieß zu der Demonstration, beteiligte sich an ihr und noch an der anschließenden Komiteesitzung, denn sie hatte mit dem § 218 Erfahrungen gemacht. Als sie Anzeige wegen einer Vergewaltigung erstattet hatte und dabei eine Abtreibung zugab, wurde ihr von der Polizei mit einem Verfahren wegen § 218 gedroht.

Wuppertal. Gegenwärtig stehen in Wuppertal etwa 50 Prozesse gegen Demonstranten, die zusammen mit 3000 Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern Anfang des Jahres gegen die Erhöhung der Fahrpreise gekämpft haben, an. In den ersten Prozessen wurde ein junger Arbeiter zu 500 DM Geldstrafe verurteilt, weil er sich nicht von den Kämpfen distanzierte und sich nicht einschüchtern ließ. Der Vorsitzende des Schöffengerichts versuchte, Erklärungen des Angeklagten zu verhindern. Es sollte das Urteil gesprochen werden, die Zeugen brauche man nicht mehr, der Angeklagte leugne ja den Tatbestand nicht ab. Der Prozeß wurde vertagt und ein Komitee „Weg mit den WSW-Prozessen" gegründet, um die Einstellung der Prozesse zu erreichen und die Angeklagten finanziell zu unterstützen.

Heidelberg. Gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat wurden in Heidelberg und Umland bisher über 2000 Unterschriften gesammelt. Am Sonntag wurden vor den Wahllokalen 130 Unterschriften gesammelt. 20 Genossen wurden vor den Wahllokalen verhaftet und unter Hinweis auf das Polizeigesetz § 1 (Störung einer Wahlveranstaltung) mehrere Stunden festgehalten.

Vollversammlung an der Fachhochschule Wilhelmshaven

„Am 29.9.76 fand an der Fachhochschule Wilhelmshaven eine Vollversammlung statt, bei der zur Verschärfung der materiellen Situation folgende Resolution von der KSB-Initiative eingebracht wurde:

„Die Vollversammlung der Fachhochschule Wilhelmshaven fordert den Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) auf, unverzüglich und zwar noch vor Weihnachten eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Auf dieser Mitgliederversammlung muß eine vertragliche Regelung mit dem Staat beschlossen werden. Über 100 DM mehr für alle Bezieher des BAFöG und Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 200 DM. Als entscheidendes Kampfmittel muß ein bundesweiter Streik aller Studenten ins Auge gefaßt werden, der solange dauert, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Hierzu muß eine bundesweite Urabstimmung herbeigeführt werden."

Diese Resolution wurde von den 250 anwesenden Studenten mit übergroßer Mehrheit angenommen mit folgendem Zusatz:

„Da auch die zum Teil sehr stark verzögerte Bearbeitung von BAFöG-Anträgen (bis zu einem Jahr) zu Studienabbrüchen aus wirtschaftlichen Gründen führt, muß der Vertrag eine Klausel beinhalten, die eindeutig festlegt, daß den Studenten innerhalb einer bestimmten Frist der Unterhaltszuschuß zur Verfügung stehen muß."

Das für uns zuständige Studentenwerk Oldenburg hat angekündigt, daß die Erstsemester erst im Januar 1977 mit Geld rechnen können. Auch bei Wiederholungsanträgen wird sich die Auszahlung um 8 bis 10 Wochen verzögern. Deshalb hat die schnelle Auszahlung des BAFöG bei uns große Wichtigkeit. – (KSB-Initiative, Fachhochschule Wilhelmshaven)

Frankfurt. Seit über 18 Monaten boykottieren die Bewohner der Studentenwohnheime „Stiftung Studentenhaus" eine 22-prozentige Mieterhöhung. Jetzt droht der „Stiftungsrat", staatliches Organ der Uni-Bürokratie, in dem auch der Kanzler und der Präsident der Universität sitzen, mit fristloser Kündigung und gerichtlichen Schritten. Allein im Ludwig-Landmann-Heim wird von einzelnen Studenten zwischen 400 und 1 000 DM Nachzahlung gefordert. In einer Erklärung der Mietstreikversammlung zweier Wohnheime heißt es, daß sie „entschlossen sind, keinerlei Mieterhöhung und keine Kündigung wegen Zahlungsunfähigkeit zu dulden". Aktionen gegen die umfassende Abhängigkeit durch das BAFöG und die zusätzliche Abhängigkeit über die Wohnmieten werden vorbereitet.

Hannover. LHV-Vorschläge für Schmidt-Genscher-Regierungserklärung. Der Liberale Hochschulverband (LHV), von den Jusos, den DKP-Studenten und dem KB (Nord) in einer Reihe von ASten bzw. im VDS-Vorstand warm umworbener und gepflegter „Koalitionspartner", hat sich jetzt auf einem Kongreß in Hannover stark gemacht für das Programm der herrschenden Klasse zur Verschärfung der Unterdrückung der Studentenmassen und zu Abpressung von Mehrarbeit von den Lohnabhängigen an der Universität. Als „Schritte zur Überwindung des Numerus Clausus" schlägt er vor:

„Bessere Ausnutzung der vorhandenen Raumkapazitäten, zum Beispiel durch Verlegung der Praktika in die Ferienzeit; Einführung eines Systems verkürzter Grundstudiengänge, die nur drei Jahre dauern sollen; die Absolventen können dann entweder anschließend ein Aufbaustudium oder später als Berufstätige ein Weiterbildungsstudium aufnehmen ..." Die FDP-Studenten fühlen sich schon als Beraterstab für den „Bundeskultusminister", den die FDP fordert, um die Unterdrückung an den Schulen und Hochschulen einheitlich voranzutreiben. Inzwischen sind sie gewiß damit beschäftigt, die Erklärung der Kanzlerkandidaten der herrschenden Klasse in der Fernsehdiskussion über die Notwendigkeit der Einführung von Schichtarbeit an den Hochschulen auf die „Erweiterung ihres Programms" hin zu prüfen. Für die Entwicklung des Kampfes der Studentenmassen gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat an der Hochschule ist diese Offenbarung der Reaktionäre mit liberaler Fratze nur förderlich. Das schafft klare Fronten.

Kiel. Nachdem die herrschende Klasse für eine Reihe von Studienfächern den zentralen Numerus Clausus für aufgehoben erklärt hat, um ihrem Nachwuchs einen Studienplatz zu sichern und insoweit er schlechte Noten hat, den Hochschulzugang durch Professorenkorruption zu erleichtern, gehen jetzt die Reaktionäre an den verschiedenen Hochschulen daran, die geeigneten Unterdrückungswerkzeuge für die Studentenmassen zu schaffen. So wurde der Akademische Senat der Universität Kiel zu einer Sondersitzung einberufen, auf der das Präsidium eine Empfehlung vorlegen will, beim Kultusminister die Einführung eines „hochschulinternen Zulassungsverfahrens" für die gesamte Universität zu beantragen.

Kommunismus und Klassenkampf Nr. 6, Sept. 76

Objektive Aufgaben der Studentenbewegung

Tübinger Studenten kämpfen gegen Erhebung von Ersatzgeldern

Die Studenten in Tübingen haben gegen die Erhebung von Ersatzgeldern für die Lernmittel seit drei Monaten einen Boykott organisiert und Demonstrationen durchgeführt. Mit Polizeigewalt sollte der Kampf der Studenten jetzt zerschlagen werden. Die Eintreibung der Ersatzgelder wurde gekoppelt an die Rückmeldefrist, die am letzten Freitag abgelaufen ist. Mit Exmatrikulation wird gedroht. Durch die Erhebung von Ersatzgeldern von Hunderten von DM treibt der bürgerliche Staat die Studenten weiter ins Elend, um sie für die Interessen der Kapitalistenklasse gefügig zu machen. So heißt es in der Verordnung des Kultusministeriums von Baden-Württemberg, daß bei Nichtbezahlen der Lernmittel die Übungs- und Praktikascheine zurückgehalten werden können. Die Lebensbedingungen der Studenten haben sich entscheidend verschlechtert, weil die BAFöG-Sätze und der Elternfreibetrag seit über 24 Monaten stillgelegt sind. Dagegen schließen sich die Studenten zusammen. Im folgenden wird über den Kampf der Tübinger Studenten berichtet.



Tübingen. Bis zu 1000 Studenten demonstrierten gegen die Erhebung von Ersatzgeldern und den Einsatz der Polizei.

Gegen Ersatzgelder und Polizeieinsatz haben am Donnerstag bis zu tausend Studenten in Tübingen demonstriert. Nachdem eine Hundertschaft Polizei mit einem Knüppeleinsatz gegen sie vorgegangen war. Zuvor war auf einer Versammlung von 500 Studenten beschlossen worden, zur zentralen Universitätsverwaltung zu ziehen und dort ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Anlaß zur ersten Polizeischlägerei war die Beschlagnahmung der Lautsprecheranlage des Allgemeinen Studentenausschusses. Den Studenten sollte der Mund verboten werden. Die Verdrehungen des Universitätspräsidenten sollten das einzige sein, was in Tübingen offen bekannt werden darf. Daher mußte die Lautsprecheranlage weg. Die Polizisten droschen auf die Studenten ein, die sich vor die Einsatzwagen setzten, um den Abtransport zu verhindern. Tübingens Polizeispitzel wurden von ihrem Einsatzleiter auf die Demonstranten angesetzt. Als ein Student einige dieser sauberen Kreaturen enttarnte, wurde er sofort verhaftet. Doch das sollte nur der Anfang sein. Mit Parolen gegen die Ersatzgelder und den Polizeieinsatz setzte sich der Demonstrationszug in die Innenstadt in Bewegung. Auf der Neckarbrücke wurden einige hundert Leute Zeugen eines brutalen Polizeieinsatzes. Eine Hundertschaft, ausgerüstet mit Gummiknüppeln, ein Meter langen Schlagstöcken und Schutzschilden, schlug auf die Studenten ein und 2 Demonstranten, die mit Füßen getreten und über die Straße geschleift wurden, mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Studenten und Teile der Bevölkerung gaben darauf die richtige Antwort: Über tausend Menschen formierten sich erneut zu einem Demonstrationszug in die Innenstadt und führten Kundgebungen durch. Dieser Polizeieinsatz ist der vorläufige Höhepunkt im Versuch der zentralen Universitätsverwaltung, den studentischen Widerstand gegen die Ersatzgelder zu brechen. In drei Monaten ist es ihnen nicht gelungen, die Front gegen die Zwangseintreibung von Praktikumsgebühren über Koppelung an die Rückmeldung zu brechen. Der Boykott der Rückmeldung, an dem sich über 2 800 Studenten beteiligten, konnte nicht entscheidend geschwächt werden – und das, obwohl die zentrale Universitätsverwaltung alles in ihrer Macht stehende versucht hatte. Sie erpresste die Studenten mit der Drohung, ihnen sämtliche finanziellen Mittel zu sperren. Sie erteilte Hausverbote und verbreitete in der Lokalzeitung Falschmeldungen über die Stärke des Boykotts. Sie verlängerte schließlich die Rückmeldungsfrist bis zum 1.10. ultimativ. Doch der Erfolg blieb aus. Bis zum Donnerstag beteiligten sich noch 2 200 Studenten am Boykott, 200 mehr als die von den Studenten festgesetzte Mindestzahl. Der Boykott stand. „Der Boykott hält, bis die Koppelung fällt", das war auf Transparenten und Wandzeitungen zu lesen. Der Universitätspräsident fürchtete, daß diese Parole durchgesetzt wird. Das war die Situation, in der er zeigt, wie er die Ersatzgelder eintreiben will: mit dem Polizeiknüppel. Die Empörung unter den Studenten war groß.

Nach einer abschließenden Kundgebung in der Innenstadt zogen an die Tausend zur Mensa. Dort wurde zur Abendessenszeit vor einem brechend vollen Saal von den Auseinandersetzungen des Nachmittags berichtet. Ein Viedeofilm hat allen, die nicht dabei waren, dokumentiert, wie mit Hilfe des Polizeiknüppels der Kampf gegen die Ersatzgelder hat niedergeschlagen werden sollen. Noch über nacht sind Flugblätter an die Bevölkerung gedruckt und in Briefkästen verteilt worden. Daß es notwendig war, hat sich am nächsten Tag gezeigt. In der Lokalpresse ist neben etlichen Hetztiraden als sogenannte „symptomatische Reaktion" der Bevölkerung auf den Polizeieinsatz in der Innenstadt der Ausspruch eines „im Geiste mitschlagenden, rechtschaffenen Bürgers" gebracht worden: „Schlagt sie tot, die Nichtsnutze". Wie dieser Hetze entgegengetreten werden muß, ist am Freitagvormittag von ca. 300 Studenten vor der Rückmeldestelle beraten worden. Trotz inzwischen auf 4 Hundertschaften verstärkter Polizei in der Stadt ist um die Mittagszeit ein Demonstrationszug von etwa 800 nochmals in die Stadt gezogen und es ist eine Kundgebung abgehalten worden. Am Freitagnachmittag und am Samstag in der Innenstadt auf allen Straßenplätzen hat sich gezeigt: Die gerechten Forderungen der Studenten werden von den Arbeitern und Angestellten unterstützt. Wir erklärten, daß die Erhebung von Ersatzgeldern für die Lernmittel die besitzlosen Studenten ins Elend drückt, um sie für die Interessen der Kapitalistenklasse gefügig zu machen, und daß dagegen der Kampf geführt wird. Reaktionäre werden da sehr schnell isoliert. Der Polizeieinsatz war das vorläufig letzte und schärfste Mittel, das die Universitätsleitung einsetzen mußte, um den Boykott zu schlagen. Der gewünschte Erfolg blieb aber aus. Vielmehr ist auf der Seite der Studenten die Überzeugung gewachsen, daß sie ihre Forderungen nur im Kampf gegen die zentrale Verwaltung und den bürgerlichen Staat durchsetzen können. – (d./e., Tübingen/Red.)

Hartung, Knickrehm und Ickert

Vor zwei Monaten tischten die bürgerlichen Politiker im VDS-Vorstand ein Rechtsgutachten auf zur Begründung einer Verfassungsbeschwerde gegen die Streichung der Sozialhilfe für Studenten duch das Haushaltsstrukturgesetz. Mit der Streichung der Sozialhilfe für Studenten werde „das soziale Existenzminimum für die Studenten akut gefährdet". Gegenwärtig werde dieses Existenzminimum gedeckt durch 500 DM Ausbildungsförderung und 150 DM Sozialhilfe.

Ist diese Erklärung der Sozialhilfe für ein gewöhnliches Existenzmittel schon stark, es kommt noch dicker. Mancher Rentner hat den Hungertod in Kauf genommen gegen den entwürdigenden und mit Schikanen gepflasterten Weg aufs Sozialamt. Die Sozialdemokraten und DKP-Studenten im VDS-Vorstand bringen es mit ihrem Rechtsgutachten auch noch fertig, die Sozialhilfe als einen Akt „sozialer, auch fürsorgerischer Aktivität" des bürgerlichen Staats anzupreisen und als eine der Errungenschaften des Artikels 1 der Verfassung.

In der vergangenen Woche nun reisten die VDS-Vorstandsmitglieder Hartung (Juso), Knickrehm (DKP) und Ickert (Sozialistische Basisgruppen) gleich zu dritt zur baden-württembergischen Landes-ASten-Konferenz an, um dieser Rechtfertigung für die Aufgabe des Kampfes um ausreichende Ausbildungsförderungssätze durch die VDS entsprechende Taten folgen zu lassen. Sie erklärten, das BAFöG könne man jetzt nicht zur Hauptsache machen, für die baden-württembergischen Studenten seien die Ersatzgelder das „brennende soziale Problem". Überhaupt sei die Forderung nach „100 DM mehr Ausbildungsförderung" „wenig griffig", und erst recht könne man nicht für eine vertragliche Regelung der Höhe der Ausbildungsförderung zwischen VDS und bürgerlichem Staat kämpfen, dazu seien „die Vereinigten Deutschen Studentenschaften zu schwach". Überhaupt bräuchten sich die Studenten nicht den Kopf über BAFöG-Erhöhungen zu zerbrechen, weil dies bereits die Regierung täte.

Mit diesen Ausflüchten und Ausreden gegenüber der Notwendigkeit des Kampfes um ausreichende Ausbildungsförderungssätze traten die bürgerlichen Politiker im Vorstand der VDS ein für einen Beschluß, der bereits jetzt keine andere Funktion hat, als den einheitlichen Zusammenschluß der Studentenbewegung an allen Hochschulen im Kampf um ausreichende BAFöG-Sätze zu verhindern und den Kampf der baden-württembergischen Studenten gegen die Einführung der Ersatzgelder in eine Sackgasse zu führen, anstatt diesen Kampf zu nutzen als eine gute Voraussetzung, um die BAFöG-Frage durch die einheitliche Aktion aller Studenten in diesem Semester zur Entscheidung zu bringen. Beschlossen wurde eine „landesweite Demonstration", die nicht in Stuttgart stattfinden soll, sondern auf Antrag der Jusos in Tübingen, „weil sowieso nicht viele Studenten kommen würden". Und ein Streik an allen Hochschulen gegen die Ersatzgelder soll verbereitet werden, „wenn dies der politischen Bewegung entspricht".

Anfang dieser Woche wurden die beiden ehemaligen Juso-Vorsitzenden Voigt und Roth als Frischlinge im Deutschen Bundestag vorgestellt.

Ihre Laufbahn mag ähnlich begonnen haben wie die von Hartung, Knickrehm und Ickert im derzeitigen VDS-Bundesvorstand.

Diese wissen jedenfalls, wofür **sie** kämpfen. Bewähren sie sich in der Kunst der Täuschung, Abstumpfung und Niederhaltung der Studentenbewegung, so wird der eine in den Bundestag kommen, der andere wird es für einen Urlaub auf der Krim machen, während der Sozialistische-Basisgruppen-Mann auf einen Lehrstuhl spekulieren mag.

Anders ist es nicht. Zukunftsschicksale ehrenwerter Spießer stehen auf dem Spiele. Da dürfen keine Kämpfe ausbrechen.

Diese morschen Galgenstricke, Fesseln vergangener Kämpfe, kennen die Studenten schlecht.

Der Widerstand gegen die Medizinausbildungsreform gewinnt an Stärke

Der Beginn des „Praktischen Jahres" für die Medizinstudenten verläuft anders, als ihn sich die herrschende Klasse vorgestellt hat. Die Organisierung des Kampfes unter den Medizinstudenten gegen diese reaktionäre Reform schreitet voran. Die Erfahrungen mit der Einführung des Praktischen Jahres bestärkt die Medizinstudenten, entschlossen für die Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen nach Tarif- und Ausbildungsvertrag zu kämpfen.

Ein Beispiel von vielen: Einem Studenten der Medizinischen Hochschule Hannover ist das BAFöG von 259 DM auf 149 DM zusammengestrichen worden. Weil er in den Semesterferien arbeiten muß, wollte er eine Woche Urlaub opfern und das Praktische Jahr 7 Tage später beginnen. In der Klinik ist er angefahren worden: „Was denken Sie sich, eine Woche lang werden Sie eingeführt, und dann sind Sie auf Station fest eingeplant." Der Dienstherr beabsichtigt die rechtlosen und seiner Willkür vollständig unterworfenen Studenten des Praktischen Jahres an den Kliniken einzusetzen gegen den Zusammenschluß der Beschäftigten, um sich die Durchsetzung von Lohndrückerei, Rationalisierungsmaßnahmen und die Unterdrückung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten an den Kliniken zu erreichen. Deshalb unterstützen die Lohnabhängigen an den Kliniken und ihre gewerkschaftlichen Organe die Forderungen der Medizinstudenten. Ganz anders dagegen die Reformisten und DKP-Studenten unter den Medizinstudenten. Sie sehen ihre Seifenblase der Zusammenarbeit mit den Professoren und dem bürgerlichen Staatsapparat zerplatzen und versuchen mit allen Mitteln, die Organisierung des Kampfes zu verhindern. Die Konferenz der Fachschaftsvertretungen Medizin, in der sie noch die Mehrheit haben, beabsichtigen sie erst für Dezember einzuberufen, um Beschlüsse aller Fachschaftsvertretungen für die Durchführung einer Urabstimmung noch in diesem Semester für Streik zur Durchsetzung der Forderungen zu verhindern.

Hannover. Unter den etwa 100 Studenten im 11. Semester, für die jetzt das Praktische Jahr beginnt, werden Unterschriften gesammelt für eine Resolution, die die Forderungen bekräftigt und die zu ihrer Durchsetzung eine Urabstimmung vom 18. bis 22. Oktober für Streik vorschlägt.

Westberlin. Die Medizinstudenten haben am Klinikum Steglitz und am Urban-Krankenhaus mit großem Erfolg eine Aktionswoche durchgeführt. Agitationsstände wurden verboten wegen „Schaffung von Unruhe unter den Kollegen". Eine Krankenschwester forderte die Praktikanten auf, in die ÖTV einzutreten. Die Jugendgruppe der ÖTV schloß sich an und wird das auf der nächsten Vertrauensleutesitzung vorbringen. Ein Transparent mit den Forderungen wurde aufgehängt und blieb hängen. Die ärztlichen Direktoren wurden in den Aktionen mit ihren Verboten isoliert, und bei der von ihnen einberufenen Eröffnungsveranstaltung wurde diskutiert, wie man gegen sie und die Bedingungen des Praktischen Jahres kämpft.

Klammheimlich hat der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag am 18. und 19. Juni 1976 in Hamburg eine drastische Verschärfung der Prüfungsordnung für Medizinstudenten beschlossen. Erst jetzt wurde folgendes bekannt (Deutsches Ärzteblatt, 32/76):

„Vordringlich und auf dem Verordnungswege ... erreichbar ist zunächst die Erfüllung folgender Forderungen", erklären die Professoren und fordern u.a. „Anerkennung des Bestehens jedes Prüfungsabschnittes nur bei zutreffender Beantwortung von mindestens 50 % der Fragen in jedem Stoffgebiet. Fortfall der schriftlichen Prüfung am Ende des dritten klinischen Studienabschnittes unter Einbeziehung des entsprechenden Prüfungsstoffes in die schriftliche Prüfung des zweiten Abschnittes der ärztlichen Prüfung. Gleichzeitig inhaltliche und zeitliche Erweiterung der mündlichen Prüfung nach § 33 AOÄ."

Mit der Verordnung des dritten Prüfungsteils beabsichtigt das Professorengesindel eine Klarstellung: Der „sogenannte dritte Abschnitt des Medizinstudiums", das Praktische Jahr, hat mit Ausbildung nichts zu tun. Die Unterdrückung durch die Prüfungen an den Hochschulen soll verschärft werden, die Ausbeutung der Arbeitskraft der Medizinstudenten im Praktischen Jahr an den Kliniken soll von jeder Belastung durch Ausbildung befreit werden.

Zu einem Artikel von Vizeadmiral Luther (Inspekteur der Marine)

Imperialistische Flottenpolitik der BRD

In der Augustnummer von „Informationen für die Truppe“ war unter anderem ein Artikel von Vizeadmiral Luther zu lesen mit der Überschrift: „Sicherung der Seewege ist für die Bundesrepublik eine Lebensfrage“. Mit dieser Aussage kann er sich auf Bundespräsident Scheel stützen, von dem folgendes Zitat stammt: „Wir sind kein Binnenland. Die politische Sicherung der Seeverkehrswege ist entscheidend für unser auf die Weltwirtschaft angewiesenes Land. Die militärische Sicherung der atlantischen Zugänge nach Europa ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Lebensfrage.“ (S. 17)

Daraus, daß die Bundesrepublik mittels Waren- und Kapitalexport Arbeitskräfte und Rohstoffe fremder Völker und Länder ausbeutet, folgern die Imperialistengehirne Scheels und Luthers, daß diese Ausbeutung natürlich auch politisch und militärisch gesichert werden muß. Weil aber z.B. die Rohstoffvorkommen im südlichen Afrika von den westdeutschen Imperialisten hier „benötigt“ werden, müssen auch die Transport-, d.h. vor allem die Seewege, politisch und militärisch gesichert werden. Wie diese politische und militärische Sicherung aussieht, dazu später.

Der Vizeadmiral spricht von der „geordneten Nutzung der See als Reservoir und Handelsweg“ als „einer Voraussetzung“ der imperialistischen Ausbeutung. Konsequenterweise dehnt er deshalb die „Aufgabe der Sicherheitspolitik vom Schutz der „territorialen Integrität“ auf den Begriff der „wirtschaftlichen Stabilität“ aus: „Der Schutz der maritimen Interessen ist folglich eine wesentliche Komponente der gesamten Sicherheitspolitik, die auf die Erhaltung des Friedens und der staatlichen Substanz gerichtet ist; wobei letztere territoriale Integrität ebenso beinhaltet wie wirtschaftliche Stabilität.“ (S. 18)

Unter „territorialer Integrität“ verstehen die Imperialisten, daß sie ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse im eigenen Land gegen konkurrierende imperialistische Bourgeoisien behaupten. Unter „wirtschaftlicher Stabilität“ verstehen sie die ungehinderte Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land und Höchstprofite durch die Beherrschung möglichst großer Teile der Welt zum Zweck der Ausspressung fremder Völker.

Und so wie streikende Arbeiter die wirtschaftliche Stabilität eines Kapitalisten, nämlich ihre Ausbeutung und seine Profite gefährden, so gefährden auch die Völker der Dritten Welt die „wirtschaftliche Stabilität“ imperialistischer Staaten, wenn sie über ihre eigenen Rohstoffe „plötzlich“ selber verfügen wollen und der Ausplünderung durch die Imperialisten ein Ende setzen.

Klargestellt hat der Vizeadmiral bisher, daß die Kriegsflotte zur Sicherung der „wirtschaftlichen Interessen“ da ist, oder auf deutsch gesagt zur Sicherung der Interessen der Wirtschaft, d.h. der Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse.

Daraus ergibt sich das Verhältnis von Militär und Politik (die ja nur der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomie ist). Mit einem Zitat des Bundesverteidigungsministers (S. 23/24) wird festgestellt: „Deutlicher als andere Machtmittel eines Staates sind Seestreitkräfte der Außenpolitik zugeordnet.“

Was ist also die Politik des westdeutschen Imperialismus? Wenn der Bundesverteidigungsminister auf Seite 24 weiter zitiert wird, daß „die Meere eines der Felder sind, auf denen über das Machtgleichgewicht entschieden wird“, so meint er damit, daß die BRD bei dieser „Entscheidung“ einen möglichst großen Happen abbekommen soll und eine entsprechende Flottenpolitik betreiben muß.

Oder wie der Genosse Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3/75, Seite 162, schreibt: „Es ist ganz klar, daß der BRD-Imperialismus eine expansive und aggressive Politik betreibt und sich keineswegs mit dem Status einer zweitrangigen imperialistischen Macht abgefunden hat. Das wär' auch noch viel schöner, wenn die zweite Welthandelsmacht und die dritte Industriemacht der imperialistischen Welt von sich aus auf hegemoniale Bestrebungen verzichten würde. Das tut sie nicht.“

Welche Bedeutung die Flotte für dieses Expansionsstreben hat, macht Kapitänleutnant Walle deutlich. In einem anderen Artikel in „Informationen für die Truppe“ beruft er sich auf „das Wort des Großadmirals Raeder, daß die Skala der Weltmächte nach der Reihenfolge ihrer Flotten bestimmt sei“ (S. 92).

Deutlicher kann man es nicht sagen, daß die Stärke einer imperialistischen Macht mit wesentlich von der Stärke ihrer Flotte abhängt. Kein Wunder, daß z.B. nach dem Farbwechsel in der Sowjetunion die neu entstandene sozialimperialistische Macht größten Wert auf den Auf- und Ausbau ihrer Flotte legte. Kein Wunder, daß auch deshalb die westdeutschen Imperialisten peinlichst besorgt sind um den Ausbau ihrer Flotte. In diesem Rahmen muß man auch sehen, wenn im September das bisher „größte Seemanöver der NATO“ (Süddeutsche Zeitung, 11./12.9.76) stattfand. Mit 80000 Marinesoldaten an Bord von 200 Schiffen, 30 U-Booten und 300 Flugzeugen.

Bisher betreibt die BRD ihre imperialistische Flottenpolitik im Rahmen des NATO-Bündnisses. Auf den Seiten 35 und 36 werden deshalb **grob** die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche der NATO-Staaten in der Flottenpolitik angegeben:

„Die USA ... verstärken ihre Aktivitäten im Indischen Ozean.“ „England konzentriert ... seine Kräfte auf die Gewässer des Nord- und Ostatlantiks.“ „Frankreich ... ist bestrebt, die durch den britischen Rückzug aus dem Mittelmeer entstehende Lücke mit starken Seestreitkräften auszufüllen.“

Mit Hinweis darauf, daß selbst die kleineren NATO-Partner „ein Modernisierungsprogramm ihrer Hochsee-Streitkräfte eingeleitet haben“, kommt er dann auf die Aufgabe der Marine und ihr Operationsgebiet zu sprechen. „Das Operationsgebiet der Marine umfaßt daher die Ostsee, die Ostseezugänge und die Nordsee.“ (S. 37)

Wenn diese Angaben auch sicher unvollständig und ungenau sind, so wird doch deutlich, wie planmäßig die Imperialisten auch mittels ihrer Flottenpolitik die Weltherrschaft anstreben.

Daß der BRD-Imperialismus vorläufig innerhalb bzw. im Rahmen des NATO-Bündnisses, also gemeinsam mit anderen imperialistischen Mächten, seine Ansprüche geltend macht, ändert nichts an seinen hegemonialen Bestrebungen.

Luther sieht „die traditionelle Freiheit der Meere“ bedroht

Auf Seite 24 sieht Luther die „traditionelle Freiheit der Meere“ bedroht. Was damit gemeint ist, sagt der Vizeadmiral ziemlich klar. Nämlich, „daß nationale Interessen wirtschaftlicher wie verteidigungspolitischer Art – von kriegerischen Auseinandersetzungen abgesehen – bisher relativ konfliktfrei verfolgt werden konnten.“ (S. 24)

Was diese „nationalen Interessen“ für ihn sind, wird deutlich, wenn gleich im Anschluß an die 3. Seerechtskonferenz kritisiert wird, daß „sie stark durch nationale Egoismen bestimmt“ sei. (S. 24)

„Uralte Bedürfnisse der Menschheit“ sollen herhalten, um das „Prinzip der Freiheit der Meere“ zu erklären.

Streift man den Schleier dieses Gefasels ab, so bleibt nichts übrig als nackte imperialistische Interessen: Ausplünderung der Schätze (Rohstoffe, Fischreichtum usw.) des Meeres und Beherrschung der Weltmeere durch die eigene Kriegsflotte.

Völlig erschreckt berichtet der Vizeadmiral weiter über die 3. Seerechtskonferenz. Seit 1608 waren die Hoheitsgewässer der Küstenstaaten auf 3 Seemeilen beschränkt.

Aber „nur 26 Nationen tendieren zur Beibehaltung der jetzigen 3 Seemeilen-Regelung“. Das werden die imperialistischen Staaten samt ihrer Lakaien sein. „Von den 117 Küstenstaaten der Erde beanspruchen bereits

- 20 Nationen4–12 Seemeilen
- 54 Nationen 12 Seemeilen und
- 17 Nationen mehr als 12 Seemeilen“. (S. 26)

Auch die Einrichtung von Wirtschaftszonen der Küstenstaaten, die 200 Seemeilen vor die Küste reichen sollen, ist ihm ein Dorn im Auge. Gut sieht man am Beispiel Islands, warum und wie die Imperialisten sich gegen die Einrichtung einer Wirtschaftszone über 200 Seemeilen wehren.

Islands Wirtschaft gründet sich zum größten Teil auf die Fischerei. Um diese Fischerei zu schützen, erhebt auch Island die Forderung nach Einrichtung von Wirtschaftszonen über 200 Seemeilen. Denn mittlerweile versuchen imperialistische Staaten wie England und die BRD, ausgerüstet mit modernen technischen Geräten, die Fischreichtümer des isländischen Volkes auszuplündern. Dabei schrecken die Imperialisten auch nicht vor direkter Behinderung der isländischen Fischer zurück. Setzen sich die isländischen Fischer aber dagegen zur Wehr, fangen die Imperialisten ein großes Geschrei an.

Eine deutliche Sprache spricht Vizeadmiral Luther auch, wenn er sagt: „Von jeder Ausweitung der nationalen Hoheitsrechte sind naturgemäß in erster Linie die Kriegsschiffe betroffen; jede Einschränkung der Bewegungsfreiheit der NATO-Seestreitkräfte aber – sei es durch Meerengen oder Wirtschaftszonen – muß die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses schwächen.“ (S. 26/27)

Die Militaristenseele spricht aus ihm. Es ist halt so, wie es im Wahlaufruf des KBW zu den Bundestagswahlen beschrieben wird: „Wo Ausbeutung betrieben wird, muß der staatliche Gewaltapparat auf die Expansion nach außen vorbereitet werden.“

Doch die Völker der Welt verfolgen gerechte Ziele, wenn sie sich gegen die Ausplünderung und gegen die militärische Bedrohung durch die Imperialisten zur Wehr setzen. Diese gerechten Ziele finden immer mehr Unterstützung bei den Volksmassen der imperialistischen Staaten. Mit Recht sieht deshalb der Vizeadmiral „die traditionelle Freiheit der Meere“ bedroht

– (Panzerschütze xy, 4. Panzeraufklärungsbataillon 12, Wildflecken/Red.)

(Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus „Informationen für die Truppe“, August 76)

Soldaten unterstützen Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Folgende Erklärung wurde der KVZ von Soldaten zugesandt.

„Wir sind fünf Soldaten der Alsberg-Kaserne in Rennerod. Wir haben von der Spendensammlung erfahren, die der KBW seit Juni hier in Westdeutschland durchführt. Diese Sammlung soll dem Volk von Zimbabwe helfen, sich von Kolonialismus, Imperialismus und Fremdherrschaft zu befreien. Von dem Geld sollen LKWs für den Befreiungskampf gekauft werden.

Vor über hundert Jahren ist der britische Imperialismus unter Führung von C. Rhodes (deshalb auch „Rhodesien“) in das Land eingedrungen, unter dem Vorwand, es zu „zivilisieren“. Es war aber tatsächlich nichts anderes als die Unterwerfung der Nation, Auspressung der Bodenschätze und Arbeitskraft, Zerstörung der nationalen Kultur und die blutige Unterdrückung des Volkes, was dabei herauskam. Heute herrschen 274000 weiße Siedler über 5900000 Afrikaner. Diese Herrschaft gründet sich auf dem Blut der Söhne des Volkes von Zimbabwe. Der Befreiungskampf des Volkes existiert schon solange, solange der Kolonialismus im Lande ist. Er hatte Wendungen und Schwierigkeiten. So ist z.B. nicht nur Großbritannien, sondern auch die USA und die BRD an der Unterdrückung und Auspressung des Volkes von Zimbabwe beteiligt.

Die ZANU, die den Befreiungskampf organisiert, kämpft für die vollständige Befreiung Zimbabwes. Diesen Kampf halten wir für gerecht und unterstützen ihn nach besten Kräften. Wir sind Soldaten der Bundeswehr und bekommen zwischen 160 und 210 DM im Monat. Aber weil wir die Sache für richtig halten, spenden wir und sammeln auch in der Kaserne. Nach drei Wochen waren in der Spendenkasse schon 100 DM.

Unser Ziel ist:

– die Sammlung weiterzutreiben bis zu einem erwähnenswerten Betrag;

– uns Klarheit über die Lage in Zimbabwe zu verschaffen, um somit der Hetze gegen die afrikanischen Völker und das Volk von Zimbabwe entgegenzutreten;

– somit dazu beizutragen, daß die Einsicht wächst, daß der Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen Kolonialismus, Imperialismus und somit Krieg gerecht ist und unterstützt werden muß.“

Goslar:

Die Militärseite der KVZ wurde häufiger gelesen

Goslar. In KVZ Nr. 34/1976 wurde im Faksimile ein Aushang der Bundeswehr veröffentlicht, der die Soldaten von den „Aktivitäten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ hatte fernhalten sollen. Das Verschwinden des Schreibens aus der 5. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 5 (Goslar) und seine Veröffentlichung in der KVZ hat das Gegenteil bewirkt. Es gab unter den Mannschaften angeregte Diskussionen über Charakter und Funktion der Bundeswehr sowie über die Ziele der Kommunisten und den Zusammenschluß von Soldaten in Soldaten- und Reservistenkomitees (SRKs). Die Militärseite der KVZ wurde häufiger gelesen als vorher.

Bei der Bundeswehrführung hat es einige Unruhe gegeben. Gleich schickte sie zwei Leute vom MAD, die einen „verdächtigen“ Soldaten zwei Stunden lang verhörten. Weiterhin sollte Anzeige erstattet werden, da der Vorfall an Geheimnisverrat grenze.

Einige Tage darauf wurde die Militärseite aus der KVZ Nr. 34 von der Kompanieführung am schwarzen Brett ausgehängt. Das war gut. Denn tatsächlich hatten noch nicht alle Soldaten diese KVZ gelesen. Sie konnten dies nun nachholen. Daneben hing ein Schreiben des Kompaniechefs. Die Warnung vor den Kommunisten sei berechtigt; hätten sie doch gerade dieses Schreiben „entwendet“ und veröffentlicht. Er wies auf die Paragrafen 7 (Pflicht, der BRD „treu zu dienen“) und 14 (Verschwiegenheit des Soldaten) des Soldatengesetzes hin. Insbesondere der Paragraf 14 ist Ausdruck der Trennung der Soldaten vom Volk, das ganze Schreiben des Kompaniechefs ist Ausdruck der Angst der Kompanieführung vor der Verbindung der Rekruten mit dem Volk.

Die Reaktion der Soldaten auf den Aushang war eindeutig. Die meisten freuten sich darüber, daß das Schreiben überhaupt veröffentlicht wurde. Andere sagten: „Was die Kommunisten da schreiben, ist doch völlig richtig!“

(Hier ist der in KVZ Nr. 34 nebenstehende Artikel eines Kameraden aus Lauda-Königshofen gemeint.)

Ein Reinfall war auch die Idee des Leutnants, in der „Truppeninformation“ das Auftreten „linker“ Gruppen in der Bundeswehr zu behandeln. Gleich zu Anfang fragte ein Kamerad, ob man sich denn frei äußern könne, ohne befürchten zu müssen, daß einige Äußerungen beim MAD landeten. Dies wies der Leutnant weit von sich. Er wurde aber ruhiger, als der Kamerad berichtete, daß er selbst bei einem Verhör durch den MAD nach Äußerungen seiner Kameraden bei Truppeninformationen, Diskussionen usw. gefragt worden war. Dies löste große Empörung bei den anwesenden Rekruten aus. Dann kam der Leutnant zur Sache. Nach halbstündigem Gesäusel über die DKP und die DDR kam er auf den KBW zu sprechen. Er las lange vor aus „Originalschriften des KBW“ (ohne Quellenangabe) über die Militärfrage. Im Anschluß meldete sich ein Kamerad zu Wort, der vor seiner Einberufung Jugendvertreter in einem Großbetrieb gewesen war. Er habe in Betrieb und Gewerkschaft mit Kommunisten zu tun gehabt, so sagte er, und in den Auseinandersetzungen um das neue Jugendarbeitsschutzgesetz hätten diese immer richtige Positionen vertreten. Daraufhin war der Unterricht beendet und der Leutnant verschwand schleunigst. –

In den drei Monaten Grundausbildung haben die Kameraden der 5. Kompanie einen Schritt vorwärts getan. Sie haben sich anläßlich der Auseinandersetzungen um die Politik der Kommunisten und des Zusammenschlusses von Soldaten in Soldaten- und Reservistenkomitees Gedanken gemacht über den Charakter und die Funktion der Bundeswehr. Das Verhalten von MAD und Kompanieführung hat gut mitgewirkt.

Dies ist ein erster Schritt, der genutzt werden muß für den weiteren Zusammenschluß der Soldaten für ihre Rechte. – (Ein Soldat der 5./LwAusbRgt 5, Goslar)

Reaktion der Offiziere auf die Wahlsendung der Gruppe Rote Fahne:

„Wir betrachten diese Organisation nicht mehr als Gegner“

Hammelburg. An einem Freitagvormittag rückte unsere Kompanie zum „Sicherheitsunterricht“ in den Unterrichtsraum ein. Das Thema, über welches der Sicherheitsoffizier des Bataillons sprach, lautete: „Zersetzung und deren Abwehr.“

Der Herr Sicherheitsoffizier schien gut informiert, denn er kannte sich aus in der Politik und Programmatik der einzelnen Organisationen, die sich in und um die Bundeswehr politisch betätigen.

Er zeichnete uns ein klares Bild davon, wen die Generalität als Freund und wen als Feind betrachtet:

NPD-Angehörige erfreuen sich beim Bund besten Rufes. Die Faschisten können es dort zum Major oder Oberstleutnant bringen, auch wenn ihnen formal ihr Sicherheitsstellungsnachweis entzogen wird.

DKP und Anhang kann mit ihrer Kriegsdienstverweigerungslinie keinen Schaden anrichten.

Lediglich die Gruppierungen der sogenannten „Neuen Linken“ bedürfen genauerer Betrachtung. Nachdem der Herr Offizier einige Organisationen wie KABD, KB-Nord und GIM kurz als unbedeutend abgehandelt hatte, kam er endlich zum Kern seines Unterrichts. Zwei Organisationen standen noch an der Tafel, der KBW und die „KPD“ (Gruppe Rote Fahne).

Seine weiteren Ausführungen waren ungefähr die:

„Von einer relativ gefährlichen Zersetzungstätigkeit kann man eigentlich nur noch beim KBW sprechen, er und seine wehrpflichtigen Mitglieder handeln streng nach den programmatischen „Leitsätzen zur Militärfrage“. Die sogenannte „KPD“ könnte wir heute nicht mehr als potentielle Gegner der Bundeswehr betrachten. Schon seit einiger Zeit vertritt diese Organisation die Politik, daß die Bundeswehr gar noch zu schwach sei und fordert ihre Mitglieder auf, die Bundeswehr zu stärken, um dem gefährlichsten Gegner Deutschlands, dem russischen Sozialimperialismus, die Stirn bieten zu können. In ihrem Wahlspot zu den Bundestagswahlen im Fernsehen hat sie diese Politik noch betont. Berechtigterweise könnte jetzt jemand einwenden, daß doch für diese Organisation die bisherige Regelung, Linksradikale nicht als Zeit- oder Berufssoldaten in die Bundeswehr zu nehmen, aufgehoben werden müßte. Zwei Gründe sprechen jedoch dagegen: Zum einen weiß man bei solcherart Gruppen nie, ob sie nicht schon morgen einen Schwenk um 180 Grad machen. Und zum anderen können wir **noch** nicht sehen, ob die KPD weitergehend dazu bereit ist, sich auf den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stellen. Äußerungen in dieser Richtung sind uns nicht bekannt.“

Man sieht, der Herr Offizier hat als würdiger Vertreter seiner Klasse den freundschaftlichen Zaunpfahlwink der Gruppe Rote Fahne wohl verstanden. Den offenherzigen Freundschaftsbund wagt er noch nicht, denn selbst der vollkommenen Bourgeoisie sind die Herren Semler und Horlemann noch zu unzuverlässig.

Verstünde der Sicherheitsoffizier etwas von Marxismus-Leninismus, so hätte er wohl die Sorge ob der Verbundenheit der Gruppe Rote Fahne mit der kapitalistischen Verfassung schon länger in den Wind geblasen.

Wir sagen diesem Offizier, er solle sich nicht grämen, die Gruppe Rote Fahne wird ihn sicher bald von seiner Ungewißheit befreien. – (Jäger A., Hammelburg)

Über 300000 spanische Arbeiter traten am 27. September in den Generalstreik in Gedenken der Hinrichtung von fünf spanischen Revolutionären durch das Franco-Regime vor einem Jahr. Demonstrationen fanden im Baskenland, in Madrid und weiteren Städten statt. In den fünf baskischen Provinzen wurden die Fabriken, Schulen, Geschäfte, Banken und öffentlichen Verkehrsmittel vollständig bestreikt.

In heftigen Streikkämpfen in direkter Auseinandersetzung mit der Polizei kämpft die spanische Arbeiterklasse für politische und gewerkschaftliche Rechte, gegen die politische Reaktion und gegen die Tendenz der absoluten Verelendung. Auf den Kanarischen Inseln traten am selben Tag 68000 Arbeiter in den Streik aus Protest gegen die Ermordung eines Jugendlichen durch die Polizei, die ihn mit einem „gemeinen Verbrecher verwechselt" hatte.

Gegen die Ermordung eines 21-jährigen Studenten durch die Polizei auf einer Demonstration in Madrid am 24.9. streikten in Madrid 100000 Arbeiter unter dem Aufruf der illegalen Comisiones Obreras. Allein in der Metallindustrie streikten 50 % der Arbeiter. (Nach: Hsinhua, 30.9.76)

Die Postarbeiter in Spanien traten am 25.9. in den Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. In 50 Provinzen streikten 50000 Postarbeiter. Es war der dritte und größte Streik der Postarbeiter in diesem Jahr. Die Regierung verhaftete Führer des Streiks und versuchte, mit bestochenen „Freiwilligen" die Post zu befördern, was scheiterte. Nach einer Woche Streik wurde er am Donnerstag, dem 30.9., für beendet erklärt durch einen 16 : 2-Beschluß des Vorstandes der Postgewerkschaft. „Die Regierung soll zugesagt haben, den größten Teil der Forderungen zu erfüllen." (Neue Zürcher Zeitung, 1.10.76) Am Montag meldete die „Neue Zürcher Zeitung", daß sich die Briefträger in Spanien nach wie vor im Streik befinden.

Die Fluglotsen sind ebenso in den Bummelstreik getreten. Die Arbeitslosenquote beträgt in Spanien inzwischen 5,3 %, die Inflation wird in diesem Jahr 20 % betragen. Die Auslandsschulden Spaniens, vor allem gegenüber der USA, stiegen von 1973 3,6 Milliarden Dollar auf 8,7 Milliarden Dollar Mitte 1976. (Nach: Ifo-Schnelldienst, 26/76)

Einen Kredit in Höhe von 3,9 Milliarden Dollar hat die britische Regierung beim Internationalen Währungsfonds beantragt. Mit diesem Geldern sollen die Beträge zurückgezahlt werden, die die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und andere imperialistische Länder der britischen Regierung zur Stützung des Pfundkurses zur Verfügung gestellt hatten. In der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten nutzen die anderen imperialistischen Staaten, vor allem der US-Imperialismus und der BRD-Imperialismus, ihren Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse gegenüber dem britischen Imperialismus für ihre Expansion auf dem britischen Markt. Über den Kredit werden der britischen Regierung jetzt die Bedingungen für die verstärkte Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes diktiert:

– Erhöhung der Mehrwertsteuern sowie der Verbrauchersteuer,
– Streichung der Subventionen für Lebensmittel und andere Staatsausgaben.

Die Imperialisten legen ihre Beuteanteile schon fest: „Karl Otto Pöhl, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, zeigte sich in Manila hinsichtlich Englands betont optimistisch. Er verwies auf das Nordseeöl des Landes (das freilich erst in Jahren fließen wird) und sagte einen baldigen Ausgleich der britischen Zahlungsbilanz voraus." (Süddeutsche Zeitung, 4.10)

„Auch weiter gute Chancen" für westdeutsche Direktinvestitionen in Großbritannien, gibt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einer Untersuchung bekannt. Der Verfall des Pfundes hemme den Handel zwar, „trotzdem verlagerten deutsche Unternehmen zunehmend ihre Fertigung nach Großbritannien".

Bis 1975 hatte das britische Monopolkapital noch doppelt soviel in der BRD investiert wie die BRD-Kapitalisten in Großbritannien. Den Niedergang des britischen Imperialismus nutzen die BRD-Kapialisten jetzt zur Umkehr dieses Verhältnisses, sie wollen verstärkt das britische Proletariat direkt ausbeuten. „Die deutsche Auslandshandelskammer in London wertet die jüngsten Regierungsmaßnahmen als aussichtsreichen Beginn für eine stärkere monetäre und volkswirtschaftliche Disziplin." Alle diese Maßnahmen liefen auf die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft und damit die Erhöhung des Profits hinaus. Die wichtigste Maßnahme war der „Sozialvertrag" mit den Gewerkschaften, in dem die reformistische Führung der Gewerkschaften unter der sozialchauvinistischen Ideologie des „gemeinsamen Weges aus der Krise" einen Verzicht auf Lohnerhöhungen in den nächsten Jahren festgelegt hatte. Die Seeleute in Großbritannien hatten in ihrem Beschluß zum Streik für höhere Löhne diesen Sozialvertrag schon gebrochen. (Blick durch die Wirtschaft, 4.10.76)

Acht japanische Fischkutter hat die sozialimperialistische Sowjetunion seit der Landung der MIG-25 in Japan auf offenem Meer gekapert. Gleichzeitig zu dieser Aggression hat sie Japan aufgefordert, „guten Willen, Realismus und Aufrichtigkeit" in der „MIG-Affäre" zu zeigen.

Erfolg im Kampf der polnischen Arbeiterklasse

Sieben Arbeiter der Landwirtschaftsmaschinenfabrik Ursus bei Warschau sind am Montag, dem 27.9., aus dem Gefängnis entlassen worden. Sie waren zu Gefängnisstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt worden, weil sie an führender Stelle im Juni gegen die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise durch die Regierung gekämpft hatten. Auf Grund der immer größer werdenden Abhängigkeit gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus, der seinen Tribut fordert, hatte die revisionistische polnische Regierung versucht, die Nahrungsmittelpreise drastisch zu erhöhen. Diesen Angriff hatte das polnische Proletariat zurückgeschlagen.

Die Arbeiter der Traktorenfabrik Ursus hatten den Direktor, als er die Arbeiter beschimpfte: „Ihr Schafe – an die Arbeit!", angegriffen und schwer verletzt. Der dortige Parteisekretär der revisionistischen „Arbeiterpartei" hatte vor den Arbeitern Angst und sich in seinem Büro eingeschlossen. Die Arbeiter hatten sich in der Fabrik versammelt, um die revisionistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei zur Rechenschaft zu ziehen und die Rücknahme der Preiserhöhungen verlangt. Der Parteisekretär war aus seinem Büro herausgezerrt worden, auf einer Tür zu den wütenden Arbeitern getragen worden und in der Auseinandersetzung getötet worden.

Insgesamt waren nach den Kämpfen 20 Arbeiter zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 16 Jahren verurteilt worden (siehe KVZ Nr. 29/76).

Die Freilassung der Ursus-Arbeiter ist eine erneute Niederlage der polnischen Bourgeoisie und zeigt die wachsende Kampfkraft der Arbeiterklasse und des Volkes.

Ein „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter", die aufgrund der Demonstration verurteilt waren, ist inzwischen gegründet worden. Im Aufruf heißt es: „Wo immer im Lande Unterdrückte sind, ist es die Pflicht der Gesellschaft, sich mit dem Ziel der Verteidigung zu organisieren."

Die folgende Korrespondenz aus Polen zeigt noch einmal die Gründe für den Kampf der polnischen Arbeiterklasse gegen die Preiserhöhungen und die revisionistische Regierung auf.

Preiserhöhungen: Angriff auf das Lebensniveau des Volkes

Die Werktätigen in Polen geben einen sehr hohen Prozentsatz ihrer Einnahmen für Nahrungsmittel aus. Zum Beispiel betrugen die Durchschnittsausgaben 1974 für Ernährung (ohne Alkoholika und Tabak) 41,6 Prozent; bei den niedrigsten Einkommensgruppen erreichen diese Ausgaben 85 Prozent des Gesamteinkommens.

Die Relationen zwischen Nahrungs- und anderen Gütern sind weit gespannt. So kostet zum Beispiel eine automatische Waschmaschine zweieinhalb Monatsdurchschnittslöhne, während für Lebensmittel in Polen „nur" die doppelte Zeit gearbeitet werden muß wie beispielsweise in der BRD.

Ministerpräsident Jaroszewicz sagte in seiner Rede vor dem Parlament: „Der zivilisatorische und wirtschaftliche Fortschritt, das Anwachsen des gesellschaftlichen Wohlstands zeigt sich eben in der Vergrößerung beim Einkauf des Anteils der langlebigen Konsumindustriegüter, Kulturgüter und verschiedenen Dienstleistungen. Die jetzigen Relationen zwischen Lebensmittelpreisen und Konsumgütern begünstigen leider nicht in genügendem Maße solche Änderungen in der Konsumstruktur." – Diese Änderung in der „Konsumstruktur" hat jedoch nur für die neue Bourgeoisie stattgefunden.

Jaroszewicz gab in seiner Rede vor dem Parlament zu, daß seit 1970 eine ungeheure Nachfrage nach Lebensmitteln stattfand. Das bedeutet nicht, daß das Volk in diesem Planjahrfünft plötzlich soviel Geld hatte, daß von allem nur Luxussorten gekauft wurden, sondern daß bis in die siebziger Jahre hinein Teile der Bevölkerung sich solche elementaren Lebensmittel wie Butter oder Fleisch nicht im genügenden Maße leisten konnten. Die in den letzten Jahren erkämpften Löhne waren groß genug, um eine gesündere Ernährungsweise zu ermöglichen.

Deutlich sank der Verbrauch an Getreide von 131 kg (1970) auf 120 kg (1975) pro Einwohner und Kartoffeln von 190 kg auf 173 kg zugunsten von Fleischkonsum (53 – 70,2 kg) und Fisch (6,3 – 7,3 kg). Gleichfalls hob sich der Butterverbrauch um 18 Prozent, Zucker 10 Prozent, Eier 11 Prozent und Tee 50 Prozent. (BRD-Vergleich (1974): Getreide 67 kg, Kartoffeln 92 kg, Fleisch 79 kg, Fisch 4,0 kg).

Die Preiserhöhungen sollten diesen Erfolg rückgängig machen und das Lebensniveau des Volkes insgesamt drücken. Als Beweis dafür mag gelten, daß nicht nur die besten Fleisch- und Wurstsorten erhöht werden sollten, sondern auch die schlechteren sowie Speck und Schmalz um 50 Prozent, was bedeutet hätte, daß ein Arbeiter in einer unteren Lohngruppe für ein Kilogramm Speck oder Schmalz drei Stunden arbeiten müßte. Die durchschnittliche Fleischpreiserhöhung sollte 69 Prozent betragen. Die Entschädigung für Niedrigstverdiener sollte dagegen nur 20 Prozent betragen.

Andererseits kommen Gruppen, die 70 bis 85 Prozent des Einkommens schon bisher für Lebensmittel ausgeben mußten, nach einer Preiserhöhung als Nachfrager für langlebige Güter erst recht nicht in Frage. Deshalb wurde der Phrase von Jaroszewicz, man wollte mit Preiserhöhungen die „Konsumstruktur" verändern, eine klare Absage erteilt.

Das Postulat „Volle finanzielle Entschädigung der Folgen der Preisveränderungen für die Stadt- und Landbevölkerung" kommt einer Verhöhnung des Volkes gleich, wenn man folgende Tabellen vergleicht:

Preiserhöhungen (ungefähre Werte)

Fleisch, Fisch	69 %
Geflügel	30 %
Butter, Käse (in kleinerem Maße Margarine, Pflanzenfette)	50 %
Zucker	100 %
Mehl, Erbsen, Bohnen, Reis, Gemüsekonserven	30 %

Entschädigung (in Zloty):

Löhne/ Altersversorgung	Lohnzuschlag	Zuschlg. zur Altersversorgung
1201–1300	240	280
1301–1400	260	300
1401–1500	280	320
1501–1800	300	340
1801–2000	330	370
2001–2300	350	390
2301–2500	380	420
2501–2800	400	430
2801–3000	420	440
3001-3500	440	460
3501–4000	460	480
4001–5000	480	500
5001–6000	500	520
6001–7000	530	540
7001–8000	560	560
8001 u. mehr	600	600

Lohndurchschnitt: 3001–4000

Quelle: Trybuna Ludu vom 26.6.76

Aus der Art der Preis- als auch Zuschlagsregelung kann man folgern, daß die polnischen Revisionisten mit dem vorgestellten Projekt folgendes zum Ziel hatten:

1. Liquidierung der Lohnerhöhungen der letzten fünf Jahre. – Seit 1970 stiegen die Löhne nominal 58,6 Prozent, real 40,9 Prozent. Geplant war dagegen eine reale Lohnerhöhung von 18 bis 20 Prozent. Die jetzigen 39 Prozent Preiserhöhungen für Lebensmittel sollten eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten um 16 Prozent bewirken. Da die hier verwendeten Angaben offiziell sind und daher nicht voll informativen Charakter haben, darf man annehmen, daß zumindest die überplanmäßigen Lohnerhöhungen von 20 Prozent durch die Preiserhöhung voll rückgängig gemacht würden. (Die Zuschläge können angesichts ihrer Höhe ganz vernachlässigt werden.) – Dieser Teil der Lohnerhöhungen war aber nicht geschenkt, sondern begründet durch a) hohe Steigerungen der Arbeitsproduktivität der polnischen Arbeiterklasse, b) geleistete Überstunden, die seit 1970 ständig zunehmen. Einen zusätzlichen Teil des Lohnes bilden individuell gestaffelte materielle Anreize, mit denen die Betriebsdirektionen dem einzelnen zusätzliche Leistung abgewinnen. – Zur Erklärung des letzteren muß gesagt werden, daß es in Polen neben einer generellen (administrativen) Lohnerhöhung die Möglichkeit gibt, aus einem sogenannten Betriebsfonds Zuschläge zu zahlen: Prämien für Plan(über)erfüllung, keine Krankmeldungen u.ä., einmalige Entlohnung, z.B. besonders gute Arbeit, volle Maschinenauslastung, Exportqualität der hergestellten Produkte usw.

Von dieser zweiten Möglichkeit wurde im vergangenen Fünfjahresplan besonders viel Gebrauch gemacht, und so kamen hauptsächlich die überplanmäßige 20 Prozent zustande. Durch den Inflationssprung liquidiert, entlarvte sich ihr wirklicher Charakter: Sie sind ein Lockmittel für zusätzliche Schweißauspressung, und natürlich wird in diesem Fünfjahresplan das Spiel von neuem beginnen. Der Hauptgewinner ist die neue Bourgeoisie und ihre Diener. Denn nicht genug, daß sie für die von Arbeitern erbrachte Leistung Prämien einsteckte, so waren diese auch noch am höchsten für Leitungskader (bis 150 Prozent des Grundverdienstes). Die Herrschenden können also bei Lebensmittelpreiserhöhungen ihre Haut auf doppelte Art retten. Erstens berührt sie bei sehr hohen Gehaltssteigerungen in den letzten fünf Jahren die jetzige 16-prozentige Geldentwertung kaum. Zweitens geben sie für Lebensmittel nur einen kleinen Teil ihres Gehalts aus – sie haben ja schon die „richtige Konsumstruktur".

2. Verstärkung des Exports von Nahrungsmitteln auf Grund der Abhängigkeit von den Sozialimperialisten. Die Sozialimperialisten in der Sowjetunion hatten Polen gezwungen, große Mengen von Fleisch und Fleischprodukten an die Sowjetunion zu liefern, was die bereits bestehende Fleischknappheit weiter verschärfte. Gleichzeitig hatte die Sowjetunion die Getreidelieferungen an Polen 1975 um 46 Prozent gegenüber 1974 gesenkt entgegen den Vereinbarungen, so daß Polen mit Devisen und zu hohen Preisen das Getreide auf westlichen Märkten kaufen mußte. Ende 1975 hatte Polen 6,4 Milliarden Dollar Schulden bei den westlichen Imperialisten.

Durch die erhöhten Preise würde der Verbrauch in Polen selber eingeschränkt werden, und die Lieferungen an die Sowjetunion könnten erhöht werden. – (wg, Gdansk, Polen)

Kriegsvorbereitungen an der Nordflanke Europas

Die USA wollen sich jetzt auf der Insel Spitzbergen, die zu Norwegen gehört, einnisten. Eine Forschergruppe wird auf die Insel vorgeschickt. „Die Osloer Zeitung ‚Dagbladet' verweist darauf, das US-Außenministerium habe eingeräumt, daß mit der Entsendung der Forschergruppe nur ein erster Schritt hin zu einer stärkeren Präsenz getan werde." (Frankfurter Rundschau, 30.9.) Auf der Insel gibt es bereits eine sowjetische Niederlassung. Nach dem Vertrag von Sevres aus dem Jahr 1920 haben alle 40 Unterzeichnerstaaten das Recht, „wirtschaftliche Ziele" auf Spitzbergen zu verfolgen. Seitdem die Sowjetunion die Farbe gewechselt hat und zur sozialimperialistischen Macht geworden ist, versucht sie ständig, die Souveränität Norwegens auf Spitzbergen anzugreifen, so durch den Aufbau einer eigenen Verwaltung.

Sowohl Spitzbergen als auch die Barents-See haben für das westliche imperialistische Lager und die sozialimperialistische Sowjetunion eine große Bedeutung in strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Ein Blick auf die Karte zeigt das.

Von Spitzbergen, Norwegen und der norwegischen Bäreninsel aus kann die Fahrtroute der sowjetischen Marineeinheiten von der Halbinsel Kola leicht beobachtet und kontrolliert werden. Im Hafen Murmansk und den umliegenden Häfen liegen zwei Drittel der sowjetischen Atom-U-Boote. Große Teile der Kriegsflotte sind hier konzentriert. Murmansk ist das ganze Jahr eisfrei, und es eignet sich auch besser als die leicht abriegelbaren Ostseehäfen als Ausgangsbasis für einen Angriff auf Westeuropa. Die Sozialimperialisten haben darüberhinaus großes Interesse an den Bodenschätzen, die unter dem Festlandsockel zwischen Nordnorwegen und Spitzbergen und auf der Insel selbst liegen. Große Ölvorkommen werden hier angenommen. Auch die Fischgründe locken sie.

Die norwegische Regierung will die 200-Meilen-Zone durchsetzen, weil wie in Island durch die Raubfischerei die Fischbestände vernichtet werden und überdies Bodenschätze vorhanden sind. Die 200-Meilen-Zone um Norwegen und Spitzbergen würde den Zufahrtsweg der sowjetischen Nordmeerflotte und den Raub der Bodenschätze unter dem Meeresboden gefährden. „Moskau hat daher durchblicken lassen, daß es die norwegischen Ansprüche nicht anerkennen will." (Frankfurter Rundschau, 30.9.) Dabei bleibt die sozialimperialistische Supermacht nicht stehen.

Die sowjetischen Raketentests und das Vordringen der USA auf Spitzbergen sind Teil der Vorbereitung des Krieges um Europa, wie sie an der Nordflanke stattfindet. Das Manöver „Teamwork '76" (siehe letzte KVZ) gehört auch dazu. In einer Stellungnahme von John Nichelet, Vertreter der Norwegischen Kommunistischen Arbeiterpartei (Marxisten-Leninisten), zu den Raketentests heißt es:

In knapp einem Jahr, erklärte er, führte die Sowjetunion in drei Runden Raketentests durch in der Barents-See. Und diese fanden gerade



in dem Gebiet statt, das zu der vorgesehenen norwegischen 200-Meilen-Fischereizone gehört, und gerade zu der Zeit, als Verhandlungen zwischen den beiden Ländern über eine Grenze stattfanden. Dies übte auf Norwegen Druck aus, es stellte eine Drohung gegenüber dem norwegischen Volk dar, das rechtmäßig fischt und Schiffahrt betreibt in der Barents-See, erklärte er.

John Nichelet führte aus, daß der sowjetische Sozialimperialismus in seiner Gier, die norwegischen Seegebiete zu besetzen, nicht nur auf die Plünderung der reichen Fischgründe und der Mineralien auf dem Meeresboden in der Barents-See abzielt, sondern auch darauf, die Kontrolle zu gewinnen über das Nordmeer, um eine Zufahrt zum Nordatlantik für die sowjetische Nordmeerflotte zu sichern für das Ringen mit der anderen Supermacht. (Nach Hsinhua)

Die chinesischen Volksmassen verwandeln ihre Trauer in Kraft

„Die Revolution anpacken, die Produktion fördern!"

Arbeiter der Fushun Kohlenbergwerke, in der Provinz Liaoning im Nordosten Chinas, die der große Führer Vorsitzender Mao einst besuchte, ehren mit tiefen proletarischen Gefühlen das Gedenken des Vorsitzenden Mao, indem sie die Revolution anpacken und die Produktion fördern.

Kader und Arbeiter der Kohlebergwerke gelobten, Trauer in Stärke zu verwandeln, nachdem sie die „Botschaft an die Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes", die Gedenkrede von Ministerpräsident Hua Kuo Feng auf der Trauerkundgebung für den großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao, und den Leitartikel der „Volkszeitung", der Zeitschrift „Rote Fahne" und der Tageszeitung der Volksbefreiungsarmee mit dem Titel „Vorsitzender Mao wird für immer in unserem Herzen leben" studiert haben. Sie haben gelobt, immer bessere Arbeit in der sozialistischen Revolution und im sozialistischen Aufbau zu leisten. Die Kader und Arbeiter lesen erneut die Werke des Vorsitzenden Mao, nehmen umschichtig an theoretischen Studienkursen teil, die von mehr als 15000 jeden Abend besucht werden. Etwa 3000 junge Bergarbeiter vom westlichen Tagebau-Bergwerk sind in 234 Studiengruppen aufgeteilt. Die 300 Arbeiter einer Förderschicht des Bergwerks, die in den letzten zehn Jahren unermüdlich Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Vorsitzendem Mao Tsetung studiert haben, haben beschlossen, erneut die „Ausgewählten Werke von Mao Tsetung" zu studieren. Alle Grubenarbeiter der Bergwerke haben kürzlich Versammlungen abgehalten, um die Kritik der konterrevolutionären revisionistischen Linie Deng Hsiao-pings zu vertiefen, was eine kraftvolle Entwicklung von Revolution und Produktion bewirkt hat.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Bergarbeiter wurden in den zehn Tagen vom 9. September bis zum 18. September 70000 zusätzliche Tonnen Rohkohle gefördert.

Fushun ist eines der wichtigsten Kohlezentren Chinas. Vorsitzender Mao kümmerte sich außerordentlich um die Kohlebergwerke. Nach der Gründung des neuen China hatten über 8000 Arbeiter das Glück, Vorsitzenden Mao zu begegnen, der am 13. Februar 1958 eine Inspektionsrundreise machte und die Arbeiter außerordentlich anspornte. Wang Hung-tsai, ein alter Bergarbeiter, der dem Vorsitzenden Mao fünfmal begegnet ist, sagte unter Tränen: „In der dunklen, alten Gesellschaft führten wir Bergwerksarbeiter in Fushun ein menschenunwürdiges Leben. Es war Vorsitzender Mao, der uns gerettet hat. Wenn all die Kohle in Tinte verwandelt würde, so würde dies dennoch nicht für uns ausreichen, über seine Güte und Fürsorge zu schreiben. Wir sind entschlossen, die Sache der proletarischen Revolution, der der Vorsitzende Mao den Weg gebahnt hat, bis zum Ende zu führen."

In den letzten zehn Tagen blieben die Bergarbeiter fest auf ihren Posten, und viele meldeten sich freiwillig, um zusätzliche Arbeit zu verrichten. Die Arbeiter der Stollenbaugruppe Nr. 4103 des Kohlebergwerks Shengli, die das Planziel dieses Jahres für den Stollenbau bereits erfüllt haben, erhöhten ihre neuen Planziele um 35 Prozent. (Hsinhua, 27.9.76)



Arbeiter des Shanghaier Eisen- und Stahlwerkes Nr. 1 packen die Revolution an und fördern die Produktion. (Bild: Hsinhua)

Traktorenfabrik: Vorzeitiger Produktionsbeginn

Zu Ehren des Gedenkens an den großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao Tsetung haben die Massen der nordchinesische Provinz Hsiyang, einem im Rahmen der chinesischen Landwirtschaft fortgeschrittenen Bezirk, ihre Entschlossenheit bekundet, die Weisung des Vorsitzenden Mao auszuführen, „an der festgelegten Linie festhalten", die Kritik an Deng Hsiao-ping vertiefen, die landwirtschaftliche Produktion steigern und im Aufbau des Bezirks nach dem Vorbild Dadschais voranschreiten.

Industriearbeiter, die ihre Produktionsziele für die ersten 8 Monate dieses Jahres bereits vor dem geplanten Termin erfüllt hatten, haben viele neue Produktionsrekorde aufgestellt. Arbeiter der Nitrogen-Düngerfabrik Tachai haben die Produktion von Amoniumnitraten zwischen dem 9. und 18. September erheblich gesteigert. In der Traktorenfabrik Hsiyang, die gerade gebaut wird, haben die Arbeiter rund um die Uhr gearbeitet, um die Ausrüstung zu installieren, so daß die Fabrik vor dem geplanten Termin die Produktion aufnehmen wird. Die Massen ländlicher Kader und Kommunemitglieder verwandeln ihre tiefe Trauer in Kraft und haben geschworen, eine weitere gute Ernte in diesem Jahr einzubringen. Sie haben in einer guten Zeit die Aussaat des Winterweizens beendet und ernten nun Kartoffeln und Bohnen. (...)

Die verschiedenen Kommunen und Provinzproduktionsbrigaden haben Pläne für Wasserregulierung und andere Verbesserungsprojekte für das Ackerland bestellt, um sie im bevorstehenden Winter und Frühjahr durchzuführen. Zur Zeit ist bereits ein Heer von 20000 Arbeitern an mehr als 300 Projekten tätig. Einige Bauteams haben ihr Bauziel für September 10 Tage früher erreicht. (Hsinhua, 24.9.)



Hirten in der Inneren Mongolei studieren die „Botschaft an die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes." (Bild: Hsinhua)

Die Volkskommunemitglieder erreichen eine gute Ernte

Im Verlauf des ersten Halbjahres 1976 waren die Provinzen und Kreise im Norden und Nordosten Chinas, das autonome Gebiet der Inneren Mongolei und andere Regionen durch eine große Trockenperiode bedroht. Besonders die Provinz Hopei und die Umgebung von Peking sind schwer betroffen, sie kennen dies seit 5 aufeinanderfolgenden Jahren (seit dem zweiten Halbjahr 1971). Vom Januar bis Juni dieses Jahres herrschte die Trockenheit in der Provinz Hopei und in der Umgebung von Peking, wo viele der kleinen Flüsse trocken waren und wo die Brunnen einen niedrigen Wasserspiegel hatten. Gegen diese Naturwidrigkeiten haben die breiten Massen der Mitglieder der Volkskommunen mit großer Kühnheit den Kampf aufgenommen, einen Kampf, der im vergangenen Herbst während der Aussaat begonnen hat und der im Juli dieses Jahres abgeschlossen werden konnte, nachdem es ausreichend geregnet hatte.

Einerseits haben die Kader und Mitglieder der Kommunen die Bewässerungsanlagen genutzt, die für die Bewässerung der Felder bereits existierten, andererseits haben sie mit Tragejochen Wasser herantransportiert, um die Felder, wo die Bewässerungsbedingungen schlecht waren, zu begießen. Und sie haben neue Bewässerungsanlagen errichtet. Als die kleinen Flüsse und die Teiche trocken waren, vertieften sie sie. Außerdem haben sie das Wasser kleiner Brunnen gesammelt, um die Felder zu bewässern. Während der ersten 6 Monate dieses Jahres wurden in der Provinz Hopei und in Peking nahezu 60000 neue Brunnen mit elektrischen Pumpen in Betrieb genommen, wodurch die Mitglieder der Volkskommune die bewässerte Oberfläche auf 200000 ha ausdehnten und ein mal die Bewässerungsbedingungen auf einer großen Fläche der bereits bewässerten Felder verbesserten.

In Hengchouei, das 11 Kreise umfaßt und das eines der trockensten Regionen des Landes ist, hat die Mehrheit der Volkskommunemitglieder nach der Regel 3 x 8 mit elektrischen Pumpen die Felder bewässert. Außerdem transportierten mehr als 300000 Volkskommunemitglieder Wasser auf die Felder mit Tragejochen, mit Eimern, Krügen und Handkarren. „Sehr schwer ist die Trockenheit, fester ist unsere Entschlossenheit, sie zu besiegen." Sie haben das normale Wachstum der Kulturen sichergestellt, durch diesen Kampfgeist beflügelt.

Im Verlauf des Kampfes gegen die Trockenheit sind die Volkskommunen und die Produktionsbrigaden, die am oberen Ende der Bewässerungskanäle liegen, wirtschaftlicher mit dem Wasser zugunsten der Kommunen, die am Unterlauf liegen, von dem Augenblick an umgegangen, wo die Kulturen dringend Wasser brauchten. Sie haben selber das Wasser von kleinen Weihern genutzt. Die Volkskommunen und die Produktionsbrigaden, die den Vorteil guter Bewässerungsbedingungen hatten, überließen Wasser an diejenigen mit weniger guten Verhältnissen. Das ist ein gutes Beispiel für die sozialistische Kooperation.

Auf der Grundlage des hohen Niveaus des sozialistischen Bewußtseins hat dieser Geist gegenseitiger Hilfe, entschlossener Arbeit und Kampfentschlossenheit der chinesischen Bauern eine mächtige Kraft gebildet im Kampf gegen die Naturwidrigkeiten. In diesem Sommer hat die Getreideproduktion in der Provinz Hopei und dem Kreis Peking – Weizen ist die Hauptkultur – alle Rekorde geschlagen: sie macht das 3- bis 3,7-fache dessen von 1965 aus, dem Jahr, das der Kulturrevolution vorherging, und übersteigt die Gesamtproduktion in diesen beiden Regionen im Jahre 1949. – (Hsinhua, 1.10./Alle Übersetzungen durch Red.)

Große Siege der Werftarbeiter gegen den Revisionismus

(...) Der große Führer Vorsitzender Mao besuchte die 111 Jahre alte Werft am 10. Januar 1956. Er schüttelte den Werftarbeitern die Hände und unterhielt sich mit ihnen. Während des Großen Sprungs nach vorn im Jahr 1958 produzierten die Werftarbeiter drei Schiffe der 5000-Tonnen-Klasse, ermutigt durch die liebevolle Fürsorge des Vorsitzenden Mao, geführt durch seine revolutionäre Linie. Die Belegschaft plante und produzierte Chinas ersten Frachter der 10000-Tonnen-Klasse, „Tungfeng" (Ostwind); er wurde 1960 vom Stapel gelassen. Aber der Renegat, Schurke und versteckte Verräter Liu Schao-tschi erklärte, daß „ein Schiff zu kaufen besser ist als eines zu bauen, und eines zu chartern ist sogar noch besser", was von seiner konterrevolutionären, revisionistischen Linie herrührte. Liu Schao-tschi und seine Konsorten taten ihr Äußerstes, um die Installierung der in China hergestellten 10000-PS-Dieselmaschine auf der Tungfeng zu verhindern. Und so blieb dieses Schiff für eine lange Zeit auf dem Whangpoo-Fluß im Dock. Vor dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde der Shanghaier Chiangnan-Werft verboten, irgendeinen weiteren Frachter der 10000-Tonnen-Klasse zu bauen.

Die Große Proletarische Kulturrevolution, eingeleitet und geführt vom Vorsitzenden Mao Tsetung, zerschlug die Sabotage Liu Schao-tschis an der Schiffbauindustrie Chinas. Daraufhin machte die Industrie große Fortschritte im Bau von Schiffen der 10000-Tonnen-Klasse. Aber Lin Biao und Deng Hsiao-ping, diese Rädelsführer der Bourgeoisie in der Partei, traten zunehmend hervor, um die Lehre vom Kriechen auf einem Schlangenpfad und der sklavischen Kompradorenbourgeoisie zu verbreiten. Sie wollten nicht gestatten, daß Schiffe im Vertrauen auf die eigene Kraft gebaut werden sowie daß diejenigen, die schon gebaut waren, auf lange Fahrten gehen. Die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius und der Kampf zur Kritik Deng Hsiao-pings und zur Abwehr des Windes von rechts, der auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielt, beide vom Vorsitzenden Mao eingeleitet und geführt, zerschmetterte ihre bösartigen Intrigen. Dies stärkte den revolutionären Geist der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Werftarbeiter und spornte die Entwicklung der Industrie an. Die Schiffsbau-Tonnage der Chiangnan-Werft war 1975 fünfmal so hoch wie 1965, dem Jahr, das der Großen Proletarischen Kulturrevolution vorausging, und 540 mal so hoch wie 1950, dem ersten Jahr nach der Befreiung. Acht der Schiffe der 10000-Tonnen-Klasse fahren jetzt auf internationalen Routen. Arbeiter und Kader der Chiangnan-Werft erklären: „Die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ist der Lebensnerv unserer Partei und unseres Staates. Solange wir die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao durchführen, wird die Revolution vorwärtsschreiten. Wenn wir von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao abweichen, wird die Revolution Rückschläge erleiden und scheitern." Um der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao zu folgen, studieren die Arbeiter, die Belegschaft, mit großer Sorgfalt die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und die Werke des Vorsitzenden Mao. In den wenigen vergangenen Tagen haben viele von ihnen mit dem Studium der ‚Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' begonnen, entschlossen, die vier Bände nochmals ganz zu lesen."

Das Komitee des Kommunistischen Jugendverbandes der Werft beschloß, daß alle Mitglieder des Komitees die „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" ein bis zwei Stunden am Tag studieren sollen. Sechs junge Arbeiterinnen der Elektrizitätswerkstatt lehnten es ab, schlafen zu gehen, nachdem sie die ganze Nacht hindurch gearbeitet hatten. Sie schlossen sich zusammen, um erneut „Über den Widerspruch" zu studieren, und diskutierten die These, daß die Bourgeoisie „mitten in der Kommunistischen Partei" sitzt. Die Parteiorganisation einer anderen Werkstatt berief eine Versammlung genau einen Tag, nachdem der Vorsitzende Mao gestorben war, ein, um Deng Hsiao-ping zu kritisieren. Auf der Versammlung drückten alle Mitglieder ihre Entschlossenheit aus, den Weisungen des Vorsitzenden Mao zu folgen, und führten eine scharfe Kritik am parteifeindlichen, antimarxistischen Artikel „Über das allgemeine Programm", der aus Instruktionen Deng Hsiao-pings zusammengekocht war.

In den Tagen der Trauer über den Tod des Vorsitzenden Mao studierten die Arbeiter, die Belegschaft der Werft erneut viele wichtige Direktiven des Vorsitzenden Mao über die Schiffsbauindustrie und gelobten, die Arbeit zu beschleunigen und die Zeit wieder wettzumachen, die durch die Sabotage der konterrevolutionären revisionistischen Linie von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping verlorengegangen war. Während der letzten vierzehn Tage haben es Arbeiter vieler Werkstätten abgelehnt, nach der Arbeit nach Haus zu gehen, sondern blieben erst recht in der Fabrik und setzten die Arbeit fort. Einige von ihnen haben die Tagesleistung verdoppelt oder noch mehr, ihre tiefe Trauer über den Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung in die Steigerung der Produktion verwandelt. Die Arbeiter der Arbeitsgruppe, die Sirenen auf den Schiffen „Changching" und „Changshun" installiert, zwei Schiffen der 10000-Tonnen-Klasse, arbeiteten Tag und Nacht in einer gewaltigen Anstrengung, um viele Schwierigkeiten zu überwinden, und beendeten die Arbeit am 18. September anstatt am Ende des Monats, wie es geplant war. Ihr Erfolg machte es möglich, daß die beiden Schiffe ihre Sirenen am 18. September um drei Uhr nachmittags ertönen lassen konnten. Dies zeigt die grenzenlose Liebe der Werftarbeiter für den Vorsitzenden Mao Tsetung und ihre tiefe Trauer über seinen Tod. (Hsinhua, 25.9.)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Der erste der vier Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU ist am vergangenen Samstag verladen worden und jetzt unterwegs nach Zimbabwe. Am 2. und 3. Oktober haben Bezirksorganisationen des KBW in vielen Städten Westdeutschlands Solidaritätsfeste zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. In Düsseldorf kamen bei dem Fest 1418 DM zusammen, in Hannover über 1400 DM. In Braunschweig spendeten 250 Teilnehmer über 3400 DM und vier Fotoapparate, nachdem in den Tagen vorher schon zwei Kameras und zehn Uhren gespendet wurden.

Clausthal. Erfolgreiches Solidaritätsfest gemeinsam mit der Initiative Jugendzentrum gegen die Verbote der Staatsmacht durchgeführt. Das ZANU-Solidaritätsfest der Stadtzelle Clausthal des KBW und der Initiative Jugendzentrum mußte gegen die Stadtverwaltung und ihre Handlanger, die Jusos, durchgesetzt werden. So verweigerte die Stadt die Benutzung einer Turnhalle und des Sportplatzes. Als ein Flugblatt dies enthüllte und angriff, ließ die Stadt in der Zeitung eine öffentliche Bekanntmachung abdrucken, das Fest sei verboten. Die Jusos wollten verhindern, daß das Fest gemeinsam von der Jugendinitiative und dem KBW getragen wurde; als dies nicht gelang, traten sie aus dem Vorstand der Jugendinitiative aus. Schließlich haben sie über die von ihnen beherrschte Schülervertretung des Gymnasiums genau zum Termin des ZANU-Solidaritätsfestes ein eigenes Fußballturnier angekündigt. Aber all das hat nichts genutzt: Das Solidaritätsfest fand statt auf dem Sportplatz. Der Unterschied zwischen Freunden und Feinden der ZANU-Solidarität war vielen Jugendlichen klar geworden. Die Unterstützung der ZANU wurde dadurch noch stärker. Ein anderer Grund für den Erfolg liegt darin, daß viele Jugendliche aktiv das Fest vorbereitet und organisiert haben. Möglich war die breite Beteiligung deshalb, weil die Kämpfe der Völker des südlichen Afrika eine ganz wesentliche Unterstützung für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und damit auch der Jugendlichen gegen den Imperialismus bedeuten. Das Fest erbrachte 486,52 DM. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, daß das Solidaritätsfest hauptsächlich von Jugendlichen besucht wurde. – (ha., Clausthal/Red)

Aachen. Die Zelle Aachen-Nord hat in den letzten Wochen in verschiedenen Straßen Agitationsfeldzüge zur Unterstützung des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Mehrere Säcke Kleider und Schuhe kamen bislang zusammen. Eine Frau hat eine Schreibmaschine gespendet. Ein Arbeiter hat erklärt, daß er an der geplanten Blutspendeaktion für die ZANU teilnehmen wird. (Nach Bezirksbeilage Aachen)

Orthopädische Klinik Heidelberg. Durch die Betriebszeitung der KBW-Zelle in der Orthopädie wurde die Diskussion um die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe eingeleitet. Etliche Zimbabwe-Broschüren, Zeitungen des Arika-Komitees und KVZ wurden verkauft. Eine Sammlung vor dem Betrieb ergab 64 DM. Im Betrieb ruft die Zelle jetzt dazu auf, einen Stundenlohn für die ZANU zu spenden.

trieb ruft die Zelle jetzt dazu auf, einen Stundenlohn für die ZANU zu spenden.

Osnabrück. Bei Polizeiangriff auf ZANU-Basar erbeutete Polizeimütze erbrachte 500 DM für die ZANU. Am letzten Samstag führte der KBW-Bezirksverband Osnabrück in der Innenstadt ein ZANU-Straßenfest durch. Die Jugendgruppe der Gewerkschaft HBV, die schon für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt hatte, hat sich daran beteiligt. 360 DM für die ZANU kamen zusammen. Am Abend auf der Abschlußkundgebung des KBW zu den Bundestagswahlen wurde eine Polizeimütze versteigert, die bei einem Polizeiüberfall auf einen ZANU-Basar am 11.9. in Osnabrück erbeutet wurde (vgl. KVZ Nr. 38). Die Versteigerung erbrachte 500 DM für die ZANU.

Schleswig. Wir haben in Schleswig einen Solidaritätsbasar zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durchgeführt. Der Erlös dieses Basars war 87 DM. Zusammen mit den schon früher gesammelten Spenden in Schleswig sind das 95,92 DM. Der Basar wurde vorbereitet vom KVZ-Lesekreis in Schleswig. – (g.e., Schleswig)

Westberlin. Der Westberliner Bezirksverband hatte sich zum Ziel gesetzt, den Betrag für einen LKW für die ZANU zu sammeln, nämlich 60000 DM. Inzwischen sind es 60700,10 DM gesammelt. Damit ist das gesteckte Ziel erreicht.

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim Kto.Nr. 106 83 26

Kleider- und Gerätespenden für die ZANU:

an das Büro der KBW-Bezirksorganisation Bremen/Unterweser
Gröperlinger Heerstr. 261
2800 Bremen
Tel. 0421 / 61 61 604

Die Völker Indochinas schreiten voran

Kampuchea: „Unsere Armee verteidigt und produziert“

Der Regen fällt jetzt auf das ganze Land, auf die Ebenen und auf die Gebirge, auf die Inseln und auf die Grenzgebiete.

Die Kämpfer, Kämpferinnen und Kader der Revolutionären Armee haben die Hacken beiseitegelegt, die sie für den Bau der neuen Bewässerungsanlagen brauchten, und ergreifen jetzt die Pflüge und Eggen für die Teilnahme an der Reiskampagne. Die Aufgabe der Revolutionären Armee bleibt immer die Verteidigung des Landes, die Verteidigung des Volkes und der revolutionären Macht, die Verteidigung der Grenzen, der nationalen Unabhängigkeit und territorialen Integrität.

Aber nach dem Beispiel der Landsleute und Genossenschaftsbauern im ganzen Land hat die Revolutionäre Armee genauso die Aufgabe, das Land aufzubauen. Gegenwärtig konzentrieren die Genossenschaftsbauern alle Kräfte auf die Reiskampagne. Die Kämpfer, Kämpferinnen und Kader führen auch die Offensive in der Reiskampagne.

Im Verlauf der letzten Trockenperiode handelte die Revolutionäre Armee nach der Devise: „In der einen Hand das Gewehr und in der anderen die Hacke, und die Offensive beim Bau der Bewässerungsanlagen führen.“

Die Kämpfer, Kämpferinnen und Kader haben schon große Gebiete mit neuen Deich- und Kanalsystemen ausgebaut, die sie sofort den Genossenschaften zur Verfügung gestellt haben, oder sie haben die Bauarbeiten für die neuen Deich- und Kanalsysteme zusammen mit dem Volk begonnen. Weiter haben sie eigene Reisfelder angelegt für den eigenen Bedarf und um den Anforderungen der Organisation und des Volkes nachzukommen.

Alle Einheiten der Revolutionären Armee können sich von nun an im wesentlichen selbst versorgen.

Die Regenzeit hat begonnen. Die Kämpfer, Kämpferinnen und Kader der Revolutionären Armee, das Gewehr in der einen Hand und den Pflug oder die Egge in der anderen, sind immer wachsam bei ihrer revolutionären Wacht. Einerseits machen sie die Arbeiten und die Aussaat mit dem Volk und für das Volk, auf der anderen Seite arbeiten sie auf ihren eigenen Reisfeldern.

Mit der gleichen Kraft, mit der sie den Feind besiegen konnte, führt die Revolutionäre Armee entschlossen den Kampf in der gegenwärtigen Reiskampagne mit dem Ziel, einen Ernteüberschuß zu erzielen, der es erlaubt, die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern, den eigenen Bedarf zu befriedigen und die Organisation zu stärken, um das demokratische Kampuchea zu schützen und mit großen Schritten aufzubauen. (Aus: Nouvelles du Kampuchea Démocratique, Juni 76, Übersetzung von der Red.)

1 Jahr Demokratisches Kampuchea

hrsg. von der Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Berlin (DDR)

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Preis: DM 2,00

Laos: Vientiane – ein Jahr nach der Befreiung

Am 23. August 1975 erhoben sich die Volksmassen der laotischen Provinz Vientiane, stürzten das alte Marionettenregime und errichteten die Volksmacht. Damit war der letzte Stützpunkt der US-Imperialisten und ihrer Lakaien gefallen, die vollständige Befreiung von Laos war damit vollzogen.

Im Laufe des einen Jahres hat die Revolution die Provinz Vientiane grundlegend umgestaltet: Die Organe der Volksmacht unternahmen entschlossene Maßnahmen, um die Konterrevolutionäre zu unterdrücken und die Reaktionäre aus der Verwaltung zu entfernen. Sie lösten alle reaktionären Organisationen auf und schafften alle alten Regeln und Gesetze ab, die das Volk entrechtet hatten. Im November 1975 haben die Volksmassen in der ganzen Provinz Wahlen zu den Organen der Volksmacht durchgeführt.

Die Organe der Volksmacht von Vientiane konfiszierten den Landbesitz der geflohenen Reaktionäre und verteilten das Land an die armen Bauern. Das ganze Volk wurde mobilisiert, um die durch den US-Imperialismus zerstörte Produktion wieder aufzubauen und zu entwickeln. Bis zum Juni dieses Jahres nahmen 72 von 84 Industrie- und Handwerksbetrieben ihre Produktion unter staatlicher oder gemischter staatlich-privater Leitung wieder auf. Die revolutionären Machtorgane setzten die Preise für die wichtigsten Konsumgüter fest, unterbanden den illegalen Handel, die Spekulation und das Horten von Waren. 530 Familien kleiner Händler nahmen freiwillig an der landwirtschaftlichen Produktion teil.

In der Landwirtschaft wurde eine Massenbewegung zur Steigerung der Produktion eingeleitet, um die Selbstversorgung der Provinz mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Das ist bereits für Gemüse verwirklicht. Im ersten Halbjahr 1976 wurden mehrere tausend Hektar Land urbar gemacht. Die kleinen und mittleren Bauern haben sich in Hunderten von Gruppen der gegenseitigen Hilfe und von landwirtschaftlichen Kooperativen niederen Typs zusammengeschlossen.

In der Kultur und Erziehung liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung der allgemeinen Schulbildung und der Ausrottung des Analphabetentums. Ein Jahr nach der Befreiung meldeten mehrere hundert Dörfer der Provinz, daß das Analphabetentum beseitigt war. In den Schulen wird nach und nach die laotische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt. Neue Schulbücher werden bearbeitet, die die bisherigen französischen Schulbücher, Ausdruck der einstigen Unterdrückung durch den französischen Imperialismus, ersetzen sollen.

In dieser Zeit wurde auch die dekadente Kultur des US-Imperialismus im wesentlichen beseitigt. Revolutionäre Literatur und Lieder werden publiziert. Revolutionäre Künstler schlossen sich in der Provinz und in der Stadt zusammen, um die revolutionäre Kunst zu vertreten.

Auf medizinischem Gebiet hat sich die Zahl der Ärzte und Krankenschwestern ebenso wie die Zahl der Krankenhäuser und Kliniken mehr als verdoppelt. Medizinische Kader wurden aufs Land geschickt und leiteten eine Massenbewegung ein für die Hygiene und für die Durchführung von vorbeugenden Maßnahmen. Massenimpfungen wurden durchgeführt.

Zur Verteidigung der revolutionären Volksmacht wurden Miliz- und Guerillaeinheiten und die Armee ausgebildet. Das Volk und seine Streitkräfte erhöhten die Wachsamkeit, nahmen Dutzende von US-Spionen gefangen und spürten reaktionäre Organisationen auf, die sich in der Provinz verborgen hielten. – (m.t., Hamburg/Red., nach der laotischen Nachrichtenagentur KPL vom 24.8.76)

Vietnam: „Das neue Gesicht von Vung Tau“

Vung Tau, Badeort im Süden Vietnams 123 km südöstlich von Saigon, war von den Amerikanern und ihren Marionetten in eine Stadt der Ausschweifung verwandelt worden, eine Stadt, die sich begnügte, zu verzehren, ohne etwas zu produzieren. Hundert Hotels, davon einige Luxushotels wie Palace, Rex…, die Villen der Generäle der Marionettenarmee und der hohen Tiere des Staates zogen sich an der Küste entlang. Man zählte außerdem bis zu 142 Pagoden.

Direkt neben den achtstöckigen Luxushotels drängten sich die Elendshütten, die meisten einstöckig und gedeckt mit Wellblech oder Asbestzement. Die 180000 Einwohner waren gezwungen, dem Luxusleben einer korrupten Oberschicht zu dienen. Man zählte deshalb bis zu 20000 Prostituierte.

Sieben Monate nach der Befreiung hat sich Vung Tau schon ziemlich verändert. 85000 Menschen haben die Stadt verlassen, um in ihr Heimatdorf zurückzugehen oder in die neuen Wirtschaftsgebiete. Fast 40 Staatsläden liefern Lebensmittel, Kurzwaren, pharmazeutische Produkte und Brennstoffe, und Läden der Genossenschaften befriedigen die wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung.

Fischfang und Handwerk werden gefördert. Die Industrie für Krabbenkonserven ist im Wiederaufbau und wird vergrößert für den Exportbedarf. Die Nationale Salzfabrik, kürzlich gegründet, hat mit der Produktion begonnen. 900 Boote, die 45 Fischergenossenschaften gehören, entladen durchschnittlich 50 Tonnen Fisch täglich an den Kais des Hauptfischereihafens von Vung Tau. Das genügt für die Versorgung der Stadt und der benachbarten Provinzen.

Die Organe der neuen revolutionären Macht widmen der Erziehung große Aufmerksamkeit. Deshalb besuchen 20000 Schüler 40 allgemeinbildende Schulen. Die Alphabetisierungskampagne erreichte ihren Höhepunkt mit der Eröffnung von 94 Abendkursen, die eine allgemeine Schulbildung liefern. Die den Strand von Vung Tau benutzen, sind heute nicht mehr die feinen Leute aus Saigon oder anderswoher, sondern Arbeiter, Funktionäre und Soldaten, die sich nach ihrer Arbeit erholen wollen.“ (Übersetzung aus: Courier du Vietnam 44/76)

Brasilien: Im Würgegriff des US- und BRD-Imperialismus

Brasilien: Im Würgegriff des US- und BRD-Imperialismus

Für den 4./5. November haben die Spitzenverbände der westdeutschen Kapitalisten nach Stuttgart geladen zur 2. Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftsbegegnung. Als Schirmherr wirkt der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger. Der BRD-Imperialismus ist neben dem US-Imperialismus führend bei der imperialistischen Plünderung des Reichtums Brasiliens – der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiterklasse und der Ausplünderung der Volksmassen, des Raubs der reichlich vorhandenen Bodenschätze aller Art, des Raubs der Agrarprodukte und der direkten Aneignung der riesigen, noch weitgehend unerschlossenen Landflächen.

1974 haben die Imperialisten nach Brasilien Waren im Werte von fast 13 Milliarden Dollar exportiert, davon die BRD allein im Werte von 1,5 Milliarden Dollar, eine Verdoppelung gegenüber 1973. Exportiert wurden vor allem Maschinen, Stahlerzeugnisse, Elektro- und chemische Erzeugnisse. Der BRD-Imperialismus ist für Brasilien zum zweitgrößten Handels„partner“ geworden. Dagegen haben die Exporte Brasiliens im selben Jahr gerade 8,5 Milliarden Dollar betragen, davon in die USA für 1,3 Milliarden Dollar, in die Staaten der EG für 2,2 Milliarden Dollar und allein in die BRD für 0,55 Milliarden. Exportiert wurde Rohzucker, Kaffee, Soja und sonstige Agrarprodukte, die gegenwärtig noch die Hauptmasse des Exports ausmachen, daneben vor allem Eisenerz und Manganerz. Die Imperialisten haben Brasilien zum Großabsatzmarkt für ihre Industriegüter gemacht und eignen sich dafür die Rohstoffe des Landes immer billiger an: So haben sie den Weltmarktpreis für Zucker – derzeit der Hauptexportartikel Brasiliens – von 851 Dollar 1975 auf 303 Dollar pro Tonne 1976 gedrückt.

Aus der wachsenden imperialistischen Ausplünderung über den Weltmarkt und infolge des wachsenden Handelsbilanzdefizits, das von 0,2 Milliarden Dollar 1966 auf 3,5 Milliarden Dollar 1975 gestiegen ist, ergibt sich eine immer drückendere Verschuldung Brasiliens bei der imperialistischen Finanzbourgeoisie: Sie betrug 1975 22 Milliarden Dollar. 2 Milliarden Dollar an Zinsen preßt die Finanzbourgeoisie dafür in diesem Jahr aus Brasilien heraus. Allein bei der Bundesregierung ist Brasilien mit über einer Milliarde Dollar verschuldet.

Grundlage dieser Entwicklung ist, daß die landwirtschaftliche und die in den letzten 25 Jahren rasch entwickelte industrielle Produktion Brasiliens vollständig von den Imperialisten beherrscht wird und nicht ausgerichtet ist auf die Bedürfnisse der brasilianischen Volksmassen, sondern auf den Raub der Reichtümer des Landes für die Erzielung von Höchstprofiten auf dem Weltmarkt.

Bis auf Teile der Eisen- und Stahlindustrie und Erdölproduktion im Staatsbesitz kontrolliert der Imperialismus vollständig die Industrie: die Autoproduktion zu 100 %, davon zu 50 % in Besitz des VW-Konzerns und von Daimler-Benz, die Elektroindustrie, die chemische Industrie, den Maschinenbau und die Textilindustrie, dazu große Erzgruben der westdeutschen Stahlkonzerne. Von 1969 bis 1974 haben die Imperialisten den Kapitalexport nach Brasilien von 1,9 Milliarden Dollar auf 6 Milliarden Dollar gesteigert. Davon kontrolliert der US-Imperialismus 33 % und der BRD-Imperialismus mit 500 westdeutschen Unternehmen inzwischen 11,8 %. Der Kapitalexport des BRD-Imperialismus nach Brasilien macht mit zirka 1,4 Milliarden Dollar 7 % seiner gesamten Auslandsanlagen aus.

Für diese fieberhaften Investitionen hatte der US-Imperialismus zuvor das passende Klima geschaffen, indem er 1964 in Brasilien eine Diktatur von ihm ergebenen Militärs errichtete. Darüber haben die Imperialisten das Verbot der Gewerkschaften und Streiks erzwungen. Jetzt beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Metallindustrie 66 Stunden. Die festgesetzten Mindestlöhne lagen 1975 bei 190 DM. Kinderarbeit ist an der Tagesordnung. Bei diesen Verhältnissen konnte die westdeutsche Bourgeoisie 1974 fast zwei Drittel ihrer Investitionen in Brasilien direkt aus der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter ziehen. Die imperialistischen Räuber haben durchgesetzt, daß es keinerlei Beschränkung gibt für das Wegschaffen der Gewinne aus dem Land. Der Export der Industrieprodukte wird sogar noch subventioniert. Bundesaußenminister Genscher war darüber voller Lob bei seinem Brasilien-Besuch im November 1975: „Die Schaffung eines Klimas der Rechtssicherheit liegt zu allererst im Interesse der Entwicklungsländer selbst. Denn nur in einem solchen Klima werden Entwicklungsländer Investitionen anzuziehen vermögen, die auf l a n g f r i s t i g e Kooperation angelegt sind und angelegt bleiben. Brasilien bietet auch hierin ein Musterbeispiel für den Erfolg einer konsequenten Politik der Rechtssicherheit gegenüber Auslandsinvestitionen.“

Ein Musterbeispiel für den parasitären und räuberischen Charakter des Imperialismus liefert der als „Vorbild der Entwicklungshilfe“ gefeierte VW-Konzern mit dem Werk in Sao Paulo. 1953 hat er schon begonnen, mit dem Kapital aus der Ausbeutung der westdeutschen VW-Arbeiter. Jetzt beutet er 38000 brasilianische Arbeiter aus. Als VW in der BRD 1974 15000 Arbeiter auf die Straße gesetzt, hat er in Brasilien 8000 Arbeiter neu eingestellt. Denn der Lohnanteil an den Produkten beträgt gerade ein Viertel des Lohnanteils in der BRD. Die VWs werden nach ganz Amerika, Afrika und Europa exportiert; täglich gehen 500 Passatgetriebe und -motoren nach der BRD. Jetzt hat VW 14000 Hektar Urwald zum Schleuderpreis gekauft für eine Rinderfarm: Der Kaufpreis von 62 Millionen DM wird dem VW-Konzern zu zwei Dritteln auf seine Steuerschulden angerechnet. Das Rindfleisch ist bestimmt für den Export. Dagegen geht die Produktion von Volksnahrungsmitteln zurück; 1974 mußte Getreide für eine Milliarde Dollar eingeführt werden.

Die weltweite Krise des Kapitalismus haben die Imperialisten dazu genutzt, die Abhängigkeit Brasiliens noch zu verstärken. 1975 mußte die brasilianische Währung 22 mal und 1976 inzwischen siebenmal abgewertet werden gegenüber dem Dollar, wodurch die Imperialisten die Reichtümer Brasiliens noch billiger bekommen. Die Verschuldung des Landes bei den imperialistischen Räubern hat sich weiter erhöht. Die Bedingung für weitere Kredite: Brasilien mußte die Schranken für die Imperialisten bei der Erz- und Erdölförderung weitgehend fallen lassen. – (mr)

(Daten aus: Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf Nr. 2, Nachrichten für Außenhandel, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.4.75, Die Welt vom 31.3.76)

Orenstein & Koppel-Kapitalisten:

Seit 1887 imperialistische Räuber im Südlichen Afrika

Auf ihrer Jagd nach Extraprofiten jagen die Imperialisten über den ganzen Erdball. Die Firma Orenstein & Koppel (O & K) – heute im Besitz des Stahlkonzerns Hoesch – gehört zu diesen Räubern und kann auf eine lange Tradition imperialistischer Ausplünderung fremder Länder zurückblicken.

Zwischen 1887 und 1895 gründete sie mehrere ausländische Niederlassungen, so auch in Azania (Südafrika), um an die reichhaltigen Bodenschätze heranzukommen. Kupfererze, Blei, Silber und Erwerbung von Land – das war ihr Ziel. Um aber die ausgeraubten Reichtümer abtransportieren zu können, war ein Transportwesen nötig. So ging sie daran, von 1903 bis 1906 die sogenannte Otavi-Bahn in Namibia, dem damaligen „Deutsch-Südwest-Afrika", zu bauen. Dazu wurde die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft OMEG gegründet. Nach Meyers Konversationslexikon von 1908 hat sie ihren Sitz in Berlin, und „deren Zustandekommen war in erster Linie den Bemühungen des verstorbenen Geheimen Kommerzienrates v. Hansemann zu verdanken" (Seite 247). Dieser Geheime Kommerzienrat hatte bereits mit dem Bankier Bismarcks, Bleichröder, in der Südsee das Terrain für den aufstrebenden deutschen Imperialismus „sondiert".

Zweck der Gesellschaft war die „bergbauliche Erschließung des Otavi-Gebietes" (Brockhaus 1932), das Bergbaugebiet von Tsumeb. Die Eisenbahnlinie, die Orenstein & Koppel übertragen wurde, sollte von Tsumeb nach Swakopmund an der Westküste verlaufen. Am 12. Mai 1903 wurde ein Abkommen mit anderen Firmen geschlossen, in dem sich die „Otavi-Minen- und Bergbaugesellschaft" die Erwerbung von Land- und Minenrechten in der Nordhälfte Namibias zusicherte. Nach dieser Vereinbarung hatte die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika" „ihre beiderseits der Otavi-Bahn gelegenen Landblöcke einschließlich Wasser- und Schürfrechte an die OMEG abgetreten. Der Bahnbau begann 1903.

Doch der Ausplünderung durch die deutschen Imperialisten schlug heftiger Widerstand der Bevölkerung entgegen. So schrieb der zeitweilige Siedlungskommissar Rohrbach: „Die Landfrage bildete den Untergrund, auf dem sich die ganze wachsende Abneigung unter den Herero gegen die deutsche Herrschaft erhob." (Nachtwei, Seite 43)
sche Herrschaft erhob." (Nachtwei, Seite 43)

Das Volk der Herero erhob sich gegen die Unterjochung und Ausplünderung durch die deutschen Imperialisten, und der deutsche Generalstab stellte fest: „Der große unvermeidbare Kampf mit den Eingeborenen mußte früher oder später kommen, wollte anders Deutschland nicht auf seine wirtschaftliche Erschließung des Landes verzichten. Wer hier kolonisieren wollte, mußte zuerst zum Schwert greifen und Krieg führen (...) mit starker, Achtung gebietender Macht bis zur völligen Niederwerfung der Eingeborenen." (Nachtwei, Seite 43)

Mit Völkermord sollte die Rohstoffplünderung durchgesetzt werden. Die O & K-Kapitalisten stießen auf den Widerstand des Herero-Volkes, aus dem sie die Bahnarbeiter rekrutierten. Zum Beispiel wurde die Bahnlinie Swakopmund-Windhuk 1897 von 800 einheimischen Arbeitern errichtet, während 3 Offiziere mit 290 Mann sie bewachten. In sengender Hitze mußten die schwarzen Arbeiter die Otavi-Bahn durch die Namib-Wüste treiben. Und so schreibt dann ein Hofschranze der Imperialisten, Dipl.-Ing. Helmut Schroeter, in seinem Buch „Die Eisenbahnen der ehemaligen Deutschen Schutzgebiete Afrikas und ihre Fahrzeuge" (1961): „... später lichtete der Hereroaufstand die Zahl der einheimischen Bauarbeiter so empfindlich, daß italienische Arbeiter hereingeholt werden mußten, deren Leistungen jedoch nicht befriedigten." Die deutschen Kolonialtruppen hatten den Hererostamm fast völlig ausgerottet.

1929/30 – der deutsche Imperialismus hatte sein Kolonialreich längst an seine Konkurrenten verloren – haben die O & K-Kapitalisten 184000 Tonnen Erz fördern lassen und 53000 Tonnen verschifft. Die Durchschnittsbelegschaft bestand aus 250 Weißen und 3000 eingeborenen Arbeitern. (Angaben: Brockhaus 1932) Die O & K-Kapitalisten plünderten die reichen Kupfer-, Erz-, Zink-, Blei-, Vanadium- und Diamantvorkommen und ließen auch gleich die Fördergeräte dazu bauen. So lieferten sie, nach dem Bau der Lüderitzbucht-Eisenbahn, einen Eimerkettenbagger, der die Diamantvorkommen bei Kolmanskuppe ausbob.

In ihrer Festschrift: 100 Jahre O & K – O & K setzt alles in Bewegung, rühmen sie sich, weitere Bahnanlagen in Azania (Südafrika) und in Tansania (früheres Deutsch-Ostafrika) gebaut zu haben. Mit ähnlichen Methoden versteht sich. Sie lieferten Ausrüstungen für Feldbahnen, Waggons, in denen das geraubte Erz wegtransportiert werden konnte; sie lieferten Loks und Wagen für die Usambara- und Tanganjika-Bahn. Sie lieferten Salonwagen, in denen der Gouverneur von Omaruru, Dr. von Lindequist, das Werk der Ausplünderung und blutigen Unterdrückung beaufsichtigte. Sie hatten 6 bis 8 ledergepolsterte Sitze mit 2 Aborten, Waschräumen und Brause. Die „Personenwagen für Afrikaner" sind praktisch Viehwagen: Hier war
Die „Personenwagen für Afrikaner" sind praktisch Viehwagen: Hier war
auf Sitzgelegenheiten vollständig verzichtet worden, da – so der Hofschranze Schroeter – „die Ureinwohner auf dem Boden zu sitzen oder zu hocken pflegen". In der 2. Klasse gab es dann schon Sitze: Allerdings statt Lattensitzen Sitzbänke mit Rohrgeflecht.

In diesen Viehwagen wurden die schwarzen Arbeiter z.B. zu den Kupfererzgruben von Tsumeb transportiert, um sie dort auszupressen.

Die gesamten Vermögenswerte der
OMEG wurden zwar während des
OMEG wurden zwar während des Zweiten Weltkrieges beschlagnahmt und verkauft. Die Verkaufserlöse aber wieder freigegeben an die „Otavi Mining Co. Ltd.", Johannesburg. Diese Gesellschaft hatte 1968 998 Beschäftigte, mit denen 27,6 Millionen DM Umsatz gemacht wurden. (Brockhaus 1972)

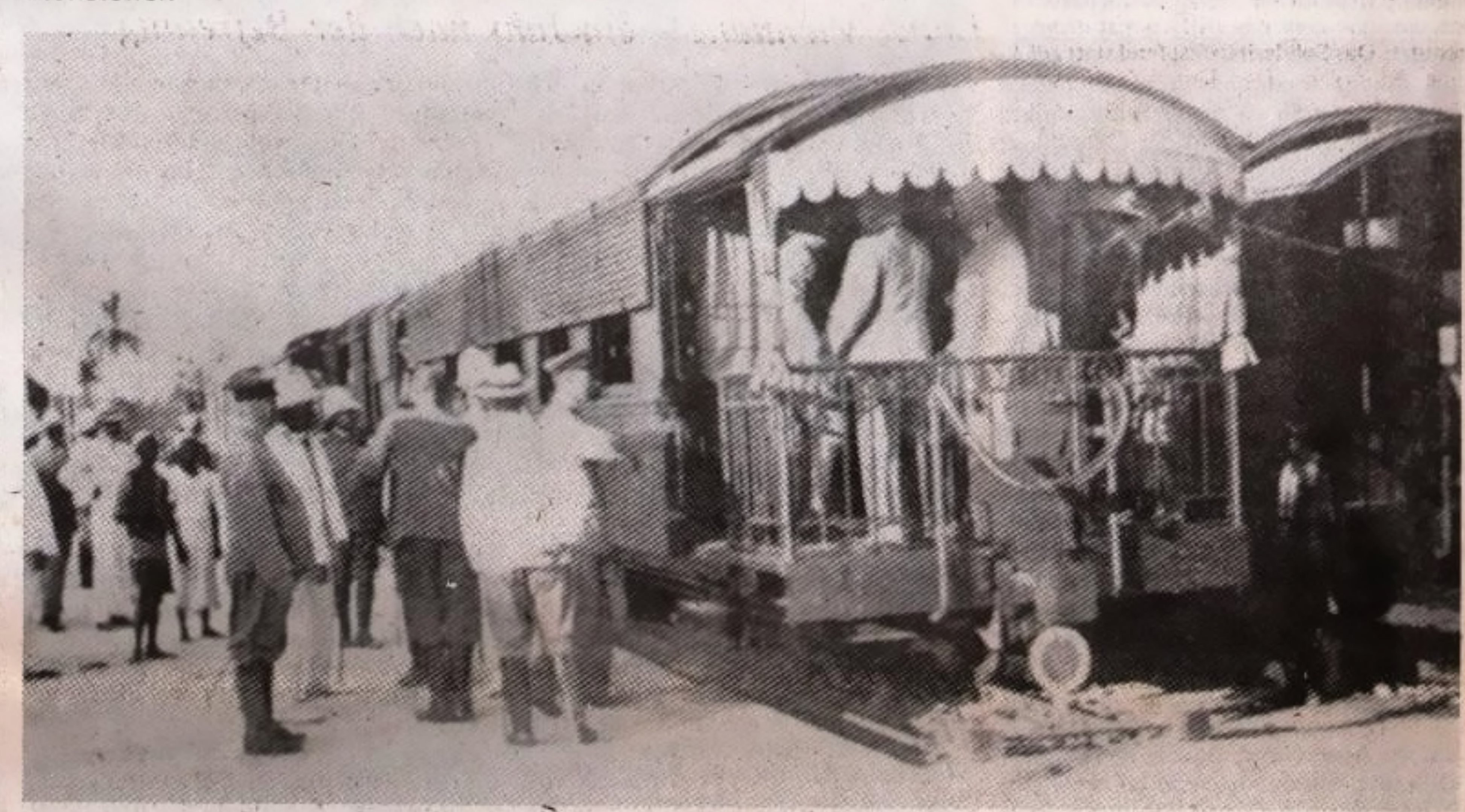
Einmal festgefressen, tätigen die O & K-Kapitalisten heute weiter eifrig Geschäfte. Mit einer eigenen Gesellschaft in Azania, der „Orenstein & Koppel (South Africa) (Pty.) Ltd. Bramley/Transvaal, Südafrika", sichern sie sich ihre Profite. Schiffe aus dem Werk Lübeck und Tagebaufördergeräte – damit fördern und transportieren sie die ausgeplünderten Reichtümer der Völker Südafrikas heute wie vor hundert Jahren. 1975 lie-
ferten sie u.a. einen vollhydraulischen
ferten sie u.a. einen vollhydraulischen Schaufelradbagger SH 400 mit Förderbrücke und Absetzer, für den Raubbau des Diamantsandes am Oranje-Fluß in Namibia.

In ihrem Zwischenbericht 1975 liest man: „Der Umsatz erreichte im Geschäftsjahr 1975 759 Millionen DM. Zu der Steigerung gegenüber 1974 um 68 Millionen DM, das sind 10 %, haben vor allem die Fabrikatgruppen Baumaschinen – auf die 49 % des Umsatzes entfallen –, Schiff- und Schwimmbaggerbau sowie Rolltreppen beigetragen. Die Exportlieferungen sind 1975 stärker gestiegen als die Inlandsumsätze, so daß die Exportquote 50 % beträgt gegenüber 48 % im Vorjahr." Und in bezug auf den Auftragseingang: „... nennenswerte Stei-
gerungen sind insbesondere bei der
gerungen sind insbesondere bei der Produktgruppe Tagebaufördergeräte und Bordkrane sowie bei Baumaschinen zu verzeichnen." Ausgepreßt haben sie das aus einer um 2 % verkleinerten Belegschaft. Im Werk Westberlin sind Überstundenschinderei (täglich 2) und Samstagsarbeit die Regel. Auspressung von Mehrarbeit und Lohndrückerei – das ist die Basis, auf denen „Erfolge" für die O & K-Kapitalisten möglich sind.

Imperialistische Räuberpolitik auf der Welt, auf der Basis von Ausbeutung und Unterdrückung im Inland – getrieben von der Jagd nach Extraprofiten – das ist das Rezept der O & K-Kapitalisten. Und danach verfahren sie seit 100 Jahren. – (b., Zelle Spandau, Westberlin/Red.)



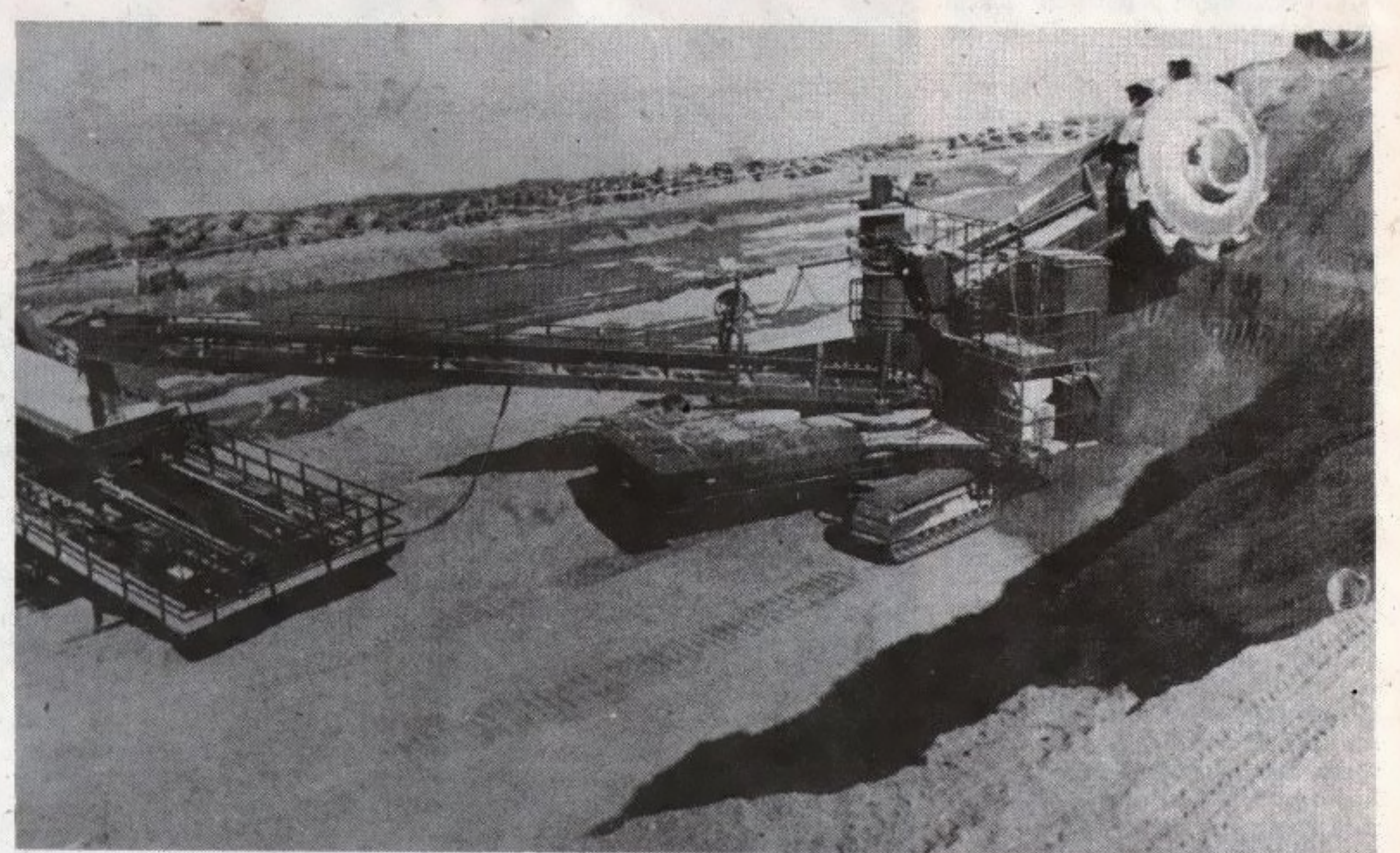
Imperialistischer Eisenbahnbau: Die schwarze Bevölkerung wird geschunden für die Gier der Imperialisten nach Rohstoffen



Deutsche Kolonialisten auf dem Bahnhof von Daressalam (Tansania).



Diese Karte zeigt die sogenannte „Otavi-Bahn" in Namibia. Es ist eine Karte der Imperialisten: Die Orte tragen noch die Namen aus der deutschen Kolonialzeit.



1975 von O & K nach Namibia gelieferte Schürfbagger: Mittel, um die Reichtümer des namibischen Volkes zu rauben!

R. Mugabe, Generalsekretär der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU):

„Der Feind zählt täglich seine Verluste, der Krieg des Volkes schreitet voran"

Fortsetzung von Seite 1

Die Imperialisten versuchen, das Volk von Zimbabwe zu spalten. Die ZANU kämpft für die Durchkreuzung der konterrevolutionären Taktik. Sie kämpft für die Einheit des Volkes im bewaffneten Befreiungskampf. Wie sehen die Bemühungen gegenwärtig aus, diese Einheit herzustellen? Wie ist der Stand in den Verhandlungen mit Nkomo?

Die ZANU kämpft für die Vernichtung des Kapitalismus und für die Vernichtung aller reaktionären Kräfte. Wir kämpfen dafür, daß das ganze Volk unabhängig werden soll, daß diese Unabhängigkeit auf der Grundlage der tatsächlichen Kontrolle der Instrumente der Macht und des ganzen Systems der Produktionsmittel beruht. Dafür kämpfen wir, und indem wir das tun, schließen wir das Volk in unserem Kampf zusammen. Wir schließen die Massen in dieser Phase der Revolution auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes zusammen und halten nichts von ausgedachten Formen der Einheit. Wir halten fest an einer Einheit, die sich auf den bewaffneten Kampf stützt. Das ist eine Einheit, die den Erfordernissen des Krieges dient, wie er jetzt gerade geführt wird. Die Hauptsache, auf die es jetzt ankommt, ist dieser Krieg. Deshalb ist unser Standpunkt: Wenn wir uns nicht auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes zusammenschließen können, dann können wir uns überhaupt nicht zusammenschließen. Jede andere Gruppe, die sich mit uns zusammenschließen möchte, muß dieses Ziel gemeinsam mit uns teilen. Sie muß einverstanden sein damit, daß wir gemeinsam solidarisch kämpfen, um das in unserem Land aufrechterhaltene System von Kapitalismus und Imperialismus zu beseitigen. Wir haben die ZAPU (Afrikanische Volksunion Zimbabwes) aufgefordert, sich mit uns zusammenzuschließen. Tatsächlich hatten wir schon im November 1975 eine Vereinbarung mit der ZAPU. Damals einigten wir uns dar-
ZAPU. Damals einigten wir uns dar-
auf, unsere Kader zusammenzubringen, die ZANLA (Afrikanische Nationale Befreiungsarmee Zimbabwes), unsere Armee und die ZIPRA (Revolutionäre Volksarmee Zimbabwes), die Armee der ZAPU. Durch diese Vereinbarung entstand das, was heute als ZIPA (Volksarmee Zimbabwes) bekannt ist, d.h. der militärische Flügel sowohl der ZANU als auch der ZAPU. Die ZAPU hat sich aber daraus wieder zurückgezogen. Die ganze Zeit über haben wir, die ZANU, den Krieg allein geführt. Wir haben jedoch den Platz offengelassen für die ZAPU, falls sie gewillt sein sollte, erneut in diese Einheit der ZIPA mit uns einzutreten und sich uns anzuschließen. Gegenwärtig verhandeln wir mit der ZAPU darüber wieder. Sie wurde aufgefordert, ihre Kader erneut mit uns zusammenzuschließen. Aber die Verhandlungen haben gerade erst begonnen. Wir bemühen uns darum, daß die ZAPU ihre Kader wieder zurückbringt, egal wie wenige es sein mögen. Wir wollen dadurch unsere Kräfte festigen und unsere Streitmacht verstärken, sodaß wir gemeinsam mit einer Stimme kämpfen können. Dadurch soll außerdem die Möglichkeit ausgeschaltet sein, daß sich zwei Armeen parallel entwickeln mit der ganzen Gefahr, die das für ein freies Zimbabwe in sich birgt. Diese Gefahr muß beseitigt werden. Deswegen führen wir gegenwärtig Verhandlungen mit ZAPU-Vertretern hier in Maputo. Wir wissen nicht, wie weit es dabei kommen wird, aber wir bestehen darauf, daß sie ihre Kader zurückbringen, damit sie sich mit uns zusammenschließen.

In den Lagern in Mozambique sammeln sich revolutionäre Volksmassen, die Jugend Zimbabwes, und rüsten sich für den Befreiungskampf in Zimbabwe. Wie ist die Lage hier?

Die Situation ist sehr ermutigend. Uns haben sich mehr angeschlossen, als wir im Augenblick ausbilden können, junge Männer und Frauen. Sie sind alle bestrebt, ihre Ausbildung zu erhalten und in ihr Land zurückzukehren, um es zu befreien. Ich kann Einzelheiten über die Lager selber nicht berichten, weil es sich dabei um Informationen handelt, die nicht für die Veröffentlichung bestimmt sind. Aber ich kann euch versichern, daß die Begeisterung in jedem Lager groß ist. Jeder junge Mann und jede junge Frau ist nach der Ausbildung begierig darauf, zurückzukehren und seinen oder ihren Teil in der Befreiung ihres Landes zu leisten. Diejenigen, die noch keine Ausbildung er-
halten haben. warten ungeduldig. um
halten haben, warten ungeduldig, um sie zu erhalten.



Versammlung von Befreiungskämpfern: „Die Massen müssen wissen, wofür wir kämpfen. Sie müssen wissen, daß sie ihren eigenen Krieg führen, daß sie für niemanden als sich selber kämpfen."

Mit Ausbildung meinen wir nicht einfach das Erlernen der Fertigkeit, mit einer Schußwaffe umzugehen. Damit meinen wir besonders die ideologische Seite unseres Krieges. Die Massen müssen wissen, wofür wir kämpfen. Sie müssen wissen, daß sie ihren eigenen Krieg führen, daß sie für niemanden als sich selber kämpfen. Ihnen müssen die Ziele unserer Revolution ganz klar sein. Das heißt, daß wir einen sozialistischen Staat errichten müssen, in dem der Kapitalismus seinen natürlichen Untergang erfährt und die Macht des Volkes errichtet wird. Sie müssen wissen, daß unter dem jetzt herrschenden System, wo die Bourgeoisie ihr festes Herrschaftssystem errichtet hat, sie ausgebeutet werden und all ihre Leiden, all das Elend, mit dem sie geschlagen sind, seine Wurzel in der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung haben. Das ist kurz gesagt das, worauf wir in unserem ideologischen Programm das Gewicht legen, damit die
Kader. wenn sie ihre Gewehre bedie-
Kader, wenn sie ihre Gewehre bedienen, auch ein klares Bewußtsein von den Zielen haben, für die sie kämpfen.

Weil wir keinen blinden Krieg, sondern einen zielgerichteten Krieg führen und er von den Massen mit klaren Zielen und fester Entschlossenheit geführt wird, deshalb ist die Situation in den Lagern auch sehr anspornend. Wir haben genügend Menschen, es kann höchstens sein, daß wir einmal zuwenig Waffen haben werden. Aber wir sind überzeugt, daß der Volkskrieg einfach deswegen gewonnen werden wird, weil wir die große Zahl der Massen Zimbabwes auf unserer Seite haben und diejenigen, die zurückkehren wollen, um die Massen zu organisieren und zu mobilisieren. Wenn unsere Kader kämpfen, schaffen sie so gleichzeitig die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen, um das ganze kapitalistische System umzuwälzen.

Auf der Gipfelkonferenz in Daressalam hat die ZANU selbständig als Or-
ganisation teilgenommen. Welche Fort-
ganisation teilgenommen. Welche Fortschritte habt ihr im Wiederaufbau der ZANU gemacht?

Diese Frage ist wichtig und beantworte ich gerne, weil die ZANU jetzt wieder den Zustand erreicht hat, in dem sie vor den Schlägen war, die sie durch das Entspannungsmanöver erhalten hat. Bei der Gipfelkonferenz von Daressalam leitete ich eine ZANU-Delegation und wir nahmen auch als Vertreter der ZANU an der Konferenz der fünf Präsidenten (von Mozambique, von Tansania, Sambia, Angola, Botswana) teil. Ich machte den fünf Präsidenten eindeutig klar, daß wir als ZANU dahin gekommen waren, und daß wir die ZANU erneut beleben wollen, weil wir im ANC eine Reihe schlechter Elemente vorgefunden haben, die gegen unsere revolutionären Ziele agieren.

Um der Revolution zu dienen, müssen wir unserer Partei ZANU dienen. Deshalb wurde die ZANU wiederbelebt. Die OAU nimmt natürlich den Standpunkt ein, daß die ZANU und die ZAPU sich im ANC aufgelöst haben und daß der ANC die offizielle Partei ist. Aber selbst der ANC wird von ihr nicht mehr anerkannt, weil er sich in den ANC von Bischof Muzorewa und den Nkomos gespalten hat. Unter diesen Umständen traten wir wieder als ZANU auf und teilten den fünf Präsidenten mit, daß wir über kurz oder lang auch die Anerkennung der OAU fordern werden. Nach dieser Konferenz beschleunigten wir die Reorganisierung der Partei und sind dabei, sie abzuschließen. Noch können wir das aber nicht ankündigen. Die Reorganisierung unseres Flügels außerhalb Zimbabwes ist noch nicht abgeschlossen.

Nach Daressalam gingen wir auch wieder nach Lusaka, wo die 5 Präsidenten ihre letzte Gipfelkonferenz hatten. Wir kamen erst an, als die 5 Präsidenten bereits ihre Beratung abgeschlossen hatten, weil wir mit einem späteren Flugzeug ankamen. Wir nutzten die Gelegenheit, die Beziehungen zwischen uns und Sambia zu normalisieren. Sie waren in der Vergangenheit nicht so gut. Wir trafen den Präsidenten Kaunda und vereinbarten gemeinsam mit ihm, daß wir in die Zukunft sehen, die Beziehungen normalisieren und die Vergangenheit begraben müssen. Er bedauerte die Vergangenheit und erklärte, daß jetzt nur vorwärts geschaut werden sollte. Deshalb wurde uns so viel wie möglich Unterstützung bei Aufnahme unserer Arbeit in Sambia zugesichert.

Vom Zentralkomitee (der Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei, UNIP) in Sambia ist aber die Angelegenheit noch nicht beraten. Es steht uns jedoch jetzt frei, erneut auf sambischem Gebiet zu arbeiten. Wir sind sehr froh darüber, daß wieder normale Beziehungen zwischen uns und Sambia hergestellt werden konnten. Wir hoffen deshalb, in Sambia ein Vertretungsbüro einrichten zu können. Wir bemühen uns auch darum, in anderen Teilen Afrikas Vertretungsbüros einrichten zu können. Gerade führen wir
richten zu können. Gerade führen wir
eine Offensive durch, durch die wir versuchen, in der nächsten Zukunft so viele afrikanische Staaten wie möglich zu gewinnen. Wir haben auch die Absicht, sozialistische Staaten zu besuchen, wie die Volksrepublik China, Rumänien, Jugoslawien und andere Staaten dieser Art. Das sind Pläne von uns für die nächsten paar Monate. Wir sind sehr froh, daß wir wieder eine normale Situation erreicht haben und hoffen, daß wir als Partei weiter wachsen und in der Lage sein werden, die Vorhut der Revolution zu stellen. Nur die ZANU kann die Revolution führen, das hat die Vergangenheit bewiesen. Ohne die ZANU würde die Revolution des Volkes scheitern.

Dieser Erfolg ist nicht nur Resultat der Anstrengungen, die wir unternommen haben, wir danken auch dem KBW und all unseren Freunden in der ganzen Welt, die fest an unserer Seite standen in diesem Kampf gegen den Kapitalismus. Eure Unterstützung ist ein wirksamer Faktor in dieser Reorganisierung der ZANU.

Vielen Dank für die Unterstützung, die in Form der Lastwagen für uns mobilisiert wurde. Ich spreche dem KBW für diesen großartigen Solidaritätsbeweis meinen Dank und den Dank aller Revolutionäre hier in der ZANU aus. Dieser Solidaritätsbeweis zeigt, daß Eure Organisation, der KBW, und unsere Organisation, die ZANU, solidarisch fest zusammenstehen. Wir hoffen, daß diese Solidarität weiterwachsen wird und uns zusammen leiten wird im Krieg gegen den Kapitalismus.

Wir übermitteln dem KBW unsere Solidarität und unsere besten Wünsche in eurem Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sieg der Arbeiterklasse in eurem Land, denn der Sieg der Arbeiter dort ist der Sieg der Arbeiter überall in der Welt. Welchen Schritt ihr dort macht in der Zerstörung des Kapitalismus, unabhängig wie gering er scheinen mag, er findet seinen Widerhall überall in der Welt, wo der Kampf gegen den Kapitalismus stattfindet. Wir schließen uns mit euch zusammen in eurem Kampf wie ihr euch mit uns zusammenschließt in unserem Kampf. Wir sind Brüder, die für die gleiche Sache kämpfen, laßt uns Genossen in diesem Kampf bleiben jetzt und in Zukunft. So können wir den Krieg in internationalem Maßstab führen.



In den Lagern in Mozambique rüsten sich die Massen für den Befreiungskrieg gegen das Smith-Regime.